

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 1.10 Mark monatlich, 1.10 Mark wöchentlich, 26 Mark frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Ungarn, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsheftige Kolonelle oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (steilgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schloßstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 4. November 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Sieg auf Sieg.

Der Ausfall der am 3. November vollzogenen Stadterordnetenwahlen reiht sich würdig den Ergebnissen der Wahlen in Baden, Sachsen und den Berliner Landtagswahlen an. Von den zur Wahl stehenden 16 Bezirken hat die Sozialdemokratie 14 in Besitz bekommen, während im 5. Bezirke der Sozialfortschrittler gewählt wurde und im 2. Bezirk der Sozialfortschrittler v. Gerlach mit dem Kommunalfreisinnigen Reiss in Stichwahl steht.

Die Sozialdemokratie hat nicht nur ihre 11 Mandate, die sie befaß, behalten, sondern drei neue Mandate erobert. Gewonnen wurden die Bezirke 17, 18 und 42. Der Sieg im 42. Bezirk ist um so größer, als der Bezirk 26 Jahre ununterbrochen im Besitz ein und desselben Freisinnigen, des Stadtverordneten Geride, war.

Das Gesamtergebnis ist für die Berliner Sozialdemokratie ein glänzendes und bedeutend für den Berliner Kommunalfreisinn eine große Niederlage. In allen Bezirken sind die sozialdemokratischen Stimmen in erheblichem Maße gewachsen, während die für die Freisinnigen abgegebenen Stimmen zurückgegangen sind. Zu beachten ist, daß in zehn Bezirken die eingeschriebene Wählerzahl zurückgegangen ist, ein Umstand, der für unsere Partei von vornherein zu ihren Ungunsten wirken mußte. Denn gerade die Arbeitermassen sind es, die ihren Wohnsitz öfter wechseln müssen. Dazu kam, daß viele Arbeiterwähler infolge langer Arbeitslosigkeit und Steuerrückstände ihr Wahlrecht einbüßten.

Wenn trotz all dieser widrigen Umstände unsere Stimmzahlen in gewaltiger Weise in die Höhe schneitten, so bedeutet das einen um so glanzvolleren Sieg.

Gewählt sind 14 Sozialdemokraten, und zwar die Genossen: Dupont, Singer, Stadthagen, Voerner, Kerfin, Schneider, Bruns, Zucht, Rosenfeld, Borgmann, Ritter, Dr. Oskar Cohn, Ewald und Meßke.

Die Freisinnigen haben nicht ein Mandat behalten, es sei denn, sie rechnen den für den 5. Bezirk gewählten Sozialfortschrittler Merggraff zu den ihrigen. Ein Bild über die Wahl geben folgende

### Einzelerggebnisse.

(In Klammern ist beigefügt das Ergebnis der Wahlen von 1903. Die Ergebnisse der Nachwahlen, die seitdem stattfanden, bleiben außer Betracht.)

#### 2. Kommunal-Wahlbezirk.

Bisheriger Vertreter: Reiss (Lib.)  
 Eingeschriebene Wähler: 2870 (4240)  
 Abgegebene Stimmen: 1097 (1291)  
 Sozialdemokratie . . . 214 (243)  
 Liberalismus . . . 404 (581)  
 Demokr. Vereinig. . . 304 (—)  
 Konservative . . . 175 (467)  
 Zerplittert . . . — (—)

Stichwahl zwischen v. Gerlach und Reiss.

#### 5. Kommunal-Wahlbezirk.

Bisheriger Vertreter: Merggraff (Sozialfortschrittler.)  
 Eingeschriebene Wähler: 6131 (8445)  
 Abgegebene Stimmen: 2733 (2400)  
 Sozialdemokratie . . . 1808 (968)  
 Liberalismus . . . 1415 (400)  
 Sozialfortschrittler . . . 1415 (1041)  
 Zerplittert . . . — (1)

Gewählt: Merggraff.

#### 8. Kommunal-Wahlbezirk.

Bisheriger Vertreter: Dupont (Soz.)  
 Eingeschriebene Wähler: 5776 (8283)  
 Abgegebene Stimmen: 2295 (2149)  
 Sozialdemokratie . . . 1695 (1356)  
 Liberalismus . . . 600 (791)  
 Zerplittert . . . — (3)

Gewählt: Genosse Dupont.

#### 13. Kommunal-Wahlbezirk.

Bisheriger Vertreter: Singer (Soz.)  
 Eingeschriebene Wähler: 6042 (7520)  
 Abgegebene Stimmen: 3145 (2964)  
 Sozialdemokratie . . . 3127 (2900)  
 Zerplittert . . . 18 (64)

Gewählt: Genosse Singer.

#### 14. Kommunal-Wahlbezirk.

Bisheriger Vertreter: Stadthagen (Soz.)  
 Eingeschriebene Wähler: 7007 (7232)  
 Abgegebene Stimmen: 3805 (3086)  
 Sozialdemokratie . . . 3700 (2998)  
 Liberalismus . . . — (61)  
 Zerplittert . . . 15 (30)

Gewählt: Genosse Stadthagen.

#### 17. Kommunal-Wahlbezirk.

Bisheriger Vertreter: Zacharias (Lib.)  
 (1903 siegte hier die Sozialdemokratie mit Kerfin, die Wahl wurde aber für ungültig erklärt, und in der Nachwahl siegte dann noch einmal der Liberalismus.)  
 Eingeschriebene Wähler: 4251 (4911)  
 Abgegebene Stimmen: 1926 (1541)  
 Sozialdemokratie . . . 1169 (788)  
 Liberalismus . . . 744 (743)  
 Zerplittert . . . 13 (10)

Gewählt: Genosse Voerner.

#### 18. Kommunal-Wahlbezirk.

Bisheriger Vertreter: Fried (Lib.)  
 Eingeschriebene Wähler: 3956 (4508)  
 Abgegebene Stimmen: 1695 (1643)  
 Sozialdemokratie . . . 948 (718)  
 Liberalismus . . . 686 (923)

Gewählt: Genosse Kerfin.

#### 24. Kommunal-Wahlbezirk.

Bisheriger Vertreter: Schneider (Soz.)  
 Eingeschriebene Wähler: 15676 (9112)  
 Abgegebene Stimmen: 6849 (2938)  
 Sozialdemokratie . . . 6209 (2902)  
 Zerplittert . . . 80 (36)

Gewählt: Genosse Schneider.

#### 25. Kommunal-Wahlbezirk.

Bisheriger Vertreter: Bruns (Soz.)  
 Eingeschriebene Wähler: 14683 (11320)  
 Abgegebene Stimmen: 6094 (3468)  
 Sozialdemokratie . . . 6062 (3487)  
 Zerplittert . . . 32 (31)

Gewählt: Genosse Bruns.

#### 28. Kommunal-Wahlbezirk.

Bisheriger Vertreter: Zucht (Soz.)  
 Eingeschriebene Wähler: 5021 (5717)  
 Abgegebene Stimmen: 1803 (1937)  
 Sozialdemokratie . . . 1308 (1025)  
 Liberalismus . . . 555 (909)

Gewählt: Genosse Zucht.

#### 31. Kommunal-Wahlbezirk.

Bisheriger Vertreter: Schuberth (Soz.)  
 Eingeschriebene Wähler: 5321 (5610)  
 Abgegebene Stimmen: 2545 (2074)  
 Sozialdemokratie . . . 1657 (1210)  
 Liberalismus . . . 888 (863)

Gewählt: Genosse Rosenfeld.

#### 37. Kommunal-Wahlbezirk.

Bisheriger Vertreter: Borgmann (Soz.)  
 Eingeschriebene Wähler: 5754 (6312)  
 Abgegebene Stimmen: 2198 (1845)  
 Sozialdemokratie . . . 2146 (1680)  
 Liberalismus . . . 42 (162)

Gewählt: Genosse Borgmann.

#### 39. Kommunal-Wahlbezirk.

Bisheriger Vertreter: Ritter (Soz.)  
 Eingeschriebene Wähler: 6208 (7245)  
 Abgegebene Stimmen: 2308 (1735)  
 Sozialdemokratie . . . 1465 (1002)  
 Liberalismus . . . 835 (731)  
 Zerplittert . . . 8 (2)

Gewählt: Genosse Ritter.

#### 42. Kommunal-Wahlbezirk.

Bisheriger Vertreter: Geride (Lib.)  
 Eingeschriebene Wähler: 6981 (5250)  
 Abgegebene Stimmen: 2394 (1410)  
 Sozialdemokratie . . . 1240 (589)  
 Liberalismus . . . 1149 (877)  
 Zerplittert . . . 5 (—)

Gewählt: Genosse Dr. Oskar Cohn.

#### 43. Kommunal-Wahlbezirk.

Bisheriger Vertreter: Ewald (Soz.)  
 Eingeschriebene Wähler: 8495 (8367)  
 Abgegebene Stimmen: 4332 (3134)  
 Sozialdemokratie . . . 4305 (3046)  
 Zerplittert . . . 27 (88)

Gewählt: Genosse Ewald.

#### 47. Kommunal-Wahlbezirk.

Bisheriger Vertreter: Augustin (Soz.)  
 Eingeschriebene Wähler: 16195 (6842)  
 Abgegebene Stimmen: 7665 (2106)  
 Sozialdemokratie . . . 7346 (2095)  
 Liberalismus . . . 302 (—)  
 Zerplittert . . . 17 (11)

Gewählt: Genosse Meßke.

### Der Wahlkampf

war diesmal noch heftiger als in früheren Jahren, wenigstens in denjenigen Bezirken, um die ernsthaft noch von den Parteien gerungen werden konnte.

In den Arbeitervierteln des Südostens, des Ostens, des Nordens und des Nordwestens ging es verhältnismäßig still her, weil hier der Freisinn zumeist gar keinen Kampf mehr versucht hatte. Aber unsere Wähler hatten selbstverständlich auch in diesen Bezirken es für ihre Pflicht gehalten, durch ihre Stimmabgabe sich an dem Volksgericht zu beteiligen, das über den Freisinn das Vernichtungsurteil fällt.

Ein heißes Ringen entbrannte um diejenigen Bezirke, von denen der Freisinn träumte, daß sie uns noch einmal entrisen werden könnten. Eine ganze Reihe von Freisinnführern beteiligten sich persönlich an der Agitation und sorgten dafür, daß die Schlepparbeit mit Hochdruck betrieben wurde. Mancher Wähler, der für den Freisinn stimmen wollte oder sollte, kam zu einer Gratisfahrt im Automobil, mit dem er in letzter Stunde zum Wahllokal geschleppt wurde. Unseren Genossen wurde von den Anhängern des Freisinn mitunter die Arbeit absichtlich erschwert; so verweigerte z. B. auf dem Grundstück Christinenstr. 5 der Besitzer Aulide unserem Schlepper den Zutritt zu seinem Hause. Die Freisinnigen hatten in auffallend vielen Bezirken ihre Agitationsbureaus in denselben Restaurants untergebracht, in denen die Wahllokale sich befanden. Mitunter lagen die Wahllokale und die Agitationsbureaus der Freisinnigen so dicht an einander, daß manche Wähler sie miteinander verwechselten.

Die Parteibezeichnung der Freisinnskandidaten war in manchen Bezirken sehr eigenartig. Einigen dieser Durchfallstüßigen genügte es nicht, sich als „alleinigen Liberalen Kandidaten“ zu empfehlen. Im 39. Bezirk bezeichnete der „liberale Kandidat“ sich als „von allen bürgerlichen Parteien unterstützt“. Im 31. Bezirk pries sich gar ein „alleiniger liberaler Kandidat aller bürgerlichen Parteien“ an. Dagegen versteckte im 42. Bezirk der Freisinnskandidat sich hinter der schlichten Bezeichnung „Kandidat der bürgerlichen Parteien“.

Genügt hat dem Freisinn sein heißes Ringen nicht. Er hat der Sozialdemokratie nicht nur keinen einzigen Bezirk abzunehmen vermocht, sondern er hat sogar noch drei an uns verloren.

Im 31. Bezirk hatten die Freisinnigen sich den Kewegensten Hoffnungen hingegeben. Noch am Tage der Wahl warf hier das liberale Wahlkomitee unter die Wähler ein Flugblättchen, das einen wilden Wutausbruch gegen die Sozialdemokratie enthielt. Erfolglos, wie im 31. Bezirk, arbeiteten die Freisinnigen auch im 28. Bezirk sich ab, den sie gleichfalls zurückerobern zu können gehofft hatten. Hier war schon am Nachmittag, ja schon in der Mittagsstunde die Mehrheit auf unserer Seite. Minder gut schienen die Aussichten zunächst für uns im 39. Bezirk zu stehen, doch führten dann die Abendstunden uns auch hier die Wähler in Massen zu. Im 8. Bezirk hatte der Freisinn einen Ueberrumpelungsversuch gemacht und war erst im letzten Augenblick noch mit einem Kandidaten herausgekommen. Es war verlorene Mühe.

Verloren hat der Freisinn den 17. Bezirk und den 18. Bezirk, sie sind als endlich gereifte Frucht unermüdlicher Agitation uns zugefallen. Vergeblich wehrte das liberale Bürgertum der inneren Luisenstadt sich gegen die rote Fut. Schmerzlicher noch als der Verlust dieser beiden Bezirke wird dem Freisinn der Verlust des 42. Bezirks sein, der ihm ganz unerwartet gekommen sein dürfte. Unseren Genossen in Moabit ist es gelungen, der Sozialdemokratie diesen schönen Sieg zu erringen.

Stolz flattert überall in Deutschland unsere rote Fahne. Die Empörung der Volksmassen hat sich Bahn gebrochen, wo nur immer Gelegenheit geboten war. Und diese Erbitterung richtet sich gegen alle bürgerlichen Parteien in gleicher Weise, weil sie alle gleich schuldig sind an den Verbrechen der Blockpolitik, des Steuerraubzuges und der Wahlrechtsinfamien. Verschmetterung der konservativen Herrschaft in Sachsen, Zurückdrängung des Zentrums in Baden, schmachvolle Niederlage der Nationalliberalen in diesen beiden Ländern und zuletzt und doch nicht an letzter Stelle die Prügel, die der Freisinn als Quittung für den Verrat der Blockäre heute erhalten hat! Und überall im Reiche stürmen die Enttäuschten und Erbitterten in die Reihen der Sozialdemokratie in der Erkenntnis, daß nur die Partei des Proletariats es ist, die unerschütterlich und unbeugsam die Interessen der arbeitenden Massen und nichts als diese vertritt. Jetzt ernten wir reiche Ernte! Aber so glänzend unsere Erfolge, wir dürfen ruhig sagen: sie sind der Lohn für zähe und ausdauernde Arbeit, für stetige prinzipielle Politik.

Aber auch der Lohn für unermüdliche aufopferungsvolle Kleinarbeit tausender und tausender Genossen. Und namentlich den Berliner Genossen gebührt für die unermüdliche Tätigkeit, die sie zuerst zur Organisierung des Sieges in unübertrefflicher Weise geleistet haben, der Dank und die Anerkennung der Gesamt-partei.

Es war ein Ehrentag für das Berliner Proletariat!



# Ein staatlicher Mutterbetrieb.

Die Schlichtungsbehörde wegen der Unterschiebung auf der Kieler Reichswerft enthielt Zustände in diesem staatlichen „Mutterbetriebe“, die man einfach für unmöglich halten sollte. Bisher war man wenigstens der Ansicht, daß eine solche Lotterwirtschaft nur in Rußland möglich sei. Der Angeklagte Frankenthal gab ein Bild von der Handhabung der Geschäfte bei dem Verkauf von Altmaterial, das ihn in der Tat zu dem Urteil berechtigte, derartige Zustände finde man in keinem anderen Kulturstaat. Was an kaufmännischen Unmöglichkeiten ausgedacht werden könne, konzentrierte sich auf der Kieler Werft beim Verkauf von Altmaterial. So wurden nach der Schilderung Frankenthals Bronze und Messing gemischt und auf einen Haufen geworfen, der dann nach dem Gewicht verkauft wurde! Dabei handelte es sich um ein Gemisch von zwei Sorten, von denen die eine doppelt so viel wert war wie die andere. Die Käufer konnten sich dann aus dem Haufen das gewünschte Quantum des wertvollsten Materials herausfinden. Ein Kontrollbeamter, meinte Frankenthal, hätte bei dem Ausladen ruhig hinzusehen können, denn er habe ja von der ganzen Sache nichts verstanden. Die Kontrollbeamten seien nicht einmal in der Lage gewesen, Notguth von Messing zu unterscheiden!

Die Kommission, welche das Altmaterial verkaufte, hatte keine Ahnung, welchen Wert das Material repräsentierte. Sie wandte sich an den Meister und der Meister wandte sich an den Lieferanten, um die Lagen zu erfahren! Da die kleinen Bieter durch das System des Verkaufs ausgeschlossen waren, kamen nur einige große Käufer in Betracht, die einen Ring bildeten, der unter dem Namen „Chabruse“ in weiteren Handelskreisen bekannt gewesen sein soll. Da sich die Käufer gegenseitig nicht überboten, wurde die Ware zum Mindestangebot zugeschlagen. Die Mitglieder der Chabruse teilten sich dann in den Rebauch!

Für die beispiellos fahrlässige Art, wie wertvolles Material verschleudert wurde, gab Frankenthal noch einige besondere Beispiele. Alte weiße Leinwand kaufte er von der Werft für 30 Pf. und verkaufte sie nach ihrer Reinigung kurze Zeit darauf wieder für 2,85 M. an die Werft, die sie als Putzzeug gebrauchte! Ein Mast wurde von ihm für 76 M. gekauft und für 1000 M. wieder verkauft! „So etwas wäre bei der Eisenbahn und bei der kaiserlichen Werft in Wilhelmshaven unmöglich!“

Die Angaben des Angeklagten über diese ganz unglaubliche Lotterwirtschaft sollen natürlich dem Zwecke dienen, sein eigenes Verhalten in möglichst günstigem Licht erscheinen zu lassen. Daß es ihm möglich war, in neun Jahren die Werft um viele Hunderttausend Mark zu überbieten, will er der beispiellosen Fahrlässigkeit und Geschäftsunfähigkeit der in Frage kommenden Beamten zugeschrieben wissen, nicht etwa einem von ihm und seinen Komplizen geübten Vorkaufsystem. Wie dem aber auch sei, ob Vorkäufe in gebührender Weise vorliegen oder ob es sich nur um eine bodenlose Lotterwirtschaft handelte, bei denen Millionenwerte in der strupellosesten Weise an einige gerissene und strupellose Händler verschleudert wurden, in jedem Falle handelt es sich um eine mehr als russische Wirtschaft!

Höchst eigentümlich war es auch, daß die Oberwerksdirektion den von der Verteidigung als Sachverständigen geladenen Herren, unter anderem Geheimrat Schwarz und Oberbaurat Schirmer, die Genehmigung zur Aussage nicht erteilte. Auch dem noch neuerdings von der Verteidigung vorgeschlagenen Sachverständigen, einem Obermeister der Kaiserl. Werft, wurde von der Direktion die Genehmigung zur Aussage verweigert. Dagegen schlug der Oberwerksdirektor einen anderen Sachverständigen vor. Mit Recht gaben die Verteidiger ihrem Ertaunen über das Verhalten der Oberwerksdirektion Ausdruck. Die Sachverständigen seien geladen, um auszusagen, wie die Dinge auf der Werft gelegen hätten. Daß sie für die Angeklagten von Wichtigkeit, nicht aber, daß irgend ein Sachverständiger bekunde, wie die Dinge hätten liegen sollen. Die Weigerung der Oberwerksdirektion, solche Beamte als Sachverständige anzusetzen zu lassen, die die Verhältnisse der Werft kannten, kann nur als das Zeichen eines sehr bösen Gewissens aufgefaßt werden. Die Werftdirektion befürchtet offenbar, daß die Lotterwirtschaft, die in der Werftverwaltung geherrscht haben muß, in noch ärgerer Weise aufgedeckt werden könnte, als durch das von Frankenthal bereits Gesagte!

Ein heiliches Bild aus dem Mutterbetriebe Preußen! So also wirtschaftet man mit dem Gelde der Steuerzahler! Eine tollere Wirtschaft hat es auch in Rußland nicht gegeben!

## Eine katholische Streikbrecherliga.

Unter den eigenartigen Begleiterscheinungen des Mansfelder Streiks ist die bemerkenswerteste: Eine geschlossene katholische Streikbrecherliga! Während die Streikbewegung gleich einer Springflut die reichstreuen Dämme niederbrach und die reichstreuen Kerne fortzuschwemmte, hielt eine kleine katholische Schar dem Anstrome stand. Sie wollte sich nur dann der Bewegung anschließen, wenn der Pfarrer dazu seine Einwilligung gebe. Das tat der Pfarrer natürlich nicht. So wurden die Mitglieder des katholischen Männer- und Jünglingsvereins von Helbra Streikbrecher! Dieser Verein, der den katholischen Arbeitervereinen (Sitz Berlin) angegliedert ist, zählt mehrere hundert Mitglieder, meist polnischer Abstammung, von denen sich kaum 20 Mann dem Streik angeschlossen haben. Ein Vorstandsmitglied dieses Vereins — selbstverständlich Streikbrecher — ist auch Gemeinderatsmitglied und hat für die freiwillige Gulage für das Militär aus der Helbraer Gemeindefasse gestimmt! Dieser „Arbeiterverein“ betreibt jetzt unter Führung des Pfarrers eine wüste Propaganda gegen die Sozialdemokratie und den Bergarbeiter-Verband. Am Sonntag wurden vor der Kirche Flugblätter gegen die Sozialdemokratie verteilt. Und so viele Gendarmen und Militär auch in Helbra stationiert sind, sie haben von dieser Flugblattverbreitung nichts gesehen, sie jedenfalls nicht gehindert, wie sie es mit den Flugblättern des Bochumer Verbandes taten.

Sonntag und Montag (Allerheiligen) hielt der Verein im katholischen Vereinsloko Versammlungen ab, in denen der „Arbeitersekretär“ Müller-Berlin dem Streikbruch das Wort redete! Den Opponenten wurde mit Hinauswerfen gedroht. Zu der Versammlung am Montag hatten einige Vorstandsmitglieder

einigen Streikenden zugesichert, einen Gegentender sprechen zu lassen, worauf Genosse Leimpeters sich entschloß, dem Herrn Arbeitersekretär Müller entgegenzutreten. Vor Eröffnung der Versammlung erschien ein Gendarm im Saale mit der Anfrage, ob dem Vorstand polizeilicher Schutz erwünscht sei. Der Vorstand lehnte dieses Anerbieten ab. Darauf erklärte der Gendarm, daß doch eine Patrouille zur Sicherheit abkommandiert sei, die sich in der Nähe aufhalte, um — wenn nötig — zur Verfügung zu stehen. Dann verließ der Gendarm den Saal, kam aber später wieder und nahm an der Tür Aufstellung.

Der Pfarrer eröffnete die Versammlung mit den Worten, daß aber Mansfelds Lände schwere und bedrohende Stürme herein gebrochen seien; für die katholische Bevölkerung gelte es, sich gegen die Gefahren dieser Stürme zu schützen, wie, das sollte „Arbeitersekretär“ Müller sagen, dem er das Wort erteilte. Doch nun entstand eine lange Geschäftsordnungsdebatte, ob der mitgebrachte Gast das Wort erhalten sollte. Der Herr Pfarrer wie auch Herr Müller wunderten sich, daß Leimpeters sich in den Saal gewagt habe, und sie bestritten, daß er von Vereinsmitgliedern eingeführt sei. Darauf standen jedoch fünf bis sechs Mann auf, die sich als Mitglieder vorstellten und erklärten, den Gast eingeführt zu haben; sie beantragten, ihm im Auftrage der Streikleitung das Wort zu erteilen. Der Pfarrer wies darauf hin, daß es dem Zwecke der Versammlung und den Bestrebungen des Vereins direkt widerspreche, wenn ein so extremer Redner wie Leimpeters das Wort erhalte, und es würde dadurch nur der schöne Abend verdorben. Die Mitglieder bestanden jedoch darauf, daß abgestimmt werden müsse. Die Abstimmung ergab dann eine Mehrheit für die Redefreiheit. Der Pfarrer machte darob ein ganz verduhtes Gesicht, aber schnell steckte man im Vorstand die Köpfe zusammen, wonach der Herr Pfarrer verkündete, daß der Vorstand die Redezeit für den Gast auf 15 Minuten festgesetzt habe.

Herr „Arbeitersekretär“ Müller zog nun gegen die religionsfeindliche Sozialdemokratie los und behauptete sogar, daß diejenigen katholischen Mansfelder Bergleute, die sich dem Bochumer Verbande angeschlossen hätten, damit ihre Religion ausgegeben hätten, was stürmische Widersprüche der Streikenden hervorrief. Der Pfarrer lobte die Mansfelder Gewerkschaft, die von jeher ihre Arbeiter gut bezahlt und behandelt habe, verurteilte den Streik als eine Aufsehnung gegen die Gebote Gottes und forderte alle katholischen Männer auf, sich nicht betören zu lassen, sondern ruhig ihrer Arbeit nachzugehen. Die Bergleute, die für den Streik sprachen, wurden niedergeschrien.

### Abwanderung aus Mansfeld.

Herr Vogelgang hat durch sein starrsinniges Verhalten, keinen organisierten Bergmann zu dulden, und mit der Drohung, Hunderte abzulegen, die Aufmerksamkeit anderer Arbeitgeber auf Mansfeld gelenkt und seit Tagen laufen bei der Zentralstreikleitung Gesuche ein, die jüngeren Bergarbeitern dauernde Arbeit und höheren Lohn garantieren, als die Mansfelder Gewerkschaft zahlt. Ein Unternehmer wünscht allein 500—1000 Mann bei einem Lohn von 4 M. pro Tag, während der Durchschnittslohn bei der Mansfelder Gewerkschaft nur 3,20 M. beträgt. Die Streikleitung wollte auf diese Angebote nicht eingehen, da sie immer noch hoffte, ein Generaldirektor könne nicht so verblendet sein, seiner Industrie den Lebensnerv zu töten. Aber nachdem wiederum erklärt worden ist, als Bedingung der Wiederanlegung gelte die Verzeihung der Verbandskarte, mußte auch dieser Sache näher getreten werden. Die Zentralleitung hatte zum 2. November alle Vertrauensmänner, Schlichter und Arbeiter-Ausschussmitglieder zu einer Sitzung nach Klostermansfeld geladen. Einstimmig und jubelnd beschloßen die Vertrauensleute, sofort Heimat und Mansfelder Gewerkschaft zu verlassen, wenn ihnen außerhalb Arbeit geboten werde, wo sie als freie Staatsbürger leben dürften. „Alles opfern wir, um von der Geistesflaverie befreit zu werden. Wir pfeifen auf die Mansfelder Gewerkschaft, die durch unsere Arbeit reichlich Ueberflüsse erzielt, wenn wir als Verbandskameraden, als freie Menschen anderswo Beschäftigung finden. Herr Vogelgang laun und wieder haben, aber nur als Verbandsmitglieder, niemals mehr als reichstreue Gesinnungsheuschler.“

So sprachen diese plötzlich erwachten Vergessenen und nie haben wir Arbeiter gesehen, die jubelnd und frohen Mutes ihre Heimat preisgeben wollten, nur um Menschenrecht, um Freiheit dafür einzutauschen!

Von den Vertrauensmännern meldeten sich sofort 37 zur Abwanderung. Alle versicherten, daß sich hunderte jüngerer Kameraden sofort melden werden, die froh wären, wenn sie möglichst bald die reichstreuen Grenzen überschreiten können. Beschlossen wurde, am Mittwoch in 14 Bergwerksversammlungen die jungen Bergleute von 18—30 Jahre aufzufordern, sich zur Abwanderung zu melden, und dann am Freitag den letzten Versuch bei den Werftverwaltungen zu machen, ob sie die Leute mit den Verbandskarten einstellen will, oder ob die Generaldirektion lieber ihre Abwanderung sieht. Damit werden nun die „Vogelgänger“ vor die Alternative gestellt: Entweder ihre alten Leute mit den Verbandskarten anzulegen, oder auf 500 bis 1000 junger Arbeiter zu verzichten, und falls sie auf dem wahnwitzigen Standpunkt verharren, keine Verbandsmitglieder anzustellen, wird am Montag der erste Trupp Mansfelder Knappen ihrer Heimat Lebenswohl sagen, jedoch als organisierte Arbeiter!

## Sozialdemokratischer Wahlterrorismus vor dem Obergericht.

Die Umstempelung des Kampfes gegen die Offentlichkeit der Wahl und den dadurch herbeigeführten Wahlterrorismus in einen sozialdemokratischen Wahlterrorismus beschaffte am Dienstag das Obergerichtsverwaltungsgericht.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Teuchern waren am 21. November 1907 in der 3. Abteilung die Kandidaten der Sozialdemokratie, der Invalide Tränker und der Bergarbeiter Friede, mit je 185 Stimmen gegen 112 gegnerische Stimmen gewählt. Die Stadtverordnetenversammlung erklärte darauf die Wahlen für ungültig. Grund: Die Sozialdemokraten hätten die kleinen Gewerbetreibenden mit Bonfott bedroht, die gegen die Gewählten stimmten. Die beiden Genossen, deren Wahl durch diesen seltsamen Beschluß für ungültig erklärt war, strengten dagegen die Klage auf Gültigkeitserklärung der Mandate an. Der Bezirksauschuss wies jedoch nach einer Beweiserhebung die Klage ab. Wenn in Teuchern, in einer Stadt mit großer Arbeiterbevölkerung, von der die Kleingewerbetreibenden allein abhängig seien, die Sozialdemokraten sich verabredet hätten, alle die zu kofottieren, die nicht ihren Kandidaten wählen, so war darin eine solche unzulässige Beeinflussung der Wähler zu erblicken. Solche Bonfottandrohung gegen kleine Gewerbetreibende habe aber vorgelegen, das schlichte der Bezirksauschuss aus — den Berichten von Polizeibeamten über von diesen überwachene sozialdemokratische Versammlungen! Danach habe einer der Redner, Schröder, in einer Versammlung vom 18. August 1907 gesagt: „Die kleinen Kaufleute, die sich erdreisten, sollten, einen Gegenkandidaten zu wählen, müßten kofottiert werden.“ Am 17. November habe ferner derselbe Redner gesagt: „Kofottieren dürfe er zwar nicht sagen, aber jeder würde ihn verstehen, wenn er sage, diejenigen Gegner, welche den Sozialdemokraten nicht wählen, seien schart auf Korn zu nehmen.“ Nach einem Polizeibericht über eine Versammlung nach der Wahl habe ferner ein Redner gesagt: „W-e gegen und gestimmt hat, muß gepöckelt werden.“ Es hatte nun der Bezirksauschuss 78 selbständige Gewerbetreibende aus der Bürgerliste in Teuchern ausgezogen, von denen er annahm, sie seien auf die Kundtschaft der Arbeiterweise

angewiesen. Diese hätten möglicherweise durch Angst vor dem Bonfott beeinflusst sein können, entweder sozialdemokratisch oder gar nicht zu wählen. Auch andere Wähler seien wahrscheinlich beeinflusst worden durch den Druck der Bonfottandrohung.

Die Kläger Tränker und Friede legten gegen dies horrende Urteil Berufung ein. Diese vertret Rechtsanwalt Wolfgang Heine am 2. November vor dem ersten Senat des Ober-Verwaltungsgerichts. Der Anwalt zerplückte nach allen Richtungen die eigenartige Beweiswürdigung des Bezirksauschusses. Die „Feststellung“ einer Einwirkung auf das Resultat, die der Bezirksauschuss meine getroffen zu haben, sei ganz hinfällig. J. B. sei allgemein bekannt, daß viele kleine Geschäftsleute, die sonst sozialdemokratisch stimmen würden, bei der unmoralischen öffentlichen Wahl nicht wählen gingen, weil sie polizeilichen Druck befürchteten. Die fraglichen 76 Geschäftsleute müßten eventuell benommen werden. Der Anwalt stellte außerdem noch eine Reihe anderer Beweisangebote, falls die Wahlen nicht sofort für gültig erklärt würden.

Das Obergerichtsverwaltungsgericht hob die Sorentscheidung auf und erklärte beide Wahlen für gültig. Begründet wurde ausgeführt: Dem Bezirksauschuss sei darin beizutreten, daß die Androhung der Entziehung der Kundtschaft oder anderer wirtschaftlicher Nachteile zu den unzulässigen Mitteln der Wahlagitatorien gehöre. Habe das Mittel Erfolg, d. h. würden Wähler benachteiligt, gegen ihre Ueberzeugung ihre Stimme abzugeben oder nicht zu wählen, so könne das ein Grund sein, die Wahl für ungültig zu erklären. Daß Beweisergebnis könne aber nicht so gewürdigt werden, wie es der Bezirksauschuss getan habe. Der Senat sei nicht der Ueberzeugung, daß in der Tat eine Bonfottandrohung seitens der Partei stattgefunden habe. Selbst wenn man die Polizeiberichte zugrunde legte, so könne daraus doch nicht gefolgert werden, daß die Versammlungen bzw. die sozialdemokratische Partei den Beschluß gefaßt hätten, alle Kleingewerbetreibenden, die nicht den Sozialdemokraten ihre Stimme geben, nachher zu kofottieren. Zudem fehle auch jeder Beweis, daß die Behauptungen in den Versammlungen zur Kenntnis eines größeren Wählerkreises gekommen seien. Eine Beeinflussung, wie sie der Bezirksauschuss annahm, sei demnach nicht dargetan. —

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. November 1908.

### Ein neuer Sieg in Sachsen.

Bei der heutigen Stichwahl zur Zweiten Ständekammer wurde im 17. städtischen Wahlkreise (Geier-Stollberg) unser Genosse Demmler mit 5722 Stimmen gewählt. Borwerk (nall.) erhielt 5351 Stimmen. Damit sind bis jetzt 23 Genossen in den Landtag gewählt. Die übrigen Stichwahlen finden morgen statt.

### Und wieder ein Sieg.

Altona, 3. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl in Altona gelang es zum ersten Male, zwei Sozialdemokraten zum Siege zu verhelfen. Es wurden gewählt Rechtsanwalt Dr. Herz und Biagrenfabrikant Thomas mit 4090 bzw. 4030 Stimmen. Die Gegner erhielten 2900 Stimmen. Die Sozialdemokraten sind demnach mit über 1100 Stimmen Majorität gewählt. Bei der morgigen Fortsetzung der Wahl dürfte die Sozialdemokratie vermutlich noch drei Siege erobern.

### Wahlverwandte Seelen.

Die Konservativen scheinen zu einer Art Agitationskampagne gegen die in der vorjährigen Thronrede verheißene Reform des preussischen Dreiklassenwahlrechts greifen zu wollen. Nachdem die konservativen Blätter den Boden genügend vorbereitet haben, beginnen jetzt die agrarischen Führer in konservativen Versammlungen zu erzählen, die Fundamente des preussischen Staates würden gefährdet, wenn sich die preussische Regierung dazu verstehen sollte, an dem bewährten heiligen Dreiklassenwahlrecht zu rütteln. Den Anfang mit diesem Kampfe für die heiligsten Güter der ostelbischen Kultur hat bereits Herr v. Eldenburg-Januschau gemacht. Er hat am Sonntag in einer Wämlerversammlung in Graudenz sich folgendermaßen an die Adresse des Ministerpräsidenten v. Bethmann Hollweg gerichtete Drohung geleistet:

„Wir werden abwarten, wer es wagt, ein freibewusstes Spiel mit der Verfassung zu treiben. . . Wir erwarten, daß man nicht an den Grundlagen unseres Staatswesens rührt und sich genügt zeigt, den Wölfen entgegenzukommen. Sollte es aber geschehen, dann, meine Herren, werden die preussischen Konservativen zur Stelle sein. Darauf können Sie sich verlassen.“

Dann soll also auch v. Bethmann Hollweg gestürzt werden. Und bei diesem Treiben finden die Konservativen die Unterstützung der Großindustriellen. Auch in den von ihnen unterhaltenen Blättern wird jetzt angeflüstert der Wahlniederlagen der Nationalliberalen in Baden und Sachsen für die Erhaltung des preussischen „Vollwerks“ gegen den roten Unsturz plädiert. So schreiben die „Berliner Neuzeit Nachrichten“:

In Reumünster sagte der schleswig-holsteinische Liberalismus, Badenstrimpfster und Wasserfester. Nicht groß an Zahl, nicht bedeutend durch sozialen Gehalt der Führer, aber „unentwegt“ bis auf die Stiefelspitzen. Und er beschloß, die „Preuchenschmach“ des Dreiklassenwahlrechts dem entrechteten Volke zu nehmen und dafür das Reichstagswahlrecht für Preußen zu fordern.

Verblendete Toren, die nichts verstehen und nichts hinzulernen wollen! Das vielgesammete, agitatorisch und demagogisch so maßlos ausgebeutete Dreiklassenwahlrecht hat dem Liberalismus auch die Majorität im preussischen Landtag gesichert, jene allerdings nicht mit Ruhm bedeckte Majorität, die dem preussischen König die Notwendigkeiten seiner Heeresreorganisationen unmöglich machen wollte, durch die doch erst 1864 und 1866 zum Heil des gesamten deutschen Vaterlandes so glücklich erledigt wurden. Damals forderten die Konservativen das allgemeine Wahlrecht für Preußen zur Abwehr des regierungsunfähigen und staatsunfähigen Liberalismus. Heute ist es umgekehrt. Und doch hat der Freisinn bei dem verheerenden Wahlrecht Preußens heute noch 36 Siege, während es bei dem „liberalen“ Wahlrecht Badens ganze sieben Siege hat und bei dem zweifellos sehr liberalen Pluralwahlrecht Sachsen sich nur in höchster Qual das eine oder andere Mandat erkämpft.

Und deswegen müssen wir schon um der aller-eigensten Interessen des Liberalismus selber willen darauf bestehen, daß der größte Bundesstaat des Deutschen Reiches keine Wahlrechtsexperimente macht, sondern bei Altbewährtem bleibt und es nur zeitgemäß abändert, d. h. der Zeit gemäß, die angepaßt ist einer tiefen Ebbe des nationalen Gedankens, dessen Hochflut der bürgerliche Bloß von 1907 darstellte. Andernfalls erleben wir noch einen ganz anderen Zusammenbruch, wie den in Baden und Sachsen. Und davor können und wollen wir uns schützen.“

Selbstverständlich ist auch das Blatt der Hamburger Reeder, Guano- und Kaffee-Importeure, die „Hamburger Nachr.“, dafür eingetreten, daß nicht am „Altbewährten“ gerüttelt wird. Ironisch schreibt das Blatt für möglichste Mehrung großer Handelsprofite:

„Eine wahrhaft nationale Partei, wurde längst beteuert, soll die nationalliberale sein; wie dies ja auch ihr Name besagt, die die nationale Pflicht als die höchste voranstellt. Ihren nationalen Charakter haben die Vortretende Wassermanns in dessen engerer Heimat dadurch bekundet, daß sie mit der antinationalen Partei



zum Zweck von Schweregeschäften ein Wahllokal eingingen. Nach der „Nationalen Zeitung“ soll die nationalliberale Partei der Damm gegen die Sozialdemokratie sein; in Baden jedoch hielt sie auf diesem Damm die rote Fahne, um so ihre bisherige Stellung als zweitstärkste Partei in der Volkshammer an die Sozialdemokratie abzutreten. Die sächsischen Nationalliberalen erhielten nach der Hauptwahl von dem Organ der Reichsparteileitung das Ehrenattribut „Vollwerk gegen die sozialdemokratische Flut“. Dafür besetzten sich dann die badischen Nationalliberalen, dieses Vollwerk einzurufen, damit die sozialdemokratische Flut höher denn je anschwellen könne.

Wald wird in den Reihen der nationalliberalen Staatsmänner der nach ihrem Hinauswurf aus dem liberal-konservativen Block aufgetauchte oppositionelle Geist wieder verschwunden sein und die nationalliberale Partei demütig die Zulassung zum Schnapsblock begehren.

### Aus dem Wahlkreis Landsberg-Soldin.

Ein gutes Vorzeichen für die kommende Reichstagswahl sind die Stadtverordnetenwahlen in Landsberg, die am Montag stattfanden. Es wurden im ganzen 1310 Wahlzettel abgegeben. Die vier sozialdemokratischen Kandidaten erhielten 636, 620, 619 und 618 Stimmen. Genosse Kaiser ist gewählt und wird als erster Sozialdemokrat in das Landsberger Stadtparlament einziehen. Die Wahlbeteiligung war gut; unsere Stimmenzahl stieg von 250 auf 632, während die Gegner es nur auf 441 Stimmen brachten. Da drei der zu wählenden Stadtverordneten Hausbesitzer sein müssen, so gehen der Sozialdemokratie drei Mandate leider verloren. Zur Reichstagswahl im Kreise machen alle Parteien die größten Anstrengungen. Täglich finden eine Reihe von Versammlungen statt, die von Liberalen und Konservativen einberufen und gut besucht sind. Die Sozialdemokraten sind überall dabei und nützen die kurze Redezeit weidlich aus. Am Montag sprach in Landsberg der konservativste Kandidat Holschke und nach ihm der Abgeordnete Pauli. Die Versammlung war zum Brechen voll und wurde politisch abgefeuert. Unsere Genossen waren in der Mehrheit. Pauli besprach nur die Mittelstandspolitik und enthielt sich jeder Angriffe auf die Sozialdemokratie. Eine interessante Debatte folgte hierauf, in der die ersten Redner unsere Genossen Pögel und Weiss waren, ihnen folgte ein freisinniger Mittelständler, der das Unglück hatte zu erklären, daß die Liberalen eintreten für das gleiche Wahlrecht in Reich, Staat und Gemeinde. Der Unglücksfall wachte nicht, daß unsere Liberalen diese Forderung nur in Versammlungen erheben, aber gar nicht daran denken, sie, wo sie die Macht haben, zu verwirklichen. Pauli feierte daher einen billigen Triumph, als er die liberalen Velden hierauf gehörig festnagelte. — Interessant war der Schluss. Der Vorsitzende wollte die Versammlung schließen und tat das mit den Worten, die Versammlung möge das Gehörte prüfen und das von Pauli Gesagte als richtig — hier übertrug seine Worte der Jurist des Genossen Weiss: „nicht anerkennen!“ — Der Herr Vorsitzende fuhr fort: und am 12. November dem Kandidaten — hier trat Genosse Pögel aus dem Hintergrunde vor und machte der Versammlung eine Verhöhnung, was einen solchen Jubel auslöste, daß die Schlussworte des Vorsitzenden verhallten. Die Erregung im Kreise ist ungemein groß. Unsere Genossen hoffen, daß ihre eifrige Arbeit belohnt wird.

### Eine deutschsoziale Unterschlagung.

Die „Deutschsozialen Wälder“, das Organ der deutschsozialen Partei (die Antisemiten um Liebermann), hat sich in der Hize der Polemik verläppelt. In der Nr. 88 vom 8. November schreibt dieses von der deutschsozialen Parteileitung inspirierte Blatt:

„Schad wurde in eine belmische Krankenheilanstalt gebracht, in der er sich noch immer befindet. Er lebt dort völlig abgeschlossen, die Verbindung mit der Außenwelt wird nur durch seine nächsten Angehörigen aufrecht erhalten. Zeitungen liest er nicht, und seine einzige politische Kundegebung war eine abermalige Zuschrift, datiert von Mitte Oktober, in der er nochmals sein Mandat niederlegt. Aber auch diese ist, aus denselben Gründen wie die erste, einzuweisen zu den Akten gelegt worden, bis der Parteivorstand sich durch das Gutachten der Schad behandelnden Ärzte objektiv davon überzeugt hat, daß er in der Lage ist, eine unter allen Umständen gültige Willensklumdegebung abzugeben. Dann wird die Niederlegung des Mandats sofort erfolgen, da Monate, vielleicht Jahre vergehen werden, ehe Schad völlig wiederhergestellt sein wird und eine parlamentarische Tätigkeit schon aus diesem Grunde ausgeschlossen ist. Der Zeitpunkt der Entlassung aus der Krankenheilanstalt kann heute noch nicht bestimmt werden, und daß die Mandatsniederlegung vorher erfolgen kann, ist sehr unwahrscheinlich.“

Der Parteivorstand der deutschsozialen Antisemiten hat also ein Schriftstück, das an das Bureau des Reichstags abzugeben wäre, für sich behalten. Als Grund gibt er an, daß nicht feststehe, ob Herr Triole geistig gesund ist und ob er also eine gültige Willenserklärung abgeben kann. Darum haben sich indes die Herren Raab, Vattmann und Liebermann nicht zu bekümmern, sondern der Reichstag. Das Verhalten der Antisemiten bezweckt natürlich lediglich ein Hinausschieben der Reichswahl, da sie wissen, daß das Mandat für sie verloren ist. Daß Herr Triole als Reichstagsabgeordneter unmöglich ist, das empfinden selbst die Herren Deutschsozialen, wie die Notiz ihres Organs nur zu deutlich zeigt. Der Reichstag wird indes nach seinem Zusammentritt allen Grund haben, nach dem Mandatsverzicht des Herrn Schad bezw. nach den deutschsozialen Akten über seinen Fall zu fragen.

### Vorussisches.

Durch eine Art Ueberrumpfung des Reichstages ist es im vorigen Jahre bei der Beratung des Marineetat's zu einer Generaldebatte nicht gekommen. Der daraus gezogene Schluss, daß mit der Marineverwaltung allgemeine — Zufriedenheit bestesse, ist entschieden falsch. Die kommende Reichstagsession dürfte für den Admiral v. Tirpitz nicht so glatt verlaufen. Der jetzt im Kiel schwebende Prozeß hat ja bereits Mißstände auf der kaiserlichen Werft erkennen lassen, wie sie in Rußland auch nicht viel schlimmer sein können.

In den „Danziger Neuesten Nachrichten“ wird darauf hingewiesen, daß es bei dem Verkauf von drangierter Schiffe ebenfalls in einer Weise zugeht, die nicht als im Interesse der Steuerzahler gelegen bezeichnet werden kann. Die Hofsacht „Kaiseradler“, die trotz ihres Alters noch in durchaus ordnungsmäßigem Zustande ist, kommt demnächst zum Verkauf. Dieser Verkauf von Schiffen nun geschieht in folgender Weise: Die Werft lagert das betreffende Schiff auf Ebbbruch, d. h. es wird der Wert ermittelt, den die einzelnen Materialien (Eisen, Maschinen, Holzteile usw.) am Tage des Verkaufs darstellen, ohne auf den Gebrauchswert des Schiffes Rücksicht zu nehmen! Für den Ankauf der Schiffe kommt stets nur ein kleiner Kreis von Personen in Frage. Die Angebote werden geheim gehalten. Wacht nun jemand, der diesem engen Kreise nicht angehört, ein höheres Angebot, so ist mit Bestimmtheit darauf zu rechnen, daß noch im letzten Moment eine Ueberbietung durch die Korona erfolgt, die sich offenbar auf irgend eine Weise Kenntnis von der Höhe der erfolgten Angebote verschafft! ... Der Gewährsmann der „Danziger Neuesten Nachrichten“ sagt dazu:

„Ich halte es für nötig, daß beim Verkauf eines Kriegsschiffes alle in Betracht kommenden Reberereien bezw. Schiffsmakler über den Bau des Schiffes und Geeignetheit in Kenntnis gesetzt werden, damit Konkurrenz geschaffen wird; sodann muß der Verkaufsmodus derart sein, daß Gaunereien à la Kiel ausgeschlossen sind.“

Die „Germania“ ist in der Lage, all das bestätigen zu können. Das ganze Einkaufs- und Verkaufssystem bei der Marineverwaltung

zichtet eben geradezu die Ringelbildung. Daß diese Quelle der Korruption im Reichstage einer schonungslosen Kritik unterzogen werden muß, ist selbstverständlich. Öffentlich wird Herr v. Tirpitz bis dahin nicht von „Gesundheitsrädlichen“ befallen.

### Wie sich ein liberaler Magistrat zu helfen weiß.

Der Passus im Postarif von 1908, der die Aufhebung des Oktrois für den 1. Januar 1910 bestimmt, macht manchen Stadtverwaltungen schweres Kopferbrechen. Einen originalen Ausweg aus dem Dilemma fand der liberale Magistrat der Stadt Kumbach. Er bestimmte, daß an Stelle des zu beseitigenden Oktrois eine „Beschaugebühr“ für eingefahrte Lebensmittel in gleicher Höhe wie die bisherigen Abgaben zu treten habe!

### Ein Riesenprotest gegen polizeiliche Bevormundung.

Bekanntlich hat die fürsorgliche Polizeibehörde der Republik Hamburg eine in der letzten Woche auf dem Heiligengeistfelde unter freiem Himmel geplante Versammlung, die sich mit der famosen Reichsfinanzreform und dem spanischen Denkerregiment beschäftigten wollte, mit der ammutig klingenden Motivierung verboten, daß Ansammlungen von großen Menschenmengen unter freiem Himmel eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit bilden! Da aber, wie zu Archimedes Zeiten, auch in einer Republik nicht alle Ansammlungen von Menschenmengen verboten werden können, sahen sich die auch von einer Sozialerweigerung betroffenen Genossen des zweiten Hamburger Wahlkreises nach einem geeigneten Versammlungsorte um, den sie im Fiskus suchten.

Die polizeiliche Mellem für diese Fiskus-Versammlung hatte riesige Menschenmengen auf die Beine gebracht. Schon lange vor der festgesetzten Zeit — Sonntagmorgen 1 Uhr — war der weite Fiskusraum bis auf den letzten Platz besetzt, so daß wohl an 8000 Personen anwesend sein mochten, während eine gleiche Menschenmenge keinen Einlaß fand. Das Referat hielt Genosse Adler-Kiel, der in farlsastischer Weise sich seiner Aufgabe entledigte.

### Die Abwanderung aus Ostpreußen.

Wie aus dem soeben erschienenen Geschäftsbericht des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Ostpreußen hervorgeht, sind im Jahre 1907 aus Ostpreußen 91 576 Versicherte abgewandert. Im Jahre 1908 haben dagegen 99 180 Versicherte Ostpreußen verlassen, so daß also gegen das Jahr 1907 im letzten Jahre 7684 Versicherte mehr nach anderen Bundesstellen abgewandert sind.

Seit Inkrafttreten des Invalidenversicherungsgesetzes (1891) beträgt die Abwanderung der Versicherten aus Ostpreußen (bis Ende 1908) 980 288. Gegenüber diesen Zahlen der Abgewanderten ist die Zahl der aus fremden Anstaltsbezirken nach Ostpreußen zugewanderten auffallend klein. Im Jahre 1907 waren es 14 109, im Jahre 1908 14 316. Die Zuwanderung ist also im letzten Jahre um 207 gegen 1907 gestiegen. Seit 1891, dem Inkrafttreten der Versicherungsanstalt, sind bis Ende 1908 166 622 Versicherte nach Ostpreußen zugewandert, gegenüber 980 288, die abgewandert sind. Es sind also in den letzten 17 Jahren aus Ostpreußen 813 664 Versicherte mehr abgewandert als zugewandert.

Der Zug nach dem Westen geht unaufhaltsam weiter. Ostpreußen wird von der arbeitenden Bevölkerung immer mehr entblößt.

### Ein netter Vorgesetzter.

Das Kriegsgericht in Dresden verurteilte den im 17. Dienstjahre stehenden Feldwebel Berger vom Pionier-Bataillon Nr. 12 wegen Unterschlagungen und Betrageren zu einem Jahre neuen Monat Gefängnis, Degradation, Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes und zwei Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte hatte in seiner Eigenschaft als Vorgesetzter die ihm von Untergebenen anvertrauten Gelder in Höhe von 625, 120, 103, 105, 16 und 750 M. unterschlagen. Weiter hat er für Arbeitsstücke mehr verlangt, als sie kosteten und sich dadurch in den Besitz von 70 M. versetzt. Im Kasino und in Restaurants hat der Angeklagte auf Kosten Untergebener Zechen in Höhe von 5, 9 und 10 M. gemacht; ja sogar auf Kosten Untergebener seiner Frau Essen in die Wohnung geschickt.

### Frankreich.

#### Eine Demonstration gegen Arbeitszeitverlängerung.

Paris, 2. November. Da die Zeitung eines großen Wafars in der Rue de Rivoli den Ladenschluß auf 7 1/2 Uhr anstatt wie bisher auf 7 Uhr angelegt hatte, wurden gegen Abend vor dem Warenhaus Kundgebungen veranstaltet. Mehrere Trupps besetzten unter dem Gesange der Internationale die Verkaufsräume und forderten die Angestellten auf, ihre Posten zu verlassen. Die Polizei räumte das Warenhaus und zerstreute die Manifestanten, deren Zahl auf 20 000 Personen geschätzt wird. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

#### Die Krise im Gemeinderat.

Paris, 2. November. Der Gemeinderat hat heute ein neues Bureau gewählt, nachdem das vorige Bureau aus Anlaß der Ablehnung seines Antrages, eine Pariser StraÙe nach Ferrer zu benennen und die Aender Ferrers zu adoptieren, seine Entlassung gegeben hatte. Zum Vorsitzenden wurde der Progressist Ernest Caron gewählt. Die Mitglieder des Bureaus gehören gleichfalls sämtlich der Opposition an. Sie sind dissidierende Radikale oder unabhängige Republikaner.

### Belgien.

#### Die Kongoreformen.

Brüssel, 30. Oktober. (Fig. Ver.) Die Reformvorschlüge für den Kongo, die am Donnerstag dem Bureau der Kammer vorgelegt haben, würden bei einer wirklich ersten Durchführung nicht mehr und nicht weniger als das Ende des Leopoldinischen Raub- und Schandsystems bedeuten. Denn sie stellen die Verwirklichung einer Forderung in Aussicht, die von allen Gegnern des bisherigen Systems, das die königliche Firma des „Unabhängigen Kongostaats“ gebildet hat, als erste und wichtigste eines Reformprogramms reklamiert wurde.

Den Eingeborenen soll die von Leopold konfiszirte Handelsfreiheit wieder zurückgegeben und ihnen gestattet werden, die Landesprodukte, die hauptsächlich in Kautschuk und Kopal bestehen, frei zu ernten. Die Gebiete sollen den Eingeborenen in drei Etappen erschlossen werden: der südliche Kongo mit dem Kasai und Katangagebiet ab 1. Juli 1910, der übrige Teil (mit Ausnahme der Belgien vorbehaltenen 600 000 Hektar) ab 1. Juli 1911 bezw. ab 1. Juli 1912.

Damit hätte sich also die Regierung dazu verstanden, einer Forderung nachzugeben, die ihren Vertretern, dem Sozialisten Vandervelde ebenso wie dem Gelehrten Cattier oder dem christlichsozialen Peter Vermeer die grimmigsten Vorwürfe des Antipatriotismus einbringen haben. Hatte man doch alle jene, die es wagten, rücksichtslos Kritik an der Leopoldinischen Wirtschaft zu üben, kurzerhand als Agenten Englands hingestellt! Und heute sieht sich die Regierung gezwungen — nachdem der Minister Renkin sich den Kongo ein wenig angefaßt hat — mit dem vom seligen Preßbureau einst glorifizierten System völlig zu brechen, die Forderungen der „Kongofeinde“ und der „Händler von Liverpool“ zu erfüllen.

Die Wiedererstattung der Handelsfreiheit an die Eingeborenen ebenso wie die Aufhebung der Natural- und die Einführung von Geldsteuern ist aber zugleich eine gründliche persönliche Niederlage des Königs, in dessen feinerzeitigen „Reformen“

einst hochmütig jede Abweichung vom bisherigen System abgelehnt wurde.

Nag man auch den schönen Ministervorten des Motivberichts, der die Eingeborenen als Minder anpricht, die ein Recht auf Belgiens Schutz haben, das gegen die Vormundschaft aller Kolonienbesitzer gebotene Mißtrauen entgegenbringen, so bedeuten doch, für sich betrachtet, die vorgeschlagenen Reformen einen Bruch mit der bisher geübten Ausplünderungsmethode, die den Negern das Land geraubt und die Möglichkeit des Erwerbes genommen hatte. Was indes die „feierliche Versicherung“ des Ministers betrifft, daß sich die jetzige Kongoverwaltung — von der unter Leopold II. spricht der Bericht wohlweislich nicht — keinerlei Grausamkeit und Unterdrückung gegen die Regier schuldig gemacht habe, so ist ihre Bestätigung erst von anderer Seite abzuwarten. Daß das Worden, Fesseln, Foltern, die Ausübung der berückichtigten „Strafexpeditionen“, das Einbüchern von Dörfern als „Aufunterungsmittel“ zur Regierarbeit noch immer im Kongo zu Hause ist, hat der kürzlich von Vandervelde in der Kammer vorgebrachte Fall Dörpinghaus bewiesen, der vom Minister selbst bestätigt werden mußte. Die „Kongofeinde“ werden auch fernerhin noch „antipatriotische“ Arbeit genugsam zu leisten haben.

### Das Ferrer-Denkmal.

Brüssel, 31. Oktober. (Fig. Ver.) In seiner gestrigen Sitzung nahm der Brüsseler Gemeinderat mit allen gegen die acht Stimmen der Liberalen einen Antrag an, in welchem er sich für die Errichtung eines dem Andenken Ferrers gewidmeten Denkmals ausspricht, das die Gedankenfreiheit und den Kampf gegen die Intoleranz symbolisch ausdrücken soll. Für den Antrag sprachen die Sozialisten und Liberalen, dagegen nur ein Liberaler, der den spanischen Justizmord verteidigte. — Dem Denkmalkomitee gehören u. a. der Rektor der „Universität Rouvelle“, De Greef, der Demokrat Janson, die Sozialisten Furnemont, Camille Guymans und Haekel an.

### England.

#### Die Stadtebatte.

London, 2. November. Unterhaus. In Erwiderung Chamberlains sagte der Attorney-General, daß der Regierung bei der Erweiterung der Steuergesetze drei Wege offen gestanden hätten, unter denen die Wahl nicht schwierig gewesen sei: einmal eine Steuer auf unverbienten und oft völlig unerwarteten Wertzuwachs, dann die Besteuerung der Industrie und schließlich die der Arbeit in Form einer Steuer auf den allgemeinen Konsum. Die Regierung habe sich dafür entschieden, daß das geeignetste Steuerobjekt der Wertzuwachs sei, es sei aber klar, daß Chamberlain Handel und Arbeit besteuern wolle. Das vorliegende Gesetz habe die Finanzen in eine höhere Sphäre gehoben. England habe den Weg des Fortschritts betreten, hinweg von den bösen Zeiten, in denen die Armen damit befaßt wurden, einem begünstigten Teile der Gesamtheit Nutzen zu verschaffen. Gegen diese Art von Politik seien die Vorschläge des Budgets gerichtet. Die Opposition möge für die Vereitelung dieser Vorschläge wirken, und je mehr sie durchkreuzt würden, desto mehr würde darüber debattiert werden und mit desto größerer Entschlossenheit würde das englische Volk darauf sehen, daß diese Vorschläge auch angewandt würden. Ihre Anwendung könnte dann in Formen geschehen, die bei den Unionisten das Bedauern hervorrufen würden, dem Budget opponiert zu haben.

Snowden (Arbeiterpartei) erklärte, das Budget sei nur wenig sozialistisch und nicht revolutionär, denn es würde einer Revolution vorbeugen. Es müsse von diesem Parlament etwas geschehen, um die großen Ungleichheiten zwischen Reichtum und Armut, zwischen Luxus und Not zu beseitigen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen gegen die Tarifreform erwähnte Snowden dann die letzten Wahlen in Deutschland, die ausschließlich unter dem Eindruck der jüngsten Steuererlässe ausgefochten worden seien. Alle deutschen Sozialisten seien auf Grund ihrer schmerzlichen Erfahrung Freihändler. Wenn es möglich sei, durch Besteuerung des Auslandes Einkünfte zu erzielen, warum tue es Deutschland nicht?

### Dänemark.

#### Das radikale Programm.

Kopenhagen, 3. November. Ministerpräsident Zahle hielt heute im Folkething seine Programmrede. Er erklärte, die Regierung betrachte es als ihre erste Aufgabe, nach der Alberti-Affäre eine Reinigung vorzunehmen. Sie wolle jedoch nicht selbst die Initiative zu einer Anklage beim Reichsgericht gegen Alberti und andere frühere Minister ergreifen, sondern die Entscheidung hierüber dem Folkething überlassen. Die Regierung wolle ferner auf administrativem Wege jeder Korruption innerhalb des Beamtenstandes entgegenarbeiten und Gesetze ausarbeiten, durch die festgesetzt wird, in welchen Fällen und unter welchen Bedingungen Staatsbeamte zugleich private, besoldete Ämter bekleiden und Parlamentsmitglieder in besoldete Staatsstellen eintreten können. Die Regierung beabsichtige eine neue Wahlkreiseinteilung vorzuschlagen, durch die die Zahl der Wahlkreise nicht mehr als notwendig erhöht, aber die Wahlkreise gerecht über das Land verteilt würden. Die angenommenen Landesverteidigungsgesetze würden durchgeführt werden, doch werde die Regierung die größte Sparsamkeit üben und zu keiner Steuererhöhung schreiten, um die Militärgesetze schnell durchzuführen. Falls sich im Folkething eine Majorität gegen die Regierung bilden sollte, werde diese an die Wähler appellieren. —

### Persien.

#### Neue Unruhen.

Petersburg, 2. November. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die in der Nähe des Kaukasus ansässigen Stämme der Schahsewennen und Karaschadagen haben beschlossen, für den früheren Schah einzutreten; sie belagern gegenwärtig Ardebil. Da den dortigen russischen Untertanen Gefahr droht und andererseits die aus Tadschik und Teheran entsandten persischen Truppen nicht so bald dort eintreffen werden, hat die russische Regierung beschlossen, unverzüglich die Schutztruppe ihres Bizekonsulats in Ardebil zu verstärken.

### Amerika.

#### Niederlage von Tammany Hall.

New York, 2. November. Bei den heutigen städtischen Wahlen wurde Tammany Hall geschlagen. Nur ihr Kandidat für den Posten des Bürgermeisters, der frühere Richter Cahoon, wurde gewählt. Für die Ämter des städtischen Finanzministers und des Stadtratspräsidenten wurden die Kandidaten der Vereinigten Republikaner und Unabhängigen Demokraten gewählt, die sehr lebhaft gegen die Mißwirtschaft Tammany Halls aufgetreten waren. Der Ausfall der Wahlen nimmt Tammany Hall jeden Einfluß auf die städtische Verwaltung.

#### Die sozialistischen Stimmen.

New York, 3. November. Die hier abgegebenen Stimmziffern der Sozialisten sind auf die Hälfte zurückgegangen. In San Francisco sind die Kandidatenlisten der Arbeitergewerkschaften durchgegangen.



# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

## Der Streik der Isolierer Berlins

Wie beschloffen, in vollem Umfange durchgeführt. Seit Montag ruht die Arbeit bei allen den Firmen, die die Forderungen nicht bewilligt haben. Im Streik stehen ungefähr 160 Mann. Bewilligt haben 4 Firmen, die zurzeit über 50 Mann beschäftigen. Ueber diese Firmen ist, wie uns mitgeteilt wird, vom Arbeitgeberverband die Materialsperrung verhängt worden, aber ohne den gewünschten Erfolg. Es haben sich sofort andere Lieferanten bereit gefunden, den Firmen soviel Material zur Verfügung zu stellen, wie sie haben wollen. Die Unternehmer sind vergeblich bemüht, von auswärts Streikbrecher heranzuführen. Es ist selbstverständlich notwendig, daß die Isolierer ihre Kollegen überall darauf aufmerksam machen, daß in Berlin gestreikt wird. Werkwürdig sind die Entlassungsscheine, die streikenden oder ausgesperrten Isolierern gegeben worden sind. Es heißt darin, daß der betreffende „wegen Ablehnung der Arbeitsbedingungen entlassen worden ist.“ Diese Entlassung gehört offenbar zu jenen, die den Arbeiter in seinem Erwerbseben schädigen wollen, und deshalb unzulässig und strafbar sind.

Zu unserem Bericht über die Isolierer-Versammlung vom Sonntag in Nr. 256 des „Vorwärts“ sendet uns der Arbeitgeberverband für das Isolierergewerbe zu Berlin folgende Berichtigung:

Es ist unklar:

1. daß die Landzulage der Isolierer 2,50 M. beträgt;
2. daß die den Isolierern am 30. Oktober vorgelegten Arbeitsbedingungen von dem abwichen, was in den Verhandlungen mit der Lohnkommission der Isolierer von den Arbeitgebern angeboten wurde.

Wahr ist:

1. daß die Landzulage der Isolierer schon seit Oktober 1906 2,75 M. beträgt;
2. daß den älteren Isolierern bei den Verhandlungen 70 Pf. Stundenlohn bewilligt worden sind, und daß die Arbeitsbedingungen in jeder Beziehung den gemachten Zusagen entsprechen.

### Schlichtungsvoll

Arbeitgeberverband für das Isolierergewerbe zu Berlin.

H. A.: Fritz Steinbrück.

Von dem ersten Punkt der Berichtigung nehmen wir ohne weiteres Notiz. Er beruht lediglich auf einem Schreib- oder Druckfehler, daß die bisherige Landzulage auf 2,50 M. statt 2,75 M. angegeben wurde. Was die Isolierer in dieser Hinsicht an Zulage zum Ausgleich für die ungeheure Verteuerung der Lebenshaltung fordern, beträgt also nicht einmal 50 Pf., sondern nur 25 Pf. Was den zweiten Punkt anbelangt, wird uns von den Vertretern der Arbeitnehmer versichert, daß die Arbeitgeber bei den Verhandlungen keineswegs die feste Zusage gemacht haben, den älteren Isolierern 70 Pf. zahlen zu wollen. Wohl hätten sie Andeutungen dieser Art gemacht, auch von 67½ und 69 Pf. gesprochen, aber kein bestimmtes Angebot gemacht. Auch in anderer Hinsicht wird bestritten, daß die in den Werkstätten vorgelegten „Bedingungen“ dem Angebot der Arbeitgeber vom 30. Oktober gleichkommen, wobei allerdings bemerkt werden muß, daß einzelne Punkte der „Bedingungen“ recht vielesdeutig sind. Zum Beispiel der Satz: „Bei Akkord werden nach Wunsch Vorschüsse in bisheriger Weise bezahlt.“ Wäher wurden Vorschüsse oder Abschlagszahlungen bei Akkord in der Höhe des Stundenlohnes gegeben. Nach dem letzten Angebot der Arbeitgeber bei den Verhandlungen sollte jedoch — und das hat der Arbeitgeberverband nicht berücksichtigt — bei Akkordarbeit ein Stundenlohn von nur 50 Pf. garantiert werden. Sollte das durchzuführen werden — wozu seine Aussicht vorhanden ist — so würden sich die Arbeitgeber wohl kaum verpflichtet fühlen, die Abschlagszahlung auf Akkordarbeit höher als 50 Pf. die Stunde zu berechnen. Oder wollte der Arbeitgeberverband unter „Vorschüsse“ vielleicht Arzteesvorschüsse verstanden wissen? Dann bleibt es immer noch unverständlich, warum in den „Bedingungen“, die den einzelnen Arbeitern bei Strafe der Entlassung ausgezogen werden sollten, nichts von dem bei Akkordarbeit zu garantierenden 50 Pf. Stundenlohn zu finden ist. Von zweifelhafter Bedeutung ist auch der Satz: „Die bei der Firma bisher bestehenden Arbeitsbedingungen bleiben bis auf weiteres in Kraft.“ Also man führt die Akkordarbeit für normalerweise Arbeiten von 20 Quadratmetern an ein, behauptet andererseits, den Forderungen der Arbeitnehmer durch Bewilligung des 70 Pf. Stundenlohns für ältere Isolierer entgegengekommen zu sein, und dennoch bleiben die bisherigen Arbeitsbedingungen in Kraft. Da finde sich einer zurecht! Wenn die Unternehmer nicht mißverstanden sein wollten, hätten sie ihre „Bedingungen“ etwas deutlicher abfassen müssen.

**Achtung! Buchbinder und Buchbinderarbeiten!** Bei der Firma „Union“, Deutsche Verlagsgesellschaft, Filiale Berlin, Vermittlungsabteilung, sind wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages und Weigerung eines Wertstunden-Akkordtarifes für die Arbeiten, welche nicht im Buchbinder-Akkordtarif enthalten sind, Differenzen ausgebrochen, die zur Arbeitsseinstellung geführt haben. Der Wettbewerb ist gesperrt!

Alle Vermittel, die in dieser Firma hergestellt werden, sind als Streikarbeit zu betrachten und zu verweigern. Desgleichen folgende Zeitungen: „Gummi-Zeitung“, „Farben-Zeitung“, „Strohhut-Zeitung“, „Steinbruch-Zeitung“, „Erzbergbau-Zeitung“ und „Photographische Industrie“. Die Ortsverwaltung.

### Arbeitermangel?

In der letzten Nummer des „Confectionair“ wird nach einem Bericht über den stotigen Geschäftsgang in der Berliner Herrenkonfektion über angeblichen Arbeitermangel sehr geflagt. Der Mangel an Arbeitskräften soll sogar schon eine Steigerung der Löhne herbeigeführt haben. Es ist richtig, daß gegenwärtig in der Konfektion die Arbeitsbelegenheit gut ist, aber von einer Steigerung der Löhne ist außer bei zwei oder drei Firmen, wo dieselben durch den Verband der Schneider erzielt wurden, nicht zu reden. In vielen Fällen hat aber der Verband die Interessen seiner Mitglieder bei verminderten Lohnföhrungen zu verteidigen gehabt. Die Firmen, wo die Konfektionsschneider nicht organisiert sind, haben vielfach die Verschlechterung der Löhne durchgesetzt. Als der Tarif in Steffin abließ, haben die dortigen Unternehmer einen neuen Tarif mit ganz beträchtlichen Verschlechterungen unterbreitet. Zurzeit wird in Steffin ohne Tarif gearbeitet. Wie man da von einer Steigerung der Löhne infolge Arbeitermangels reden kann, ist und unbegreiflich. Man braucht sich bei solchem Gebahren der Unternehmer nicht mehr zu wundern, wenn wirklich Arbeitermangel eintritt. Da nicht auch keine Propaganda für das Schneidergewerbe. Wenn heute ein Lehrling steht, wie der neben ihm stehende Gefelle für niedrigen Lohn eine Mindestarbeitszeit von täglich 12 Stunden zu leisten hat, so wird die schönste Propaganda diesen schlechten Eindruck nicht verwischen. Kommt er aber mit Lehrlingen anderer Berufe zusammen und hört von geregelter Arbeitszeit und einer Bezahlung der Lehrlinge, wofür Wohnung und Verköstigung beim Arbeitgeber wegfallen, so wird es ihm nicht schwer, einen anderen Beruf zu wählen. Wir wollen keineswegs bestreiten, daß dem Schneidergewerbe zurzeit der genügende Nachwuchs fehlt. Das liegt aber nicht daran, daß man die vom „Confectionair“ empfohlenen Mittel zur Abhilfe bisher nicht angewandt hat, sondern an der Abneigung gegen die in der Schneiderlei bestehende Betriebsform. Der Zustand, daß der ausgebildete junge

Mann nicht selbst in einem Geschäft auf Werkstätte Arbeit erhält, vielmehr auf die Ausbeutung durch den Zwischenmeister angewiesen ist, hält ihn von der Schneiderlei fern. Wer die Unternehmer in der Konfektion kennt, der muß es allerdings für vollständig ausgeschlossen halten, daß sie freiwillig zu der unbedingt erforderlichen Aenderung der Produktionsform übergehen. Eine sehr beliebte Art „Nachwuchs“ heranzuziehen, besteht darin, daß man Gelegenheitsarbeiter oder Arbeitslose zu Wägern und Steppern „ausbildet“. Diese Leute haben eine sehr schwere Arbeit zu verrichten. Dafür erhalten sie einen recht niedrigen Lohn. 25 M. gilt schon als gut bezahlt. Durch diese ungelerten Arbeiter wird der Lohn der gelehrten Arbeiter ganz erheblich gedrückt. Macht nun jemand, der auf diese Art in die Konfektion geraten ist, eine Zwischenmeisterwerkstätte auf, so gibt der Konfektionär diesem „Meister“ Arbeit so viel er haben will. Dann werden Bestellen eingestellt und ein tüchtiger Schneidermeister mehr bestrickt das „lohnende Gewerbe“ der Schneiderlei. Kommt aber der Geselle, der auf dem Umwege über solchen Zwischenmeister für eine Firma arbeitet, zu dieser und verlangt Arbeit, so kann er solche mangels eigener Wohnung nicht erhalten. Es ist völlig ausgeschlossen, daß die Arbeiterschaft sich unter diesen Umständen einreden läßt, daß die Schneiderlei ein „lohnendes Gewerbe“ sei. Deswegen bleibt diesem Beruf der „Nachwuchs“ fern.

Die Tarifbewegung der Rieter, Zuschneider und Arbeiterinnen in der Postkartendruckerei ist noch nicht vollständig zum Abschluß gelangt. Folgende Firmen haben den Tarif und das Protokoll der Verhandlungen als für sich bindend unterschrieben: Max Lieh, G. Grawe u. Co., P. F. Weiler, Fodor Karfunkelstein, Wils. Otte, Gutmann u. Meher, M. Kräger, R. Wed u. Co., Th. Nathan, H. Kay u. Co., Union, Rosenheim u. Kaufmann, Th. Möglich, L. Hahndorf und Baum u. Scholz.

Die Kolleginnen und Kollegen bei vorstehend nicht genannten Firmen werden ersucht, umgehend wegen Anerkennung des Tarifs an ihre Arbeitgeber heranzutreten und dem Bedoismächtigen der Zahlstelle Mitteilung über den Ausgang der Verhandlung zu machen.

Die Firma Elöner u. Co. G. m. b. H., Georgenkirchstr. 31, hat den Tarif nicht anerkannt und das organisierte Personal ausgesperrt. Die Firma ist bis auf weiteres gesperrt!

Deutscher Buchbinderverband, Zahlstelle Berlin.

**Achtung, Textilarbeiter und Arbeiterinnen.** Bei der Firma Esbach, Berlin, Sörliger Str. 52 (Inhaber Martin Hirschfeld und Moritz Kugel) ist wegen Mahregelung organisierter Arbeiterinnen ein Konflikt ausgebrochen. Sämtliche dort Beschäftigte haben die Arbeit eingestellt. Die Polizei ist schon in der bekannten Weise wirksam. Strengste Solidarität wird erwartet.

### Deutsches Reich.

Dem Zentralverband der Töpfer ist es gelungen, wieder für Oranienburg und Umgegend einen Lohnarif einzuführen, und zwar ist derselbe abgeschlossen mit den Unternehmern von Oranienburg (Jungungsmeistern und Richtungsmeistern), Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Schmachtenhagen und Gernsdorf. Von Gernsdorf ab tritt der Berliner Tarif in Kraft. Abgeschlossen ist der Tarif auf zwei Jahre, bis 30. September 1911. Die Einführung des Tarifs bedeutet für die Oranienburger Töpfer eine Lohnaufbesserung von 15 Proz., speziell für Oranienburg. Die Arbeitszeit beträgt auf Vauten acht Stunden, auf Privat neun Stunden. Des Sonnabends ist eine Stunde früher Feierabend. Der Erfolg ist dem letzten Zusammenhalten der Töpfer zu verdanken, welche jetzt alle dem Verbande der Töpfer angehören. Die Oranienburger Unternehmer hauptsächlich sträubten sich, den Tarif anzuerkennen; sie glaubten nämlich, daß die bei ihnen ausgelehrten jüngeren Töpfer weiter arbeiten würden, wenn es zum Streik käme. Und da sie auch eine ziemliche Anzahl Lehrlinge haben, würde es ihnen doch möglich sein, ihre Arbeiten fertigzustellen. Sie hatten sich aber getäuscht, denn die jüngeren Kollegen hatten die Arbeit schon eher eingestellt, als die Arbeitsniederlegung beschlossen war, und dadurch wurden auch die Oranienburger Meister gezwungen, den Tarif anzuerkennen.

### Eine christliche Seele.

In Nr. 287 des „Vorkämpfer Volksblattes“ vom 23. Oktober er. findet man folgende Anzeige, die als Kuriosum weitere Verbreitung verdient:

Meiner werten Kundschaft von Barlo, Steneten und Umgegend teile ich hierdurch mit, daß ich mit dem heutigen Tage den Tagelohn für mich und meine Gesellen um 10 Prozent ermäßigt habe für Winter sowie für Sommer.  
Barlo, den 23. Oktober 1909.

Richard Kampshoff,  
Schreiner- und Zimmermeister.

Sonderbar! In ganz Deutschland flagt und schimpft man über die ungeheure Teuerung, und hier steht ein Handwerksmeister den Lohn für sich (?) und seine Gesellen gleich um 10 Prozent herab. Das merkwürdigste bei dieser Lohnherabsetzung ist wohl, daß bei diesem Meister Mitglieder des christlichen Holzarbeiterverbandes arbeiten. Man darf nun gespannt darauf sein, ob und wie diese mit den um 10 Prozent für Winter und Sommer herabgesetzten Löhnen auskommen werden. Fast könnte man annehmen, es handle sich um eine Illustration zu der „segensreichen“ Wirkung der neuen Steuergelese.

### Achtung, Glaschleifer!

In Eßlingen in Württemberg ist es bei der Firma Moser zum Streik gekommen. Da die Firma verfallen wird, unorganisierte von anderen Orten herbeizuführen, so wird ersucht, den Zugang streng fern zu halten.

Das gleiche gilt von der Firma Boushof (vorm. Aug. Meier u. Sohn), Dresden.

Bei der Firma Dähne, Leipzig-Lindenau, haben die Glaschleifer gemeinschaftlich mit den organisierten Holzarbeitern Forderungen eingereicht. Es besteht auch hier die Aussicht, daß es zum Kampfe kommen wird. Genannte Firmen sind deshalb für Glaschleifer und Messingglaser gesperrt.

### Kulturdokumente vom Kampfe der Rieter Gemeindegewerkschafter.

Drahtische Beweisstücke von der Sonderstellung der Streikbrecher in unserem Reichstaate hat der Lohnkampf der Rieter Gemeindegewerkschafter geliefert. Während der zehnwochenlangen Dauer desselben bildeten die unferen Rieterhahern so nährlich erkeimenden Elemente, ausgerüstet mit den gefährlichsten Schlag- und Werdwerkzeugen, eine stete Gefahr für das Publikum. Ihre Attaden brachten ihnen jedoch öfter eine Einbuße ihrer Woffen. Diese wurden von Interessenten gesammelt, überschüssig zusammengelegt und jetzt im Rieter Gewerkschaftshause ausgestellt. Das Verbandsorgan der Gemeindegewerkschafter „Die Gewerkschaft“ bringt nun darüber eine bildliche Darstellung. Neben fünf Revolvern und scharfen Patronen prangen die neun Gummischläuche, eine eiserne Kugel mit Handgriff, ein von beiden Seiten geschlossenes und dolchartig zugespitztes Schlächermesser sowie die vom Magistrat gestifteten Extravaganzen. Die Revolver sind in verschiedenen Kalibern vertreten, ebenso die Gummischläuche; letztere schwanken in der Länge zwischen 24,5 und 44 Zentimetern, in der Stärke zwischen 1,6 und 4,5 Zentimetern. Vollgummihülsen sind nicht dabei, es sind vielmehr hohle Schläuche.

mit Holzspitzen, Sand, Blei, Kugel- oder Schraubenbolzen angefüllt. Die neu hinzugekommene eiserne Kugel ist ein halbes Pfund schwer, mehrfach durchlocht, mit Draht umspannt, mit einem Handgriff versehen. Die so ausgestatteten Schlagwerkzeuge gelten jedenfalls genau so wie Revolver als Werdwaffen. Auf einen Gieß kann damit ein Mensch hingestreckt werden. Verschiedene dieser lebensgefährlichen Schlaginstrumente sind in städtischen Betrieben und von städtischem Material verfertigt. Es war auch bekannt, daß die Arbeitswilligen von ihren Waffen nach Herzenslust Gebrauch machten, von einer Aenderung der Zustände war jedoch nichts zu verspüren. Ungehindert durften die Lieblinge des Rieter Magistrats tun was ihnen beliebte. Einen am Streik vollständig unbeteiligt gewesenen Tischler haben sie zum Krüppel geschlagen und der wegen Landfriedensbruchs mit einem Jahr Zuchthaus bestrafte Arbeiter Ziegler hat die Schießerei der Arbeitswilligen gleichfalls mit längerer Kur im Krankenhaus bezahlen müssen; richtig hergestellt ist er heute noch nicht. Manche Arbeiter und selbst Bürger aus den sogenannten besseren Kreisen sind mit den Gummihülsen der damaligen „Herren von Rieter“ böse zu gerichtet worden. Von einer Strafverfolgung Arbeitswilliger hat man bisher aber noch nichts vernommen. Der Magistrat der Stadt Rieter hat diesen Helfern aus der Not alle möglichen Vergünstigungen gegeben. Nach dem Streikvertrakt erhielten diese den üblichen Lohn, außerdem gemeinsames Unterkommen, freie Verpflegung inkl. Kaffee und bei geregelter Erfüllung des Vertrages 15 M. Prämie. Ferner wurden noch gratis geliefert: pro Tag eine Flasche Bier, Zigaretten, Zigaretten, Kautabak, Ansichtspostkarten und Schreibmaterial. Der von der Verwaltungen gedruckte Vertrag verbietet den Leuten aber auch jedwede Organisationszugehörigkeit insoweit der liberale Magistrat das mit seinen Grundanschauungen über Menschenrechte vereinbaren kann, ist unbegreiflich. Nichtsdestoweniger wurden die Arbeitswilligen in jeder Weise gehänselt. Das ganze Vorgehen in diesem Kampfe zeigt nur zu deutlich, daß nicht bloß System in der Organisation von Streikbrecherkolonnen, sondern auch in ihrer Ausübung und Behandlung liegt. Früher oder später müssen diese Ausnahmezustände aber zum Nachteil der eigenen Begründer und Beschützer ausschlagen.

### Ausland.

#### Ein Sieg jüdischer Proletarier.

Das Auslandskomitee des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes in Litzhauen, Polen und Rußland rief vor einiger Zeit in der ausländischen Partei- und Gewerkschafts-Presse um Beistand an für 2000 ausgesperrte Vorarbeiter des Nordwestgebietes von Rußland. Das Komitee macht nun bekannt, daß der Kampf der Vorarbeiter nach einer Dauer von vier Monaten mit glänzendem Erfolg beendet ist. Der zähe Widerstand der Arbeiter und ihre Solidarität überwand alle Schwierigkeiten; das Bestreben der Fabrikanten, dem seit 1905 erkämpften achtstündigen Arbeitstag ein Ende zu bereiten, mißlang.

## Verfammlungen.

Zentralverband der Bildhauer. Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes hielt ihre regelmäßige Mitgliederversammlung bei Wille ab. Der Vorstand hat insgesamt 10 Mitglieder neu aufgenommen, 3 wurden noch von der Versammlung aufgenommen, zwei Redungen mußten zurückgewiesen werden. Die Einnahme betrug im dritten Quartal 2376 M., die Ausgabe 823,88 M., mithin bleibt der drilichen Verwaltung ein Vermögen von 1234,41 M. Der Mitgliederbestand beträgt zurzeit 371; ausgetreten sind zwei Mitglieder, zugereist sind ebenfalls zwei Mitglieder; wegen rückständiger Beiträge mußten 27 gestrichen werden, drei Mitglieder sind verstorben. Der Arbeitsnachweisbericht, welchen R. A. L. E. erstattete, ergab erfreulicherweise ein günstigeres Resultat als wie derfelbe im dritten Quartal des Vorjahres. Anschließend an diesen Bericht wurde darauf hingewiesen, daß der Verein Berliner Künstler, Mitglied des Allg. Deutschen Künstlerverbandes E. V. sowie in dessen Namen der Kapellmeister Solfelder (Neues Tonkünstler-Orchester) im „Vorwärts“ (siehe Nr. 236 und 237) inseriert und auf seine Arbeitsvermittlung hinweist. Die meisten Redner sind der Meinung, daß das nur geschieht, um die Arbeiterschaft in dem Glauben zu erhalten, als stände der betreffende Verein auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung. Es wurde beschlossen, eine auflärende Annonce im „Vorwärts“ zu veröffentlichen.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen, Bezirk Groß-Berlin (Bureau Neue Königstr. 36), hielt seine Generalversammlung am Donnerstag in den „Arminhallen“ ab. Zunächst ehrte die Versammlung das Andenken von drei in der Zwischenzeit verstorbenen Kollegen durch Erheben von den Sihen. Sodann wurde über die Tätigkeit und die Erfolge des letzten Vierteljahres ausführlich Bericht erstattet; eine äußerst rege, umfassende Tätigkeit ist gerade in den letzten Monaten einfallend worden, galt es doch die Verrätereien und die Verlogenheit des deutschen nationalen Verbandes der weitesten Öffentlichkeit zu unterbreiten. Hierzu dienten uns zwei Massenflugblätter und eine Sonderausgabe unserer Zeitung (100 000 Exemplare allein für Berlin). Außerdem gaben wir in vier stets überfüllten öffentlichen Versammlungen den Handlungsgehilfen Gelegenheit, die Gesinnung und das Gebahren dieser Sorte von Gegnern zu erfahren und zu brandmarken. Die Früchte machen sich bereits bemerkbar; während unser Verband ständig an Sympathie und Mitgliederzahl wächst, lichten sich die Reihen des deutschen nationalen Verbandes (allein im Monat September in Deutschland 8000 Austritte), sein Tun und Treiben ist in allen anständig empfindenden Kreisen gerichtet. Neben dieser enormen Agitation leitete der Zentralverband bedeutsame positive Arbeit: er vermittelte seinen Mitgliedern Bildungsgelegenheit, sorgte für stellose Kollegen, veranstaltete verschiedene Betriebsversammlungen und schloß u. a. mit der Konsumgenossenschaft von Berlin und Umgegend einen Tarif für die Verkäuferinnen ab, der eine Reihe namhafter Verbesserungen aufweist und ein Ansporn sein muß, auch in bürgerlichen Geschäften derartige Abmachungen und Gehaltsregulierungen zu schaffen. Dieses kann aber nur dann geschehen, wenn die moderne gewerkschaftliche Organisation auch unter den Handlungsgehilfen und Gehilfinnen sich immer mehr Bahn bricht; insbesondere gehören die Kinder von proletarischen Eltern nicht in bürgerliche Handlungsgehilfenverbände hinein.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Und immer neue Siege.

Wien, 3. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei den Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung hat die Sozialdemokratie mit großer Mehrheit über die vereinigten bürgerlichen Parteien gesiegt. Unsere Partei behauptete vier Mandate und eroberte vier dazu.

### Unternehmermoral.

Strasbourg i. E., 3. November. (W. S.) Die hiesige Strafammer verurteilte heute den Inhaber der Fabrik Gebr. Eibel, Bierbrauerei in Rehl, wegen Trittschneidung zu einer Geldstrafe von 500 M. und zu einem Werterlohn von 12 641 M.

### Feary die goldene Medaille.

Washington, 3. November. (W. T. W.) Die Nationale Geographische Gesellschaft hat Feary die goldene Medaille verliehen, indem sie als wahr unterstellte, daß er den Nordpol erreicht habe. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.



Pastor Felke freigesprochen.

Am 14. Januar sprach das Landgericht Cleve den in den weitesten Kreisen als Naturarzt bekannten Pastor Felke in Apeken, Kreis Mönch, von der Anklage fahrlässiger Tötung frei. Das Reichsgericht hob, wie wir am 6. Juni berichteten, das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht Kreisfeld. Dieses ist nun nach einer ausgedehnten sechstägigen Verhandlung wiederum zu einer Freisprechung gelangt.

Pastor Felke läßt sich Honorar nicht zahlen. Er hat eine besondere Augen Diagnose und eine eigenartige Behandlungsart. Lehm packungen, vegetarische Ernährung und Bäder sind seine Hauptmittel. Daneben gibt er auch eine homöopathische Medizin. Im Mai 1908 wendete sich ein Wädlerlehrling an ihn, der Schmerzen im Leib hatte. Felke diagnostizierte auf Leberleiden, verordnete Bäder, Lehmwickel, Wassertrinken. Der Zustand des Wädlerlehrlings wurde schlechter. Er wandte sich nun an einen Arzt. Von diesem wurde er wegen Blinddarmentzündung operiert, aber starb am folgenden Tage. Den Tod soll Felke verschuldet haben, weil er die Krankheit nicht richtig erkannt und ferner durch die Anordnung von Bädern zur Verschlimmerung der Krankheit direkt beigetragen habe und endlich durch seine Behandlung den Kranken einer verhängnisvollen Behandlung durch einen Arzt entzogen habe. Wäre die Operation einige Tage früher vorgenommen oder auch nur der Kranke, der kein Leberleiden hatte, wegen des wirklichen Leidens sachgemäß behandelt worden, so wäre wahrscheinlich der Tod nicht eingetreten.

Zu der sechstägigen neuen Verhandlung vor dem Landgericht in Kreisfeld nahmen einen breiten Raum die Sachverständigen Gutachten über die Augen Diagnose ein. Die meisten Ärzte sprachen sich ablehnend, einige aber auch zugunsten der Augen Diagnose aus. Es wurde in diesem Prozeß dann im Krankenhaus eine praktische Probe auf die Güte der Felkeschen Diagnosenart vorgenommen: Pastor Felke diagnostizierte in zwanzig Fällen, welche Krankheit sie ihm Vorgeführten haben. Das Ergebnis der Untersuchung und der Vergleich mit der Wirklichkeit war ein für die Methode des Angeklagten niederschmetterndes: die Diagnose war in allen zwanzig Fällen falsch.

Der Staatsanwalt beantragte einen Monat Gefängnis. Das Gericht kam auf Grund folgender Erwägungen mit Recht zu einem freisprechenden Urteil. Der Tod des Wädlerlehrlings sei allerdings auf das fahrlässige Verhalten des Angeklagten zurückzuführen. Dies liege darin, daß er eine falsche Diagnose auf Leberleiden bei dem an Blüddarm Erkrankten stellte und ihm Dinge verordnete, die seine wirkliche Krankheit verschlimmerte. Die Augen Diagnose habe sich als ein völlig unzuverlässiges Mittel erwiesen. Über der Angeklagte habe an die Wichtigkeit der Diagnose geglaubt. Daß er an der Wichtigkeit nicht zweifelte, wäre allerdings eine Fahrlässigkeit, wenn nicht die besonderen Umstände, unter denen er in Apeken seine Tätigkeit ausübt, in Berücksichtigung gezogen würden. Mit Recht oder Unrecht werde er dort wegen angeblich erzielter Erfolge nahezu vergöttert. Auch die Hinweise der Ärzte auf die Unrichtigkeit seiner Heilmethode habe ihn nicht von ihr abbringen können. Wenn noch einmal diese Methode dem Angeklagten einen Streich spielen sollte, so würde die Frage der Fahrlässigkeit wohl zu bejahen sein, denn die durch das Gericht im Krankenhaus angeordneten Experimente lassen keinen Einwand, er sei von der Wichtigkeit seiner Methode überzeugt, nicht mehr zu.

Wäre bei dem Verdict über das reichsgerichtliche Urteil haben wir erklärt, daß wir weit entfernt sind, für die Heilmethode des Pastors eine Lanze brechen zu wollen. Aber es dünkt uns doch, wenn in allen Fällen, in denen approbierte, gegen Bezahlung tätige Ärzte eine Krankheit unrichtig beurteilen und behandeln, ein gleich strenger Maßstab wie vom Reichsgericht an das Vorgehen des ohne Bezahlung Rat erteilenden Pastors gelegt würde, würde ein nicht unerheblicher Teil der Ärzte regredieren und schädenerfüchtig zu machen sein. Diese Bemerkung können wir angesichts der erneuten Verhandlung lediglich wiederholen. So bedauerlich der Tod des Lehrlings war und so bedauerlich der weitverbreitete Glaube an Kurpfuscherei, so verkehrt ist es, diesen Jerglauben durch Strafverfahren unterdrücken zu wollen. Uebrigens — wenn die Entziehung eines Kranken von ärztlicher Behandlung als eventuell strafbare Körperverletzung betrachtet werden sollte, — aus welchem Grunde sind denn die Ärzte nicht angeklagt, die es abgelehnt haben, Krankenlassenpatienten zu behandeln?

Kleines Feuilleton.

Im Kampf gegen die Syphilis. Großes Aufsehen erregte am Dienstagabend eine Mitteilung, die der bekannte Forscher Professor Ehrlich (Frankfurt a. M.) vor zahlreicher ärztlicher Zuhörerschaft im Fortbildungskursus des Kaiser-Friedrich-Hauses machte. Der Gelehrte berichtete über Experimente, die er gemeinsam mit seinem Assistenten T. a. aus Japan mit einem neuen Mittel zur Heilung der Syphilis vorgenommen hat. An einer Reihe von Photographien erläuterte der Vortragende Fälle, in denen Kranjken, denen syphilitische Geschwüre eingeimpft waren, in wenigen Tagen durch Injektion des neuen Mittels völlig geheilt waren. Das Mittel besteht in einer jodhaltigen Arsenverbindung. Es ist auch bei einer Reihe für unheilbar erklärter Syphilitiker zur Anwendung gekommen. Nach einigen Tagen der Anwendung war der Krankheitsprozess zum Stillstand gebracht, nach einigen weiteren Wochen Lähmungs- und andere Krankheitserscheinungen völlig beseitigt. Die Ergebnisse der von dem ersten Forscher vorgetragenen Experimente wirkten auf die zahlreiche ärztliche Zuhörerschaft geradezu verblüffend. Sollte das Mittel sich in der Praxis dauernd bewähren, so würde die fürchterliche Krankheitsgeißel erfolgreich bekämpft und vielleicht mit der Zeit vertilgt werden können. So außerordentlich und beispiellos ein solcher Erfolg für die Volksgesundheit wäre, so zurückhaltend wird man, wie der erste Forscher selbst mit Recht hervorhob, mit einem abschließenden Urteil solange sein müssen, bis sorgfältige Versuche an einem großen Material vorgenommen sind und deren Ergebnisse vorliegen.

Wachsplastik. Der Streit, ob die in London von Direktor Bode für das Kaiser-Friedrich-Museum zum Preise von 160 000 M. erworbene Wachsfigur ein Werk Lionardo da Vincis oder des im vergangenen Jahrhundert lebenden Künstlers Lucas aus Southampton sei, das dieser 1848 nach dem Frauentopfe eines der Venezianer Bildner modelliert haben soll, wogt hin und her. Das veranlaßt, die Aufmerksamkeit wieder auf die in unseren Tagen fast vernachlässigte und zu den Panoptiken herabgesunkenen Wachsplastik zu lenken. Es handelt sich um eine uralte, nachweislich schon in Ägypten und Griechenland, später auch in Rom mit großer Virtuosität gelübte Kunst. Wie bei den Ägyptern, war es auch bei den reichen Römern Brauch, das Gesicht einer Leiche abzuformen und die Hohlform in Wachs auszugießen und zu bemalen, um sie auf das Gesicht der Leiche selbst oder auf eine statt ihrer dienende Paradiesfigur zu legen. Ein zweiter Abguss der Hohlform wurde wahrscheinlich als Waffe auf einen Sockel gestellt und, mit Inschriften versehen, in den Schränken des Familienarchivs aufbewahrt. An Fest- und Erinnerungstagen pflegte das Familienhaupt die Schranke zu öffnen und die Wachen der Ahnen mit Vorwort zu schmücken.

Aus dem Altertum hat sich die Wachsplastik ins Mittelalter hinübergerettet. Vornehmlich haben von ihr die Goldschmiede zur Herstellung der notwendigen Wobesse Gebrauch gemacht. Im italienischen Quattro- und Cinquecento finden wir sie in höchster Blüte. Berühmte Erzplastiker, Bildhauer und Goldschmiede schafften in ihr

Aus der Partei.

Die sozialistische Partei und das Ministerium Briand.

Paris, 1. November. (Fig. Ver.) Der Nationalrat der geeinigten Partei hat gestern bis tief in die Nacht verhandelt. Von den Verhandlungsgegenständen nahm zunächst die ewige Frage der Parteisteuer der Deputierten lange Zeit in Anspruch. Im ganzen ist die Angelegenheit jetzt ziemlich geordnet, von den noch im Rückstand befindlichen haben einige mit Rücksicht auf die von ihnen für Parteienternehmungen gebrachten materiellen Opfer eine Stundung zugestanden bekommen, andere haben bindende Verpflichtungen bezüglich der Abzahlung ihrer Schuld übernommen. Nur bei zwei Deputierten, Grouffe und Cadenat besteht eine Ausnahme. Ein direkter Ausschlußantrag gegen den allezeit zahlungsunwilligen Grouffe fand nicht die Mehrheit, dagegen wurde eine von Jaurès und Delort eingebrachte Resolution angenommen, die das Ende des November als Endtermin für die Steuerleistung bestimmt. Bei Nichtzahlung oder Verweigerung fester Verpflichtungen bis zu diesem Zeitpunkte sollen die Bestimmungen über den Ausschluß zur Ausführung kommen. Der Beschluß wurde auch auf Cadenat ausgedehnt.

Erst in der Nachsitzung kam der Punkt: „Die Partei und das Ministerium Briand“ zur Sprache, und wie zu erwarten war, kam die Ueberreizung der Delegierten und das Bedauern, aus dem entlegenen Peripheriegebiet heimzukommen, wo die Sitzung stattfand, der Beratung nicht zugute. Der Ausgangspunkt der Diskussion war das bekannte uneingige Verhalten der Fraktion bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum für das neue Ministerium. Dazu ist seither noch eine ausgesprochene, mit Hohn gegen die „Anbedingten“ in der Partei gerichtete regierungsfreundliche Erklärung des Deputierten Vasilj gekommen. Die Seine-Föderation, deren Vorstand sich für eine radikale Opposition der Partei zum Briand ausgesprochen hat, beantragte, ihre Resolution zum allgemeinen Beschluß zu erheben. Die Pariser Deputierten Grouffier und Dubois sehen darin einen gegen die Deputierten, die sich der Stimme enthalten hatten, gerichteten Tadel und unterstützten Jaurès, der das Verhalten seiner Gruppe zu rechtfertigen suchte. Schließlich beantragte Jaurès eine vermittelnde Resolution, um deren einstimmige Annahme er bat. Sie bedauerte, daß vor der Abstimmung kein sozialistischer Abgeordneter der für die Partei gegenüber dem Ministerium ausgezeigten Reserve Ausdruck gegeben hatte und forderte das Proletariat auf, sich durch das Aufsteigen einseitiger Parteimitglieder in die Regierung nicht beeinflussen zu lassen.

Jaurès Vorschlag wurde sowohl von den Insurrektionellen der Seine-Föderation, als von den Freunden Dubois bekämpft, und schließlich wurde mit großer Mehrheit die Resolution der Seine-Föderation unter großem Lärm angenommen. — Der „Temps“ zieht heute darum schon eine Sprengung der Partei in Betracht. In Wirklichkeit hat es sich gestern weniger um die prinzipielle Frage des Verhaltens der Partei zur Regierung gehandelt, sondern darum, ob die Persönlichkeit Briands eine besonders scharfe Betonung der Opposition fordert, worin die sozialistische Partei grundsätzlich jeder bürgerlichen Regierung gegenübersteht. Anders würde die Situation allerdings werden, wenn die Waisly u. a. in der Tat Regierungspolitik betreiben wollten. Die gestrige Debatte hat bedauerlicherweise nicht die notwendige Zeit zur klaren Herausarbeitung und Diskussion der allgemeinen und der persönlichen Fragen vorgefunden.

Der Gemeinderatswahltag in Krefeld.

Der Sieg unserer Genossen, den wir schon in der Dienstadt Nummer telegraphisch melden konnten, ist ein sehr erfreulicher. Fünf Sozialdemokraten sind auf einen Schlag gewählt worden. Rünftig werden sechs Sozialdemokraten gegen zwei in den letzten zwei Jahren im Gemeinderat sitzen.

Zur Erklärung des Genossen Lindemann an seine Wähler

Schreibt unser Westfälischer Partiorgan, die „Schwäb. Tagwacht“: „Es zeigt sich hier eine erhebliche Meinungsverschiedenheit zwischen

zahlreiche Medaillen, Reliefsporträts, Wästen und ideale Figuren. Auch Lionardo da Vinci hat in Wachs modelliert, denn ausdrücklich werden von Vasari einige seiner Wachsarbeiten hervorgehoben. Die berühmte im Museum Vicar zu Velle aufbewahrte Waffe eines jungen Mädchens, einer goldblonden Schönheit mit madonnenhafter Reizung des Hauptes, lehrt am besten, welche Leistungen in gefährlichen Wachsbofferungen geboten wurden. Wie in Italien, so blühte die Wachsplastik auch in Frankreich und Deutschland. Bis tief in das 18. Jahrhundert stand sie in Genuß, besonders an den Fürstenthöfen um dann allerdings unter dem veränderten Zeitgeschmack, der in der Plastik für das „edle“ Weiß des Marmors zu schwärmen begann und die Farbigeit der Antike für unvorbereitend hielt, merklich zurückzutreten.

Die angebliche Lionardo-Waffe ist nun auch polychrom, das heißt farbig. Aber die Farbe ist von außen aufgetragen. Dagegen sind die Wachsplastiken aus der Renaissancezeit, wie ein Kenner in der „Frankf. Ztg.“ ausführlich, aus farbigen Tönen zusammengesetzt, niemals ist das Wachs von außen bemalt. Uebrigens besitzt die alte Wachsplastik einen unüberbarr durchsichtigen Ton, den man heute nicht mehr zu erzielen versteht.

Theater.

Rgl. Schauspielhaus: Der deutsche König. Schauspiel von Ernst v. Wildenbruch. Der Wildenbruchs, durch keine Sorge um intime motivierende und nuancierende Charakteristik behwert, ganz auf den rhetorischen Schwung eingestellter Art überhaupt Interesse abzugewinnen vermag, der wird auch diesem nachgelassenen Werke eine gewisse Wirksamkeit nicht bestreiten können. Wesen und Temperament des Mannes, seine Art zu sehen und zu gestalten, treten hier noch einmal in höchst charakteristischer Ausprägung hervor. Nach dem gründlich mißglückten dramatischen Versuch „Die Lieber des Euripides“, in dem Liebesgeschichten und Lyrik — Dinge, die Wildenbruch in keiner Weise liegen — einen unverhältnismäßig breiten Raum einnehmen, kehrt er hier wieder zu den geliebten blondhaarigen und muskelstarken Germanenfürsten zurück, um sie zu Vorkämpfern und Herolden seiner Rationalitätsidee zu stilisieren. Die nun einmal unüberwindlichen Liebesaffären werden ohne viel Worte nur im Handumdrehen martiert — so weit als nötig, um für den Durchbruch des wahren Heldentums nach dem Schicksal: „Des Mannes Höchstes ist sein Volk“, einen glorreich zu überwindenden Widerstand zu schaffen. Dies Hinauszögern und der bei aller festgelegten Willkür der Voraussetzungen doch theatralisch schlagkräftige Umschwung sind Mittel, die durch den Kontrast das Schlussordner: Heinrichs Krönung und Sieg, dann umso voller erstlingen lassen. Der Akteur hat die Feste in zweifelloser geschickter Steigerung aufgewand und weckt dabei zugleich auch die Empfindung, daß er mit überzeugtem Herzen hinter dem Werke steht. Auch hoffet der auf Verherrlichung eines Verteidigungskriegs, nicht eines Eroberungskriegs gerichteten Tendenz hier kein verletzender Beigeschmack des Chauvinismus an. Die Sprache bewegt sich wie in den „Liedern des Euripides“ in frei wechselnden Rhythmen, hält sich aber viel mehr wie dort von störender Preispreizheit frei.

dem Parteigenossen Dr. Lindemann und dem gesamten Leipziger Parteitag. Durch neue Erörterungen wird diese Differenz nicht auszugleichen sein. Es wird genügen, wenn die westfälischen Parteigenossen ihr Einverständnis mit der in Leipzig gefundenen Lösung aussprechen. Doch sie dieselbe als eine befriedigende ansehen, daran zweifeln wir nicht.“

Ein Preisaus schreiben für eine Reisekarte.

Das Komitee für den 4., 5. und 6. sächsischen Reichstagswahlkreis (Dresden-Albstadt, Reustadt und Land) und der Verlag von Kaden u. Co. zu Dresden eröffnen ein Preisaus schreiben mit drei Preisen unter folgenden Bedingungen: 1. Es soll eine Reisekarte angefertigt werden, die in künstlerischer Weise den Arbeiter-Weltfeiertag veranschaulicht. 2. Die Größe der Karte soll 11:10, die des Bildes 9 1/2:14 1/2 Zentimeter nicht übersteigen. 3. Die Karte muß in Buchdruck herzustellen sein, soll im Dreifarbenruck ausgeführt werden und die Aufschrift: „Reisekarte 1901“ tragen. 4. Die Bewerber müssen ihre Zeichnungen bis Weihnachten mit einem Stempel versehen an Kaden u. Co., Dresden-A., Zwingerstr. 21, einsenden. In besonderem, geschlossenem Umschlag ist die genaue Adresse des Bewerbers unter Wiederholung des Kennwortes der Skizze beizufügen.

Die prämierten Arbeiten gehen in den Besitz des Verlags von Kaden u. Co. über, bei den nicht prämierten Zeichnungen behält sich der Verlag Ankaufsrecht vor. Sämtliche Arbeiten werden in geeigneten Räumlichkeiten zur Besichtigung ausgestellt werden.

Die Preise sind: 1. Preis 75 M., 2. Preis 60 M., 3. Preis 25 M. — Das Preisrichterkollegium setzt sich aus den Mitgliedern des Komitees und dem Verlag von Kaden u. Co. zusammen.

Vom Fortschritt der Presse. Eine Hausagitation der Genossen im Wahlkreis Gohum-Gelsenkirchen brachte einen schönen Erfolg. Es wurden 300 neue Abonnenten auf das „Volkswort“ gewonnen. Die Stimmung im Kreise ist infolge des rigorosen Vorgehens der Vergewaltiger, die durch den Zentralarbeitsnachweis die Vergewaltigen vollends zu knebeln versuchen, der Sozialdemokratie sehr zugunsten.

Einen erfreulichen Aufschwung hat das „Hamburger Echo“ zu verzeichnen. Die Zahl der Abonnenten betrug am 1. April 1909: 56 722, am 1. Juli 1909: 57 470, am 1. Oktober 1909: 67 644 und am 28. Oktober 1909: 58 576. Der über 60 000 betragende Abonnentenstand, den das „Echo“ während der letzten Hochkonjunktur erreicht hatte, ist zwar noch nicht völlig wieder eingetroffen. Aber das beträchtliche Steigen der Abonnentenziffer in den letzten vier Wochen läßt hoffen, daß der letzte Stand bald wieder erreicht sein wird. Die Sonntagsausgabe des „Echo“ ist übrigens noch um etwas höher, sie beträgt jetzt 50 983.

Das „Volkswort“ zu Offenburg hat mit Ende Oktober seine letzte Nummer erscheinen lassen. Es hat drei Jahre zuerst als Wochenblatt, dann als dreimal wöchentlich erscheinendes Organ bestanden und in dieser Zeit als Pionier in noch unerschlossenen Gegenden des bairischen Oberlandes gute Arbeit getan, wie verschiedene Gemeinderatswahlen und die Wahlen des 21. Oktober gezeigt haben. Wenn das „Volkswort“ jetzt einget, so ist das nicht ein Zeichen der Schwäche. Den Genossen der Städte Laß, Offenburg, Oberfränk, Rehl usw. genüge das dreimal wöchentlich erscheinende Blatt nicht mehr, sie wollten ein täglich erscheinendes. Zur Umwandlung des „Volksworts“ in ein Tagesblatt waren aber die Vorbereitungen noch nicht gegeben. Es entschloß man sich denn, an Stelle des „Volksworts“ den täglich erscheinenden „Karlshäuser „Volkstreu“ einzuführen.

Personalien. Genosse Karl Bendemann, bisher Redakteur in der „Märkischen Volkstimme“ zu Kottbus, ist am 1. November dort ausgetreten und nach Solingen an die „Vergische Arbeiterstimme“ gegangen.

Aus Industrie und Handel.

Feierschichten.

Mangels ausreichender Beschäftigung beabsichtigen mehrere Eisenwerke, z. B. der Phönix und die Rh. Stahlwerke, Feierschichten einzuführen. Vielleicht glaubt man, mit solchen Maßnahmen auf die Eisenbahnerverwaltung einen Druck nach der Richtung auszuüben, daß sie größere Bestellungen auf Eisenbahnoberbaumaterial mache.

Der Geschichte entnimmt das Drama, daß König Konrad der Franke bei seinem Tode den Sachsenherzog Heinrich als seinen Nachfolger empfahl, und daß dieser, der „Hünler“ und „Städtegründer“ der Sage, die ungarischen Heerführer zurückschlug. Eindeutlich ist in dem Stück die Gegenüberstellung des Franken, nur durch die Sorge um das Reich bewegten Konrad mit dem blühend lebensfrohen, in seiner Leidenschaft noch ungedüngten Heinrich durchgeführt. Wohl sehnt der Jüngling sich, wider die Feinde ins Feld zu ziehen, aber ein dämonisches Weib, das seinen Weg kreuzt, eine Art Rabenfeindin — die näheren Umstände sind aus dem Arsenal abenteuerlicher Mitter- und Räuberromantik herbeigekehrt — läßt ihn seiner Verlobten, seiner Genossen und des Vaterlandes verpfassen. In dessen Konrads Hoffnung bleibt unbeeinträchtigt. Sterbend beschwört er seinen ehrgeizigen Bruder, den nächsten Anwärter auf die Krone, zugunsten Heinrichs, der sich jeder hemmenden Fessel entwenden werde, zu verzichten. Die Dämonin, im Nebencharakter zugleich vortreffliche Patriotin, hat inzwischen erkannt, daß sie den Geliebten ins Unheil zieht. Sie schießt ganz so romantisch, wie sie kam. Heinrich aber erlebt, von Konrads Großmut erschüttert, die prophezeite Umwandlung, die ihn der Krone würdig macht. Zur Krönung eilend schickt er die Hauptlinge der Ungarn, die den kühnsten Tribut zu fordern kamen, mit blutigem Hohn zurück. Im Schlussbild Apothekose: Der Feld zieht nach gewonnenem Schlaht unter dem Jubel des Volkes in Priklar ein und reißt der einseitigen Verlobten, der blonden und dämonischen Mathilde die Hand zum Lebensbunde.

An die Aufführung, insbesondere auch die malerischen Massengenen war viel Fleiß und Mühe verwandt. Die beiden Hauptrollen Konrads und Heinrichs fanden durch Sommerstorf und Staegemann eine der Intention des Autors angemessene, rhetorisch wirksame Verkörperung.

Humor und Satire.

Roland's Aufführsral.

Gedrückt, sahle Mädchennienen, ein Mann bigotten Angesichts, voll Angst und Scheu unkenntlich von ihnen — der Landdebat bemerkte nichts.

Ihr Anblick straft die Worte Lilgen: gab's jemals Menschenteib, so spricht's aus diesen früh gekörten Lilgen — das Kuratorium merkte nichts.

Wahr Prügel als zu essen kriegen verursacht Blind'ung des Gewichts, die Mädchen starben wie die Fliegen — die Kerze aber merkten nichts.

Man fragt sich (ohne daß man scherzte): ist denn das Amt des Landdebrats, des Kuratoriums und der Kerze gleich der „Erziehung“ für die Raß?



Der Preis für Schinken und Speck hat in letzter Zeit eine ungewöhnliche Steigerung erfahren. Insbesondere steht die starke Aufwärtsbewegung der Preise für Schinken zu der Erhöhung der übrigen Fleischpreise in einem engen Zusammenhang. Während seit der ersten Hälfte des September der Gesamtdurchschnittspreis gleich blieb, hat sich der Preis für Schinken um 8 Pf. gehoben und insgesamt steht seit der ersten Hälfte des Augusts einer Erhöhung des Gesamtdurchschnittspreises um 6 Pf. eine Steigerung des Durchschnittspreises für Schinken um 11 Pf. gegenüber.

Gegen den Stahlwerkverband. In der letzten Generalversammlung der Westfälischen Stahlwerke äußerte sich die Direktion recht ungünstig über die Wirkungen, die die Zugehörigkeit des Unternehmens zum Stahlwerkverbande für die Gesellschaft hat. Die Verwaltung sei auf die Verteilung der Aufträge durch den Verband angewiesen, und sie wisse daher noch nicht, wie sie es ermöglichen solle, die Betriebe für die A-Produkte für die Wintermonate in genügender Weise zu beschäftigen. Dagegen sei das Werk in den B-Produkten ausreißend und auch zufriedenstellend beschäftigt. Der Vorstand bemerkte noch, die Verwaltung habe sich andauernd bemüht, Mittel zu finden, die Lage der Gesellschaft zu verbessern, so lange aber ihr gegenwärtiges Verhältnis zum Stahlwerkverbande bestehe, habe sie keine Hoffnung, in ein besseres Fahrwasser zu kommen.

Vierpreiserhöhung in Augsburg. Die Brauereien in Augsburg haben den Verkauf gefügt, den Feststatter Bier um 4 M. zu erhöhen, obwohl die neue Steuer nur wenig mehr als 1 M. beträgt. Mit der Erhöhung des Bierpreises — ab 1. Januar — sind die Biersorten einmündig unter der Voraussetzung, daß sie einen Teil des angebotenen Mehrerlöses erhalten, andernfalls soll eine Genossenschaftsbrauerei errichtet werden. Die Konsumenten rufen, um die durch nichts gerechtfertigte Verteuerung zurückzuweisen. Dies wird um so leichter möglich sein, als die vom Deutschen Brauereiarbeiterverband in Augsburg betriebene „Gesellschaftsbrauerei“ die Preiserhöhung nicht mitmacht.

Beruhigungspulver. In der Frage des Kaliumsalzverzehrs und der Jodmangelentzündung schreibt die „Köln. Ztg.“ ansehend offiziell an: Zutreffend ist, daß bei den beteiligten Regierungsstellen zurzeit Erwägungen darüber schweben, wie man der Verschleuderung nach dem Ausland zu niedrigeren als den Inlandspreisen entgegenzutreten könne, und richtig ist fernerhin, daß mehrfach die Meinung besteht, gesetzgeberisch einzugreifen, um den Nachteilen, die der syndikalistische Zustand bietet, entgegenzuwirken. Die Tatsache, daß das Salz das einzige Naturerzeugnis ist, für das wir in Deutschland ein Monopol besitzen, macht den Wunsch erklärlich, einer übertriebenen Ausbeutung und noch dazu einer in niedrigen Auslandpreisen liegenden Bevorratung des Auslandes entgegenzutreten. Es handelt sich hier aber um eine so schwierige Materie, bei der die verschiedensten Gesichtspunkte und auch widerstreitende Interessen in Betracht kommen, daß die sorgfältigsten Untersuchungen nötig werden, ehe man sich zu einer gesetzgeberischen Vorlage entscheidet. Bisher ist man jedenfalls zu wirklichen Beschlüssen noch nicht gelangt. — Die Auslassung soll wohl dem Zwecke dienen, die Aufmerksamkeit abzulenken, damit die Interessenten in ihren Plänen nicht gestört werden.

## Soziales.

### Aus der letzten Sitzung des Innungs-Schiedsgerichts.

#### Eine wichtige Vereinbarung.

Zwei Maler klagten am Dienstag gegen den Malermeister Eugen de Price auf Zahlung des Zuschlages für Ueberstunden. Der Beklagte macht geltend, daß die Ueberstunden nur auf Wunsch der Kläger gemacht sind und daß diese ausdrücklich auf die Zuschläge verzichtet haben. Da der Tarif im Malergewerbe solche Sondervereinbarungen nicht zuläßt, wurde der Beklagte zur Zahlung der geforderten Beträge verurteilt.

#### Ein sonderbares Vergnügen.

Gegen den Malermeister Karl Braumann klagte der Anstreicher K., weil ihm der Beklagte für drei Tage Lohn im Betrage von 10,80 M. schuldig geblieben war. In der Verhandlung behauptet der Beklagte, daß er den Kläger in der in Frage kommenden Zeit nicht beschäftigt hatte. Kläger habe drei Tage lang nur zu seinem Vergnügen „ihm geholfen“ und sei dann erst gegen Entgelt eingestellt. Das Schiedsgericht erklärte, die Arbeit höre auf, ein Vergnügen zu sein, wenn eine Bezahlung dafür nicht erfolgt, und verurteilte den Beklagten auf Grund des § 612 B. G. B. dem Klageantrage entsprechend.

#### Keine Beleidigung und beharrliche Arbeitsverweigerung.

Zwei Maler forderten vom Malermeister P. Köster je 8,85 M. Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst am Entlassungstage. Die Kläger haben in einem Kaufhause gearbeitet und den Wunsch des Beklagten, bei ihrer Arbeit die möglichste Vorsicht zu üben, nicht genügend berücksichtigt. Die Anordnung, das bei der Arbeit von der Dede und den Wänden herabfallende und sich am Fußboden sammelnde Wasser zu beiseitigen, haben die Kläger unter der Begründung nicht befolgt, daß sie Malergehilfen und keine Scheuerfrauen sind, er solle für diese Arbeit Scheuerfrauen annehmen. Am Morgen des nächsten Arbeitstages erfolgte die Entlassung der Kläger. Das Schiedsgericht verurteilte den Beklagten die Verklagten zur Zahlung, weil in dem Verhalten der Kläger weder eine geblöckliche Beleidigung noch eine beharrliche Arbeitsverweigerung liegt. Denn Malergehilfen sind zu solchen Arbeiten, wie sie der Beklagte verlangte, nicht verpflichtet.

#### Polizeistunde für Kinder.

Der Stadtmagistrat Würzburg hat Bestimmungen erlassen, wonach Kinder nach Eintritt der Dunkelheit nicht mehr auf der Straße betreten werden dürfen. Die Schulhausmeister und Schulleute werden als Ausführungsorgane bestellt und haben Auftrag, alle Kinder nach Dunkelwerden von der Straße wegzuführen und im Weigerungsfalle Anzeige zu erstatten.

#### Arbeitslosenversicherung und Unternehmer.

In Augsburg tagte kürzlich eine aus Mitgliedern des Magistrats und des Gemeindefiskus bestehende Kommission, die sich mit der Frage der städtischen Arbeitslosenversicherung beschäftigte. Den Beratungen lag der von der Staatsregierung ausgearbeitete Entwurf zugrunde, wonach die Städte erstens den Organisierten einen Zuschuß zu den Arbeitslosenversicherungsleistungen ihrer Organisationen gewähren, und zweitens für die Nichtorganisierten eine eigene Versicherungsanstalt errichten sollen, die der gleichfalls Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln zu geben wären.

Während der Vertreter der Sozialdemokratie und der des Zentrums für Einführung des Center Systems und tatkraftige Beschleunigung der Schaffung der städtischen Arbeitslosenversicherung eintraten, präferierte ein liberaler den Standpunkt der Unternehmer zur Arbeitslosenversicherung wie folgt: 1. Die Gemeinde hat eigentlich kein Recht, städtische Mittel aufzuwenden, um die Arbeiter gegen die Gefahr der Arbeitslosigkeit zu schützen. 2. Es liegt nicht im Interesse der Gemeinde, durch Annahme des reinen Center Systems die sozialdemokratischen Organisationen zu stärken. 3. Das beste Mittel gegen Arbeitslosigkeit ist ein gut organisierter Arbeitsnachweis. Jedenfalls sollte man den Grundsatz aufstellen, daß die Sache nur auf Grund des Versicherungszwanges gemacht werden könne.

Diese kategorische Erklärung des liberalen Fabrikanten bereitete denn auch, daß in der Frage der städtischen Arbeitslosenversicherung positive Schritte unternommen wurden; der Zweck, die Sache auf die lange Bank zu schieben, war erreicht, denn das einzige Resultat der Sitzung war der Beschluß, bei den Arbeiterorganisationen und bei den Industriellen „Erhebungen“ zu pflegen, wie sie sich

zur Arbeitslosenversicherung verhalten. Nach der in der genannten Sitzung abgegebenen Erklärung des Vertreters der Industriellen braucht man über die Antwort der letzteren nicht im Zweifel zu sein.

#### Die gesetzliche Neuregelung des Dienstvertrages in der Schweiz.

In dem vom schweizerischen Nationalrat bis auf wenige an die Kommission zurückgewiesene Artikel erlebigen Obligationenrecht sind auch mehrere erwähnenswerte Neuerungen aufgenommen. So wird bestimmt, daß Tarifverträge, die keine Bestimmungen über ihre Geltungsdauer enthalten, nach Ablauf von sechs Monaten gekündigt werden können. Der die Artikel 1873 bis 1889 umfassende Abschnitt über die Wirkung des Dienstvertrages enthält folgende Unterabteilungen: Vertragsinhalt, Pflichten des Dienstpflichtigen, Haftung für Sorgfalt, Haftung für Stillschließungsvertrag, Pflichten des Dienstherrn, Löhnung, Recht auf Arbeit, d. h. Beschäftigung der eingestellten Arbeiter, Zahlung, Vorkasse, Zuschüsse für Mehrarbeit, Arbeitsräume und Schutzvorrichtungen, Gewährung von Freizeit, Zeugnispflicht, Erfindungen des Dienstpflichtigen usw. Wir heben folgende Neuerungen hervor: Bundesrat und Kantonsregierungen erhalten das Recht, für einzelne Arten von Dienstverträgen Normalverträge aufzustellen, deren Inhalt allgemeine Gültigkeit erhält, sobald eine angemessene Veröffentlichung erfolgt; dem Alfordarbeiter wird der Anspruch auf genügende Arbeit oder entsprechende Entschädigung gesichert. Die städtischen Dienstboten sollen ihren Lohn monatlich, die ländlichen aber nur halbjährlich erhalten, so daß diese gegen jene erheblich benachteiligt werden; die Unternehmer haben den Dienstpflichtigen während der Krankheit, des Militärdienstes usw. fortzubehalten, wenn es sich dabei um „verhältnismäßig kurze Zeit“ handelt und der Dienstvertrag von längerer Dauer oder nur auf längere Zeit kündbar ist; der Dienstherr hat für angemessene und gesunde Arbeitsräume und, wo Hausgemeinschaft besteht, auch für gesunde Schlafräume und ferner für Schutzvorrichtungen zu sorgen; der Bekräftung darf „in der Regel“ nicht zu Nacht- und Sonntagsarbeiten verwendet werden; die Kündigungsfrist für Angestellte und Dienstboten wurde auf vierzehn Tage, für die Kaufleute auf einen Monat festgelegt; das Konkurrenzverbot darf nur im Umfange einer nach Zeit, Ort und Gegenstand angemessenen Begrenzung verbindlich sein, durch welche eine unbillige Erschwerung des Fortkommens des Dienstpflichtigen ausgeschlossen ist.

Die sozialdemokratischen Verbesserungsanträge wurden meistens abgelehnt, andererseits aber auch die Verschlechterungsanträge der Unternehmer. Immerhin bringt das neue Obligationenrecht einige Fortschritte und Verbesserungen.

## Gerichts-Zeitung.

### Mißhandlung eines Arztes.

Die Verhandlung des Prozesses gegen die Verleger Hartmann und Haumann wegen schwerer Mißhandlung des Arztes Dr. Liplawsky zog sich gestern bis zum späten Abend hin.

Nach Schluß der ausgedehnten Beweisaufnahme, die neue Momente nicht erbrachte, beantragte der Staatsanwalt Dr. Rosenfeld die Freisprechung des Angeklagten Haumann, über dessen Mittäterschaft nichts erwiesen sei. Die alleinige Behauptung des Verlegers reiche nicht aus. Wenn er auch die Freisprechung beantragt, so müsse er doch sagen, daß Herr Haumann keinen Anlaß habe, erhabenen Hauptes die Anklagebank zu verlassen. Es sei doch eine Reihe von Punkten erwiesen worden, die zeigen, daß er moralisch nicht ganz unschuldig an dem Vorkommnis sei, denn er habe mit den Augen gewinkt und seinen Sozios indirekt zu der Tat angefeuert. Was den Angeklagten Hartmann betrifft, so hält der Staatsanwalt den Tatbestand, wie ihn die Anklage darstelle, in objektiver wie subjektiver Beziehung für erwiesen. Es sei erwiesen, daß Hartmann mindestens mit der flachen Hand kräftig zugeschlagen habe — ungläubhaft sei es, daß er etwas in der Hand gehabt — es sei auch nach dem Gutachten der Sachverständigen kein Zweifel, daß S i e c h t u m im Sinne des § 224 vorliege. Für den Angeklagten, der sich hier in der Verhandlung durchaus loyal benommen habe, spreche nur, daß er von vornherein nicht die Absicht zu schlagen gehabt habe, insbesondere aber auch nicht so zu schlagen, daß sein Gegner dauernde Nachteile von der Körperverletzung davon trug. Er habe ein blühendes Menschenleben vernichtet, einen 34jährigen Mann zum Krüppel geschlagen, seine Hoffnungen vernichtet, sein Familienglied zerstört. Dr. Liplawsky habe ein Jahreseinkommen von 60 000 M. gehabt und sei nun fast erwerbsunfähig. Der Angeklagte sei für den traurigen Erfolg, den er natürlich nicht gewollt habe, der Staatsanwalt beantragt, den Angeklagten Hartmann unter Zubilligung mildernder Umstände zu zwei Jahren Gefängnis zu verurteilen und ihn in Haft zu nehmen.

Als Vertreter des Nebenklägers beantragt Rechtsanwalt Doktor Weithauer, beide Angeklagte für schuldig zu befinden.

Nach längeren Ausführungen der Verteidiger, die auf Freisprechung und eventuell ein milderes Strafmaß plädieren, fällt das Gericht das Urteil dahin:

Der Angeklagte Haumann wird freigesprochen. Dagegen wird der Angeklagte Hartmann wegen schwerer Körperverletzung zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Der Gerichtshof nahm an, daß Dr. Liplawsky von Hartmann allein geschlagen worden, auch ist auf Grund der Sachverständigen-Gutachten angenommen worden, daß die Krankheit des L. auf diesen Schlag zurückzuführen ist. Das Gericht hat auch S i e c h t u m als vorliegend angenommen, dem Angeklagten aber mildernde Umstände zugebilligt, weil es angenommen hat, daß Hartmann sich gereizt gefühlt hat, nur mit der flachen Hand geschlagen hat und die traurigen Folgen des Schlags nicht übersehen konnte. Der Haftantrag des Staatsanwalts wurde abgelehnt.

## Aus der Frauenbewegung.

### Die Angst der Geschlechter.

Ein kaischer Schlag ins Anliß der heutigen bürgerlichen Gesellschaft war der Vortrag Elise Jerusalems, den sie in der Singalademie am Sonntagabend hielt. Ihr durch den Roman: „Der heilige Scarabäus“ schnell zu hoher Achtung in der Literaturwelt gelangter Name hatte ein sehr lautres und, was das selbe heißt, ein sehr sensationelles Publikum angelockt, das anders, als es vermutet, auf seine Kosten kam. Man war erschienen, die Schriftstellerin zu sehen, die so tief in des Lebens Tiefen geschaut, und hatte sich nicht im entferntesten träumen lassen, die Schlussfolgerungen zu hören zu bekommen, die Elise Jerusalems aus ihren Studien gezogen.

Ihren Vortrag über die „Angst der Geschlechter“ eröffnete die Schriftstellerin mit einem Hinweis auf den Kampf der Literaten, der darüber entbrannt sei, ob sie das im „heiligen Scarabäus“ enthaltene Willen selbst durchwandeln habe; das Willen der Vordemwelt. Mit der Steigerung der Aufgaben ihres Wades sei die Abnahme ihres guten Rufes parallel gegangen. Als ob man nicht von einem bestimmten Kreis in der Gesellschaft aus einen anderen Kreis künstlich behandeln könnte, der noch lange nicht die schlimmste Verhältnisse des Lebens wäre. Die schlimmste Verhältnisse des Lebens sei die bürgerliche Familie selbst. Dann seien einige heftige Vorlesungen über die Führerinnen der bürgerlichen Frauenbewegung. Mit der Wendung, daß jede Frauensache nur eine Menschenfrage sei, lenkte sie zu ihrem eigentlichen Thema über. Der erste Akt des neugeborenen Menschen sei die Angst, sie begleite ihn durchs Leben. Angst jage und alle durch die Evidenz. Keine Religion vermöge darüber hinwegzuführen. Auch die soziale Frage erscheine ihr nur als eine Form von Seelenangst. Zwischen Wissenschaft und Religion gebe das eigentliche Leben verlaufen. Weder die Wissenschaft noch die Religion könnten die dem Menschen notwendige harmonische Entwicklung des Körpers

wie der Seele bringen. Der Mensch müsse sicher werden in seinem eigenen Ich, das sei die erste Grundbedingung des Glücks. Seelenangst sei auch verbunden mit der Entwicklung der sexuellen Triebe, und der Tiefstand der heutigen Ehe sei darauf zurückzuführen. Allerdings sei der Körper als Erstes vorhanden und seine Hygiene unerlässlich, doch dürfe die Hygiene der Seele auch nicht zu kurz kommen. Die körperliche Pflege der Kinder sei in unserer Zeit, wenigstens in vielen der Reinerin bekannten Frauenkreisen, eine übertriebene. Die in solchem „Krautkochen“ erzogenen Menschen kämen in die schwierigsten sexuellen Konflikte. Der Mann geriete nur zu oft auf schlechte Wege, reize oft nur die Reste seiner Körperkraft in einer trüben Ehe; das Mädchen sinke in dieser Zeit vielfach zur Dirne herab, auch die höhere Tochter wisse ihr Wartgeld auf widerwärtigste Weise einzulassen. Eine Folge der so entstehenden sexuellen Verfehlungen sei die Angst vor der Ehe, die Angst vor dem Kinde, kurz die Angst vor dem anderen Geschlecht. Man solle schon früh damit beginnen, dem Kinde Wahrheit zu geben, sie allein könne den Kampf gegen die mannigfache Angst der Geschlechter besiegen und nur so könne man die jungen Menschenkinder widerstandsfähig machen. Man fange schon beim Religionsunterricht damit an, der geradezu erschütternd wirke, man räume auf mit dem Märchen des Glaubens, mit der zweiten Kute „Gott“. Man räume auch die esse Schlammdecke „Scham“ hinweg und ermede dafür in dem jungen Menschenlinde den Geschlechtsstolz, der es befähige, seinen Körper als etwas Heiliges zu betrachten, der durch sexuelle Laster früh zerstört, seinen hehren Verus der Fortpflanzung eines höher entwickelten Menschentums verhehe. Durch solche Erkenntnis der Einzelnen würde ein sozialeres Leben angebahnt, würde die Prostitution beschränkt und würden glücklichere Ehen entstehen; denn die Natur habe nirgends die Dirne vorgesehen. So nur würde wahre Liebe erblühen können, und so nur würde das ganze dem Menschen bestimmte Glücksmag zu erreichen sein. Je mehr der so Erzogenen heranwachsen, erlöst von Scham und sexueller Angst, desto mehr würde die Entwicklung, die unserer aller Kleinarbeit, beschleunigt, desto eher würden große Revolutionen die Umwälzung bringen, desto eher würde die Zeit reif sein, daß die neue Ordnung ins Leben springen könne.

Sehr hübsch wachte Frau Jerusalems auch ihre eigenen Erlebnisse mit ihrem Töchterchen und dessen erwachendem Sexualleben (ein gefordertes Kapitel poetisch angehauchter Auslassungen) in ihren Vortrag hineinzubringen, und dieses rein menschlich Erlebte schenke auch die orthodoxeren Gemüter (Eine Dame ließ empört poltern während des Vortrags weg.) mit der Reinerin auszuföhnen. Allerdings dürfe aber mander Mutter auch beim besten Willen nicht so viel Geiselt bei ihrer Auffklärungsarbeit zu Gebote stehen, wie dieser Materin. Alles in allem, freuen wir uns der tapieren Frau und Künstlerin Elise Jerusalems, sie wird uns noch viel zu berufen haben.

### Forderungen sozialdemokratischer Frauen.

Ausgangs des Jahres 1907 und anfangs 1908 wurde in 17 sozialdemokratischen Frauenversammlungen in Nürnberg, Schwabach, Erlangen, Bunsfelde, Oberndorf, Kirschensberg, Bayreuth, Forchheim, Roth bei Nürnberg, Lauf (Mittelfranken), Regensburg, Augsburg, Fürth, Burgarnbach, Lechhausen, München und Kaiserslautern beschlossene, Petitionen an den bayerischen Landtag zu richten, mit den Forderungen: Einführung des Frauenwahlrechts für alle Frauen über 20 Jahre sowie Verrückung des Artikels 15 des bayerischen Vereinsgesetzes. Die zweite Forderung wurde durch das Reichsvereinsgesetz schon erfüllt; somit besahe sich der Landtag anfangs Oktober nur noch mit dem Frauenwahlrecht.

Genosse Bollmar beantragte im Namen der sozialdemokratischen Fraktion, die Petition der Staatsregierung zur Würdigung zu überweisen, da über die Notwendigkeit des Frauenwahlrechts kaum noch ein Wort zu verlieren sei. Denn, so fürchtete unser Genosse unter anderem aus, die Zeit ist nun bald herangerückt, in der gewisse Leute und Parteien, die früher über das Frauenwahlrecht nur zu lachen gewohnt haben, anfangen müssen, die Sache ernsthafter zu nehmen. Hohe Versprechungen, wie es das Zentrum beliebt, nützen nichts mehr, die Frauen werden sich ihre Rechte erobern.

Die Verhandlungen zeigten Zentrum und Liberale als Gegner des Frauenwahlrechts. Sie brachten die Petition zu Fall, und nur die Sozialdemokraten betonten laut und eindringlich die Notwendigkeit des Frauenwahlrechts.

Aus den Verhandlungen im Landtag geht klar und deutlich hervor, daß die Frauen nur mit Hilfe der Sozialdemokraten ihre Rechte erobern können. Darum, ihr Hausfrauen und Arbeiterinnen, werdet Mitglieder der sozialdemokratischen Wahlvereine, damit wir vorwärts schieben können zur Erringung des Frauenwahlrechts. Das soll die Antwort dem Zentrum und den Liberalen gegenüber sein.

In Australien besteht in allen sechs Staaten des Bundes das gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen. Den meisten Widerstand fanden die Frauen im Staate Victoria, aber auch er mußte deren unermüdeten und stetig wiederholten Anstrengungen endlich nachgeben. Jetzt werden die Frauen sich zum erstenmal an den Wahlen beteiligen. Die Gegner des gleichen Wahlrechts sind überaus von der im Aussicht stehenden Massenbeteiligung der Bürgerinnen an den Wahlen, denn diese haben sich außerordentlich zahlreich für die aufgestellten Wählerlisten angemeldet. Alle Registrierungs-Bureaus müssen Ueberstunden arbeiten. Um mehr Auffklärung unter den Frauen über das neue Wahlrecht zu verbreiten, ist eine neue Zeitung erschienen, „The Womans Voter“ (Die Wählerin), die zugleich auf notwendige Reformen im Staate aufmerksam macht. Das Schul- und Gefängniswesen, der Arbeiter-Schutz alle diese Gebiete werden kritisch beleuchtet. Auf den ersten Erfolg bei der Wahl darf man gespannt sein.

## Verfammlungen.

Die Miesener, organisiert im Zentralverband der Maurer, erklärten sich in einer Versammlung, die am Freitagabend im Gewerkschaftshause stattfand, ebenfalls für die Verschmelzung mit der Organisation der Bauhilfsarbeiter. Die Frage ist seit längerer Zeit schon so gründlich erörtert worden, daß die Versammlung von einer Diskussion darüber Abstand nahm. Der Vorsitzende machte bekannt, daß aus verschiedenen Orten in Deutschland ebenfalls zustimmende Beschlüsse vorlägen und daß die Angelegenheit voranschreitend auf dem nächsten Verbandstag, der im Januar in Leipzig stattfinden soll, zur Erledigung kommen würde. (Die Bauhilfsarbeiter halten zu gleicher Zeit dort ihren Verbandstag ab.)

Unter den verschiedenen Berufsangelegenheiten, die in der Versammlung zur Sprache kamen, lenkte der Vorsitzende die Aufmerksamkeit auf die bevorstehende Wahlenkontrolle und erklärte, daß es Pflicht eines jeden Miesener sei, sich daran zu beteiligen und gewissenhaft alle gewöhnliche Auskunft über die Berufsangelegenheiten wie auch über bestimmte persönliche Verhältnisse zu erteilen.

Viel diskutiert wurde über das Arbeitsnachweisregulativ, das seit Anfang Oktober nach den Vereinbarungen zwischen dem Zentralverband, der Freien Vereinigung und den Christlichen in Geltung getreten ist. Manche Unzufriedenheit gab sich kund und die Verbesserung einzelner Bestimmungen wurde lebhaft gewünscht. Von der gemeinsamen Vorstandskonferenz, die zum Zweck der Beratung eines Lohnschatzes zusammenzutreten soll, wird erwartet, daß Änderungen des Regulativs für den Arbeitsnachweis vorgeschlagen werden und daß eventuell die Umfrage in den Geschäften wieder freigestellt werde.

Der Zentralverband der Schuhmacher nahm in seiner Generalversammlung, die am Montagabend in Goeters Saal, Weberstraße, stattfand, den Geschäfts- und Kassenericht für das dritte Quartal d. J. entgegen. Berichterstatter war Hildebrand. Im dritten Quartal fanden vier Versammlungen des Verbandes statt, ferner 14 Sitzungen des Vorstandes, der Vertrauensmänner und der Kommissionen. 57 Konferenzen der zuständigen Vertreter galt den



Bellegung von ausgebrochenen Differenzen in Fabriken und Werkstätten. Diese Differenzen, etwa 20 an der Zahl, führten mehrfach Arbeitsniederlegungen herbei, und es war dem Verbande durch das feste Zusammenhalten der Arbeiter ermöglicht, manchen Erfolg zu erzielen.

Nach dem Kassenericht bilanzierte die Lokalkasse in Einnahme und Ausgabe mit 14 105,86 M. Darunter figuriert ein Posten von 3600 M., gesammelt für den Generalfreist in Schweden. Die lokale Zuschussliste zeigt eine Bilanz von 5472,70 M. An Arbeitslosenunterstützung zahlte diese Kasse 335,40 M. aus. — Die Zentralkasse zeigt eine Bilanz von 13 221,05 M. Aus dieser Kasse wurden gezahlt an Arbeitslosenunterstützung 2787,10 M., in Krankheitsfällen 3454,40 M., bei Mahrgeklungen 84,30 M., für Rechtschutz 27,55 M., als Reiseunterstützung 188 M., als Umzugsunterstützung 33 M. Ein Antrag der Ortsverwaltung, im ersten Quartal des nächsten Jahres eine Lohnstatistik für die Schuhmacher aufzunehmen, fand die Zustimmung der Versammelten.


Deutscher Arbeiter-Abkündigungs-Bund. Ortsgruppe Berlin. Freitag abend 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15: Vortrag des Genossen Dr. med. Jodel: „Was ist Alkohol und wie wirkt er auf die inneren Organe des Menschen?“ Eintritt 10 Pf. — Kein Getränkeauskauf!

### Eingegangene Druckschriften.

„Die Fackel“, Nr. 299, 30 Pf., herausgegeben von R. Kraus. Verlag Wien, III. Untere Zollamtsstr. 3.  
Wunder der Zukunft. Bd. 1. Der unsichtbare Mensch vom Jahre 2111. Bd. 2. Der rote Komet. Bd. 3. Die über und unter der Erde. Romane aus dem dritten Jahrtausend von R. Heymann. Einzelband 1 M. 3 Bände, Leipzig.  
Demetrius. Trauerspiel in fünf Akten. Unter Benutzung des Schiller'schen Fragments von Karl Emil Schaubert. Zur 150. Wiederkehr des 10. November 1799—1909. Preis brosch. 2,50 M., geb. 3,50 M. — Verlag von Hermann Beyer, Leipzig.  
Die neuen Proschacien vom 1. Juni 1909. Anleitung zu ihrer Anwendung für das Anwaltsbüro. Von Rechtsanwalt Dr. Ernst Rich. 71 Seiten. — Karl Heymann Verlag, Berlin.  
Sicut cadaver estote. Ein modernes Kulturdrama in fünf Akten. Von Alfred Freiherrn v. Diermann. 126 Seiten. — Verlag von Hugo Heller u. Co., Wien und Leipzig.

Goethe. Der Mann und das Werk. Von Eduard Engel. Mit 32 Bildnissen, 8 Abbildungen und 12 Handschriften. Geh. 8,50 M., geb. in Leinen 10 M., geb. in Halbfranz 12 M. — Concordia, Deutsche Verlagsanstalt, G. m. b. H., Berlin W. 30.  
Prinz Hamlets Briefe. Preis 3 M., geb. 4 M. — Verlag von Reichel u. Co., Berlin W. 9.  
Die Kunst, Erfindungen zu machen. Ein praktischer Ratgeber für jedermann. Von E. Kaumann. Preis 1,50 M. — Verlag von Edwin Runge in G. Richterfeld-Berlin.  
Magdagnan-Diätetik und Kochbuch. Von David Ammann. Dritte vermehrte Auflage. Preis brosch. 2 M., geb. 3 M. — Magdagnan-Verlag, Leipzig.  
Germanen-Bibel. Aus heiligen Schriften germanischer Völker. Herausgegeben von Wilhelm Schwaner. Zweite vollständig umgearbeitete Auflage. Mit Bildern von Hans Volkert. 320 Seiten. — Verlag Volkserzieher, Schlachtenberg-Berlin.  
Deutsche Lande, deutsche Mäler. Von Dr. E. B. Vredt. Mit zahlreichen Goldblättern und Abbildungen. Preis geb. in Kunstleinen 10 M. — Verlag von Theodor Thomas, Leipzig.  
Vom Weiterglauben zur Geistesfreiheit. Von Julius Henrici. Preis 6 M. — Verlag von Ernst Reinhardt, München.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, zweiter Hof, dreiter Eingang, vier Treppen, im Radkubi  wochentäglich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Öffnung 7 Uhr. Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstab und eine Post als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

P. L. 100. Leider nein. — Stargard. Reim. Ein Anspruch steht Ihnen nicht zu. — S. 500. Die mündlichen Vereinbarungen würden maßgebend sein. Sind über die Kündigungsfrist solche Abreden nicht getroffen, so ist in der Regel in Fällen Ihrer Art eine einmonatliche Kündigungsfrist anzunehmen, weil monatliche Zahlung vereinbart ist. — S. 8. S. a. Sie könnten noch jezt Nachzahlung beantragen. — N. Müller. Die ersten beiden Monate nach der Wittwenzzeit sind Sie von der Staatssteuer ohne weiteres frei. Die Gemeindesteuer kann Ihnen auf Antrag erlassen werden. — H. S. C. In dem von Ihnen geschilderten liegt eine nach 5 Jahren verjährbare Unterbringung. — W. 34. Wenn Sie etwas als Pfand einbehalten haben, so können Sie es nicht verkaufen, sondern müssen Ihre Forderung

einlagen und dann in das Pfand Zwangsversteigerung vornehmen. — S. 29. 27. Eine Zahlungsaufforderung unterbricht die Verjährungsfrist nicht; eine Klage unterbricht die Verjährung. Die Dauer der Verjährungsfrist richtet sich nach der Art der Forderung. Die Forderung aus Darlehen verjährt beispielsweise in 30, die Forderung aus einem Kauf von Waren zum Verbrauch in zwei Jahren. — S. 23. 33. Nach der herrschenden Rechtsprechung liegt in der Verabfolgung einer Forderung durch den sofortigen Bezug im Laden eine strafbare Ausübung des Schankgewerbes, weil der Getränkehändler Konzession nicht hat. Außerdem könnte eine solche Handlung mit einer recht hohen Steuerstrafe belegt werden. — S. 6. 12. Im Falle einer Klage würde voraussichtlich das Gericht zu Ihren Ungunsten entscheiden. — S. 2. 66. Ist über die Kündigungsfrist nichts vereinbart, so besteht für das Dienstmädchen eine sechsmonatliche Kündigungsfrist zum Ende des Quartals. — C. 6. 1885. Sie müssen zahlen. — R. 9. Reim.

Wöchentlich Marktbericht der hiesigen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktschulen. Markttag: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft reger, Preise gut. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft still, Preise nicht befriedigend. Fische: Zufuhr reichlich, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Gärtnerei: Zufuhr genügend, Geschäft sehr still, Preise wenig verändert.

### Witterungsbericht vom 3. November 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Witterung	Tem. in Gr. C.	Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Witterung	Tem. in Gr. C.
Emmende	759	SW	3 Nebel	8	Lanzarote	760	DND	4 Schnee	-1
Darmstadt	760	W	2 Nebel	9	Petersburg	764	SO	1 Nebel	1
Berlin	760	W	2 bedeckt	9	Scilla	765	WWS	3 wolfig	11
Kranz a M.	762	W	1 bedeckt	9	Aberdeen	768	SSW	1 bedeckt	8
München	762	W	1 Regen	6	Baris	763	WNO	1 bedeckt	8
Wien	761	SSW	1 bedeckt	8					

Wetterprognose für Donnerstag, den 4. November 1909. Himmlich mild, zeitweise auffarend, vorwiegend trübe mit Regenfällen und lebhaften westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Deutscher Metallarbeiter-Verband  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Otto Walter** am 2. November an Pockenleiden gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 5. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Marien-Kirchhofes in Nordost, P. Mannstraße aus statt. Bestattungsgesellschaft „Die Ortöverwaltung“.

Die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und guter Vater **Rudolf Bethke** (Gubenerstr. 61) plötzlich verstorben ist, dies zeigt tiefbetrübt an **Lina Bethke** nebst Sohn.  
Die Beerdigung findet Freitag, am 5. November, um 1 Uhr, auf dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde statt.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und reichen Kranzsenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau und guten Mutter **Martha Kieburg** sagen allen Verwandten, Freunden und Genossen, dem Gesangsverein „Mollate“, dem Hausklub „Barinas“ sowie dem Herrn Professor Wehrle für die kostbaren Worte am Grabe der Entschlafenen meinen herzlichsten Dank. **Georg Kieburg** nebst Tochter.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sagen wir allen Verwandten, Freunden wie auch Bekannten und dem Verbands der Lederarbeiter unseren innigsten Dank. **Witwe Anna Lorenz** nebst Kindern.

**Portieren-Spezialhaus**  
Uebergardinen für Fenster und Türen.  
Imposante Auswahl (einfacher und hochparter Genre).  
Pro Fenster von 375 bis 175 M.  
Ein Posten reichgestickter **Plüsch-Portieren**

nur soweit Vorrat!  
Pro Fenster 875 M. Wert 1350 M.  
**Emil Lesèvre**, Berlin, Oranienstr. 158.  
Mein neuer **Pracht-Katalog** mit ca. 650 Abbildungen gratis u. franko.

## Arbeiter-Dilettanten-Kunstaussstellung

veranstaltet von Adolf Leventola

vom 9. bis 30. November: **BERLIN W.**, Potsdamer Str. 4. □□□□□  
12., 13., 14. Januar 1910: **BERLIN SO.**, Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

Ausgestellt haben:

Kanalarbeiter ♦ Schuhmacher ♦ Kettenmacher ♦ Zimmergesellen  
Maschinen ♦ Tischler ♦ Weber ♦ Feinmechaniker ♦ Malergehilfen  
Gärtner ♦ Brauer ♦ Steinmetze ♦ Bergarbeiter ♦ Schneider  
Schlosser ♦ Zigarrensortierer etc. etc.

Eintritt 1 M.

Für Arbeiter und Arbeiterinnen 25 Pf.

Geöffnet 9—7 Uhr.

## Vom 4. bis 18. November!

Wenn Sie heute damit beginnen, täglich Kathreiners Malzkaffee zu trinken, dann haben Sie in 14 Tagen seinen wunder-vollen aromatischen Wohlgeschmack so lieb gewonnen und sich so daran gewöhnt, daß Sie gar nichts anderes mehr trinken mögen. Je länger Sie Kathreiners Malzkaffee trinken, desto besser schmeckt er Ihnen. Sie werden aber auch schon deshalb Kathreiners Malzkaffee anderen Getränken vorziehen, weil er dauernd gut bekommt und erstaunlich billig ist.

### Rheumatismus

Gicht, Gliederreihen, Nervenschmerzen, Hüftweh, Geschwulst etc. sind oft unerträglich, daher gebraucht man sofort

### Reichels „Electricum“

(Echt, Kiefernadelkath.-Waldwollöl) ein reines, unschädliches Naturprodukt. Electricum wirkt gleichsam elektrisierend auf den Körper und nicht wie spirituelle Einreibungen nur momentan, sondern ist von fräftig durchgreifender, nachhaltiger, schmerzstillender Wirkung. Flasche 1 M. und 2 M. Die Wirkung wird noch erhöht durch den inneren Gebrauch von Reichels

### Wacholder-Extrakt „Medico“

Flasche 75 Pf., 1.50 u. 2.50 M. In den Apotheken u. Drogerien erhältlich, wo nicht, direkt durch Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

### Coffeinfreier

## „Kaffee Hag“ in Kiantschou.

Das Kaiserl. Gouvernement Kiantschou bestellte bei der Kaffee-Handels-Gesellschaft, Bremen, 3000 Kilo „Kaffee Hag“ — ein Beweis für die Anerkennung, welche der „Kaffee Hag“ auch behördlicherseits findet. 115/5

# STECKENPFERD LILIENMILCH-SEIFE

von Bergmann & Co., Radebeul.

erzeugt ein zartes reines Gesicht, rosiges jugendliches Aussehen, weiße samtartige Haut, bländendweiße Zähne und bezaubernde Sommer-sprossen sowie Hausratreinigung.

4 Stk. 50 Pf. Lab. Apotheken, Drogerien, Parfümerien und Seifen-Geschäften.

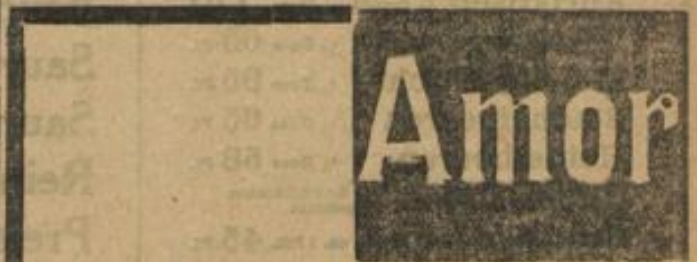
## Konsum-Verein für Tegel und Umgegend

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung)

Freitag, den 12. November 1909, abends 8 Uhr, in Trappo Festhallen, Tegel, Bahnhofstr. 1:

### Ordentl. Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht, 2. Vereinsangelegenheiten, 108/15 Der Aufsichtsrat.



bleibt das beste Metallputzmittel.

**Hygienische**  
Bedarfsartikel, Neuest. Katalog  
Empfehl. v. Prof. Dr. A. H. H. Unger, Gammilarstraße  
Berlin NW., Friedrichstraße 61/69

**Blumen- u. Kranzhinderei**  
Aug. Krause,  
Wiener Straße 7,  
Telef. Vereins-Anzeige u. m. Blüth.

## Fahrrad-Haus „Frisch auf“

Walter Wittig & Co.

Berlin N. 81, Brunnenstraße 35. — Filiale: Kottbuser Straße 9.

### Großer Ausverkauf

nur in unserem Geschäft Brunnenstraße 35, der durch Feuer leicht beschädigten Waren:

Laufdecken □ Glocken □ Sweater  
Rucksäcke, Fußhalter, Laternen, Griffe  
Nähmaschinen und einige Fahrräder

zu enorm billigen Preisen.

## Weißbier-Brauerei



### C. Breithaupt

NO. 18. Palisaden-Straße 12/13 und 97.

Fernsprecher VII, 2934. Flaschenbiervorwand durch meine Verleger. Aufträge nimmt die Brauerei entgegen. 27631\*



# A. WERTHEIM G.M. B.H.



## LEIPZIGER STRASSE

ROSENTHALER-STRASSE.

ORANIEN-STRASSE.

### KONSERVEN

Kohlrabi	1/2 Dose	28 Pf.
Pfefferlinge	1/2 Dose	55 Pf.
Tomaten-Püree	1/2 Dose	70 Pf., 1/2 Dose 40 Pf.
Schoten und Karotten	1/2 Dose	60 Pf., 1/2 Dose 35 Pf.
Karotten I	1/2 Dose	68 Pf., 1/2 Dose 40 Pf.
Karotten	1/2 Dose	48 Pf.
Gem. Gemüse II	1/2 Dose	65 Pf.
Gem. Gemüse	1/2 Dose	48 Pf.
<hr/>		
Erdbeeren	1/2 Dose	95 Pf.
Aprikosen	1/2 Frucht 1/2 Dose	1.10
Pflirsiche	1/2 Frucht 1/2 Dose	65 Pf.
Melange Früchte	1/2 Dose	95 Pf.
Stachelbeeren	1/2 Dose	65 Pf.
Heidelbeeren	1/2 Dose	58 Pf.
Rhein. Kraut	mit Kristallzucker eingekocht	
	Dose ca. 2 Pfd.	85 Pf., Dose ca. 1 Pfd. 45 Pf.
Gemischte Marmelade		
	Eimer ca. 5 Pfd.	1.25, Eimer ca. 10 Pfd. 2 25
Marmelade	Himbeer, Johannisbeere, Erdbeere, Kirschen u. Orangen Topf	38 Pf.

### SCHOKOLADE

Haushalt-Schokolade	Pfund 65, 80 Pf., 1 Mk.
Block-Schokolade	Pfund 75 Pf.
Vanille-Schokolade	Pfund 1.10, 1.20
Haushaltungs-Kakes	Karton ca. 1 Pfund 60 Pf.

### In dieser Woche soweit der Vorrat reicht:

Junge Schoten	extrafein 1/2 Dose	90 Pf., 1/2 Dose 50 Pf.
Junge Schoten I	1/2 Dose	75 Pf., 1/2 Dose 43 Pf.
Junge Schoten III	1/2 Dose	45 Pf.
Junge Schoten IV	1/2 Dose	36 Pf.
Stangenspargel	extrastark 1/2 Dose	1.65, 1/2 Dose 88 Pf.
Stangenspargel II	1/2 Dose	1.30, 1/2 Dose 70 Pf.
Stangenspargel III	1/2 Dose	1.10 Mk.
Bruchspargel	extrastark 1/2 Dose	1.30 Mk.
Bruchspargel I	1/2 Dose	1.00 Mk.
Bruchspargel	1/2 Dose	70 Pf.
Saure Kirschen	ohne Steine 1/2 Dose	85 Pf.
Saure Kirschen	mit Steinen 1/2 Dose	60 Pf.
Reineclauden	1/2 Dose	68 Pf.
Preisselbeeren	1/2 Dose	58 Pf.

Gänse	Pfund 60, 65 Pf.	Puten	Pfund 90 Pf.
Junge Enten	Stück 2.35, 2.65		
Suppenhühner	Stück 1.70, 1.90, 2.10		
Brathühner	Stück 75 Pf., 1.10, 1.35		
Fasanen-Hähne	alte 2.10, junge 2.40		
Fasanen-Hennen	2.00		
Hirschwild	Ragoutfleisch 25, Blatt 40, Keule 80, Rücken 80 Pf.		

Schweizer Käse	Pfund 75 Pf.
Tilsiter Käse	Pfund 58 Pf.

### HÜLSENFRÜCHTE

Victoria-Erbesen	Pfund	17 Pf.
Kleine Erbsen	Pfund	16 Pf.
Glasierte Erbsen	gelb Pfund	24 Pf.
Glasierte Erbsen	grün Pfund	28 Pf.
Spalt-Erbesen	gelb Pfund	19 Pf.
Grüne Erbsen	Pfund	16 Pf.
Linsen II	Pfund	15, 22 Pf.
Grosse Bohnen	Pfund	24 Pf.
Langbohnen	Pfund	20 Pf.
Kleine Bohnen	Pfund	16 Pf.
Rangoon-Reis	Pfund	16 Pf.
Bassein-Reis	Pfund	20 Pf.
Patna-Reis	Pfund	25 Pf.
Java-Reis	Pfund	25, 30 Pf.

### GETROCKNETES GEMÜSE

Julienne	Pfund	60 Pf.
Julienne I	Pfund	1 Mk.
Rotkohl	Pfund	90 Pf.
Spinat	Pfund	1.80
Deutsche Schoten	Pfd.	2.40
Russ. Schoten	Pfund	2.20
Schneidebohnen	Pfund	1.60
Karotten	Pfund	50 Pf.

### KAKAO

Deutscher Kakao	Pfund 75 Pf. 1 Mk. 1.10
Holländischer Kakao	Pfund 1.90, 2.20

Ananas	Pfund	68 Pf.
Kürbis	Pfund	5 Pf.
Zitronen	Dutzend	18 Pf.

Italien. Tafelbirnen	Pfund	18 Pf.
Kochbirnen	Pfund	7 Pf.

Italien. Tafeläpfel	Pfund	13 Pf.
Tiroler Aepfel	Edelrot Pfund	14 Pf.
Grosse Kochäpfel	Pfund	12 Pf.

LEIPZIGER STRASSE  
ROSENTHALER STR.

## FLEISCH-VERKAUF

### Rindfleisch

Filet	Pfd. 95 Pf. ausge-schält	1.50
Roastbeef	Pfd. 95 Pf. ohne Knochen	1.20
Schmorfleisch	Pfd. 80 u. 85 Pf.	
Schmorfleisch	ohne Knochen	90 Pf.
Goulaschfleisch	Pfd.	75 Pf.
Roulade	Pfd.	90 Pf.
Frische Ochsenzungen	(schlundfrei) Pfd.	1 Mk.
Pökel-Ochsenzungen	(schlundfrei) Pfd.	1.10

### Kalbfleisch

Keule	Pfd. 90 Pf. u. 1 Mk.
Rücken	Pfd. 90 Pf. u. 1 Mk.
Brust	Pfd. 85 u. 90 Pf.
Kamm	Pfd. 80 Pf.
Bug	Pfd. 85 Pf.
Schnitzel	Pfd. 1.60
Kotelettes	Pfd. 1.20
Leber	Pfd. 1.40

### Hammelfleisch

Keule	Pfd. 70 u. 80 Pf.
Rücken	Pfd. 70 u. 80 Pf.
Dicke Rippe	Pfd. 70 Pf.
Dünnung	Pfd. 55 Pf.
Ragout	Pfd. 60 Pf.
Leber	Pfd. 80 Pf.
Lunge	Stück 40 Pf.
Kotelettes	Pfd. 1 Mk.

### Schweinefleisch

Kotelettes	Pfd. 90 Pf. u. 1 Mk.
Filet	Pfd. 1.20
Kamm	Pfd. 80 u. 85 Pf.
Schuff	Pfd. 85 Pf.
Schulterblatt	Pfd. 80 Pf.
Rückenfett	Pfd. 85 Pf.
Pökel-Eisbein	Pfd. 75 Pf.
Pökelkamm	Pfd. 80 u. 85 Pf.



Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg. Heute Donnerstag, den 4. November, abends 8 Uhr, findet in den Neuen Rathausgassen, Meininger Straße 8, eine Wählerversammlung statt. Die Tagesordnung lautet: 1. In letzter Stunde. Referent: Genosse Hermann Kollenbühr. 2. Freie Diskussion. 3. Mitteilungen.

Genossen! Sorgt für Massenbesuch dieser Versammlung. Freitag, den 5. November, abends 7 Uhr, treffen sich die Genossen zur Erledigung wichtiger Parteiarbeit bei Folger, Kyffhäuserstr. 16, Schmarr, Brunenwaldstr. 82, Wiloch, Brunenwaldstr. 82, Schulz, Apostel-Paulusstr. 33, Kuscke, Meiningerstr. 8, Reithfeldt, Königsweg 42 und Andreas, Feurichstr. 16.

Die Genossen der angrenzenden Städte und Gemeinden werden freundlichst ersucht, uns in diesem Wahlkampf zu unterstützen. Das Wahlbureau befindet sich bei Kuscke, Meininger Str. 8, dort treffen sich die Genossen am Sonnabend, den 6. November, um den Bezirk zugeteilt zu werden. Der Vorstand.

Köpen. Heute Donnerstag abends 8 Uhr im Lokale des Genossen Paul Kurrer: Außerordentliche Versammlung. Tagesordnung: Bekanntgabe des Wahlergebnisses. Der Vorstand.

Vorflurwald-Wittenau. Am Montag, den 8. November, findet in den „Vorflurwald Festsälen“ eine öffentliche Versammlung statt. Genosse Adolf Hoffmann spricht über: „Das Christentum von heute“. Am Sonntag, den 7. d. M., um 8 Uhr findet von den bekannten Lokalen aus eine Flugblattverbreitung statt. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Für die zweite Klasse der Gemeindevahlen, welche heute, am 4. November, stattfinden, ist der Genosse Stadtverordneter Paul Singer, Brückenallee 26, gemeinsamer und alleiniger Kandidat der Partei. Sämtliche sozialdemokratische Stimmgaben in dieser Abteilung sind auf den Genannten zu vereinigen. Die Wahlzeit dauert von 10 Uhr vormittags bis nachmittags 5 Uhr.

Der Zentralvorstand.

Das Grab einer Dichterin.

In dem freundlichen östlichen Berliner Villendorfer Wilhelmshagen schloß Clara Müller-Jahnke die Augen, verstummte am 4. November 1905 der liederfühe Mund für immer. Ihre Bedeutung, besonders als Dichterin des Klassenbewußten Proletariats, ist in der Parteipresse schon genügend gewürdigt worden, auch über ihren Lebens- und Werdegang hat sie sich selbst in ihrem feiner Zeit im „Vorwärts“ zuerst veröffentlichten Roman: „Ich bekenne!“ in feilten freimütiger Weise ausgesprochen, so daß es sich erübrigt, an dieser Stelle noch einmal des näheren darauf einzugehen.

Erst spät schloß Clara Müller in dem sonnigen Süditalien mit dem Maler Oscar Jahnke den Ehebund. Leider sollte dieses erst spät gefundene Glück nur von kurzer Dauer sein, denn eine starke Lungenentzündung raffte die noch in der Vollkraft ihres Schaffens und auf der Mittags- höhe des Lebens Stehende nach zweitägigem Krankenlager jäh dahin. Auf dem dortigen Friedhofe, der sich, etwa eine Viertelstunde von Wilhelmshagen entfernt, an einem Ausläufer der Müggelberge terrassenförmig hinaufzieht, hat treue Gattenliebe sie zur letzten Ruhestätte gebettet. Links führt ein von dem eigentlichen Friedhof abgegrenzter Weg aufwärts zu der mit Kiefern, Wacholder und jungen Birken bestandenen Sanddüne, die ihr Grab birgt. Und droben in diesem aus- gebreiteten und eingezäunten Naturgarten, hier und da angepflanztes Gesträuch von Larus und wilden Rosen, Sitzgelegenheit zum Ausruhen und Träumen. — Von Laub- und Nadelgehölz in einem Halbkreis eingeschlossen die Ruhestätte der Toten, über die sich kein Hügel wölbt. In ihrem Haupte erhebt sich ein gewaltiger über vier Meter hoher Granitblock. Darin eingegraben: „Clara Müller-Jahnke“, und darunter das Sterbe- jahr „1905“. Ueber dem Namen, in Erz gegossen und in Granit gefügt, ihr Porträtkopf in Lebensgröße.

Hinter dem durch eine Kette geschlossenen und aus zwei Granitpfeilern gebildeten Eingangstor führt ein Weg in Schlangenumwindungen hinauf zum Grabe. Kurz davor, links am Wege, ein kleinerer Granitblock, der folgende Verse zeigt:

„Sei gesegnet, du Götterbote, der auf rauschenden Adlerflügeln meine Seele aus Nacht und Dunkel aufwärts trägt zu den fernem Döhen, wo aus goldenem Schat des Glückes nie verfliegende Dueseln sprudeln! — Dreimal näher ist Schlaf, dem Wachen, Aber das Süßeste ist der Tod.“

Fürwahr eine geweihte Stätte, ein Denkmal der großen Dichterin errichtet, wie es stimmungsvoller nie gedacht werden kann! — Julius Haris Worte in der Einleitung zu Clara Müller-Jahnkes letzten Gedichten: „Winter- sat“ verleihen der Empfindung, die sich dem Besucher hier machtvoll aufzwingt, die trefflichste Sprache. Das Denkmal aber, das die Gattenliebe ihr setzte, die Ruhestätte, welche ihr zuteil wurde, sind Schöpfung einer Künstlerseele, die nur in dem erglühete, was sie geliebt hat, geschaffen nur in ihrem Geiste. Noch einmal soll all der Geist, das Leben und das Gefühl, sollen die Stimmungen und die Ideale, denen die Dichterin in ihren Liedern und Hymnen Ausdruck gab, hier in ihrem Wesen, nur in anderer Form, geweiht werden und dem Einsamen, der an ihrem Grabe sitzt, zum Bewußtsein kommen.

An einem der letzten milden Oktobersonntage, vormittags, standen auch wir wieder an diesem Grabe und gedachten bewegten Herzens der teuren Entschlafenen, die uns im Leben durch Bande der Freundschaft verbunden. Wenige rote Kressen nur noch, und dazwischen eine leuchtende dunkelrote Robn- blüte, jene ihre Lieblingsblumen, diese des Schlafes Symbol, schmückten das efeuumsäumte Fleckchen Erde, unter dem das heiße Herz nun ausruht von des Lebens Kämpfen und Bitter- nissen, die es im reichsten Maße erfahren. —

Herbststimmung! Ein leichter Südost flüsternde und raunte in den Nieserwipfeln, spielte mit dem fallenden vergilbten Laub und setzte es über die Ebene, und darüber hin stümmten und zitterten die bleichen Sonnenlichter. Droben am Stein

schaute weit in das Land hinaus, über Heide und Forst und die aus blauer Ferne herübergrühenden Rüdgersdorfer Kalk- berge, ihr ergzenes Angesicht. Ein triumphierender Zug spielt um den geschlossenen Mund als wollte er sich öffnen und sprechen: „Das Süßeste ist der Tod — er hat mir die Un- sterblichkeitsgewißheit gebracht. Freut euch mit mir: Ich habe gesiegt!“

Die Tiefbau-Deputation beschloß in ihrer Sitzung vom 3. No- vember unter Vorsitz des Stadtbaurats Geh. Baurats Krause, zur Durchführung der Verbreiterung der Landsberger Straße auf der Strecke zwischen Katharinen- und Viehmannstraße den Gemein- dekörperchaften den Erwerb der dort gelegenen Grundstücke teils frei- händig, teils im Enteignungswege zu empfehlen.

In der gestrigen Sitzung der Deputation für die städtische Straßenreinigung wurde antwagsgemäß der Aufnahme mehrerer Straßen in den Arbeitsplan zugestimmt. Desgleichen der ander- weiten Regelung der Revisionen der Abteilungen und des Haupt- depots. Von den Revisionen sollen künftig die Deputationsmitglieder einbinden sein und nur unter der Verantwortung der Verwaltung ausgeführt werden. — Die Anträge der Direktion auf Einstellung von Mitteln in den Etat zur weiteren Beschaffung von Schneepflügen sowie zur Einrichtung von weiteren sechs Waschmaschinen mit elek- trischem Betrieb wurden bis zur Erörterung zurückgestellt, die für die nächste Sitzung vorbehalten ist. Die letztere Aenderung er- fordert einen Kostenaufwand von 61 000 M. — In die frei- werdende Markthalle am Warheineleplatz sollen zwei Abteilungs- depots verlegt werden. Doch sollen über den Mietpreis erst weitere Verhandlungen mit der Deputation für die Markthallen gepflogen werden. Rann zwischen den beiden Deputationen eine Einigung nicht erzielt werden, soll die Entscheidung des Magistrats angerufen werden. — Die Wiederaufnahme des Unternehmers Herrn Wilhelm Gramens in die Unternehmerrliste will die Deputation bei dem Magistrat befehworten, nachdem Herr Gramens die Räumung des Stralauer Angers, bei dem es sich um Entfernung von 680 000 Kubik- meter Müll handelte, zur vollen Zufriedenheit der Verwaltung aus- geführt hat. Die Arbeit war Herrn Gramens übertragen worden mit Rücksicht auf das gemachte Angebot, die gegen die Gemeinde angestrenzten Prozesse aufzugeben. Die den Prozessen zugrunde liegenden Differenzen hatten die städtischen Behörden seinerzeit be- wogen, die Geschäftsverbindungen mit Herrn Gramens zu lösen. — Die an geeigneten Stellen der Straßen und Plätze angebrachten Mieskästen sollen verschwinden und durch unterirdisch angelegte Gruben ersetzt werden.

Zur Herstellung eines zweiten Zuganges des Bahnhofs Gesund- brunnen von der Vellermannstraße aus soll eine Fläche von 56 Quadratmeter von der Wollanischen Familienstiftung im Ent- eignungsverfahren erworben werden.

Berliner Klybverein für Obdachlose. Im Monat Oktober nächstigen im Männerzahl 15 282 Personen, wovon 7898 habeten, im Frauenzahl 3882 Personen, wovon 1438 habeten. Arbeitsnachweis wird erbeten: für Männer Wiesenstr. 55—59, für Frauen Kolberger Straße 30.

Neun Tage braucht eine Leiche, bevor sie unter die Erde kommt. Diese Mitteilung sollte man kaum für wahr halten und doch ent- spricht sie den Tatsachen. Am 27. Oktober starb ein Herr Diebler, Höglstr. 82 wohnhaft. Der Tod wurde bei dem Pastor Beilke in der Pallasstraße gemeldet und es wurde mit ihm über die Ver- erbigungsmodalitäten verhandelt. Die Angehörigen des Ver- storbenen, der Baptist war, wollten am Grabe einen Baptisten- prediger reden lassen. Das glaubte aber der Herr Pastor Beilke nicht zulassen zu können, übrigens sei der Verstorbene als „Freunde“ zu behandeln, der auf dem Kirchhofe der Gemeinde keine Aufnahme finden könne. Schließlich wurde der Verstorbene nach dem städtischen Friedhof in Friedrichsfelde gebracht. Das war am 31. Oktober. Am 1. November wurden dort die Gebühren entrichtet und die Beerdigungszeit auf Freitag, den 5. November, festgesetzt. Eher ließe sich die Beerdigung nicht ermöglichen. Ging das wirklich nicht früher?

Der Angstbazillus. Das Zimmerstraßenblatt für militärische und höfische Kreise erzählt seinen Lesern, daß seit dem 1. November die Kavallerieposten vor dem königlichen Schloß an der Spree nicht mehr mit gezogenem Säbel, sondern mit umgehängter Schußwaffe ausziehen. Die Schreie sind lange Karabiner und selbst- verständlich scharf geladen. Man hat also vermutlich eine Heiden- angst ausgefanden, daß das „Demonstrations-Schloß“ gerade mal an solchen Tagen, an welchem Militärposten ohne Schußwaffe Dienst tun, „gestürmt“ werden könnte. Dasselbe Blatt weiß zu berichten, daß die antiquierte Schloßgarde-Kompagnie künftig bei festlichen Gelegenheiten in eine neue friderizianische Staatsuniform mit gelben Hosen und blauen Trefferköden gesteckt wird. Dabei fehlt die Meldung, daß diese alten Haudegen ebenso wie sämtliche Schloßhelferinnen und Lakaien auch mit Brovingpistolen ausgerüstet werden sollen.

Gegen den bisherigen Leiter der Fürsorgeanstalt Mieszyn, Pastor Breithaupt, dürfte dieser Tage die Anklage durch das Gnesener Gericht erhoben werden. Die Leitung der Anstalt liegt bereits, wie telegraphiert wird, in den Händen des Pastors Matthies.

Ihren Verletzungen erlegen ist die Rektorfrau Trettin, die Dienstagmorgen bei der Gasexplosion in der Rektorenwohnung der Schule an der Lüticher- und Ostender Straße verunglückte. Sie war zunächst in der Wohnung geblieben, dann aber nach dem Sirchom-Krankenhaus gebracht worden. Dort starb sie gestern früh um 8 Uhr.

Eine eigenartig interessante Ausstellung von Gemälden, Pastellen, Kreide- und Strichzeichnungen aller Art wurde gestern einem kleinen Kreise Betrachter vorgeführt. Unter dem Namen „Arbeiter- Dilettanten-Kunstausstellung“ wird am Freitag in der Potsdamer Str. 4 dem Publikum eine Ausstellung zugänglich gemacht werden, welche nicht den Anspruch erhebt, nur erstklassige Kunstwerke zu bieten, sondern den Beweis dafür erbringen will, daß auch in der Brust des einfachen, schlichten Arbeiters höhere Ideale schlummern. In mehreren Sälen sind von 150 Arbeitern an 500 Schöpfungen untergebracht. Während die sog. Raben-Ausstellung Gaden zeigt, die schon auf den ersten Blick den Anfänger verraten, beweisen die anderen Abteilungen, daß auch der Arbeiter ein meisterhaft ver- steht, seiner Empfindung und seiner Beobachtung bildlichen Ausdruck zu geben. Neben einer ganzen Anzahl Landschaften sind namentlich Porträts, Studien, Innenansichten von Fabrikräumen usw. vertreten. Ein Schriftseger bringt eine hübsche Folge „typischer Typen“ aus seinem Berufsleben, und ein Bergmann zeigt in etwa 40 Bildern, was die Phantasie alles in den Gehirnen der Kohle er- blickt. Ein großer Teil der ausgestellten Gegenstände wird veräußert.

Der Eintrittspreis zur Ausstellung beträgt für Arbeiter 25 Pf. Es ist beabsichtigt, die Ausstellung in Wäld nach dem Gewerkschafts- hause zu verlegen.

Aus der Spree gefandert wurde gestern die Leiche des 51 Jahre alten Arbeiters Karl Fehner aus der Holzmarktstraße 35, der vor 8 Tagen an dem Grundstück Holzmarktstraße 28 aus einem Kahn Sand auslortete, dabei vom Laufbreit fiel und ertrank. Vergeblich hatte man die Umgebung des Kahns noch ihm abgesehen. Erst als gestern der Kahn seinen Liegeplatz verließ, kam die Leiche zum Vor- schein.

Ein Giftmischer gesucht. Das Polizeipräsidium teilt mit: Die königl. Oberhauptmannschaft Budapest ersucht um Festnahme des

Kaufmanns Stefan Szobó, weil er dem von ihm vertriebenen Branntwein, Likör usw. Methyalkohol beigemischt hat und hier- durch verschuldete, daß an dem Genuß der verfälschten Spirituosen 59 Menschen starben und 52 Menschen lebensgefährlich erkrankten. Szobó ist 42 Jahre alt, 1,78 Meter groß, breitschultrig, stark be- leibt, hat gesunde Gesichtsfarbe, runde Stirn, hellbraunes Haar, blonde Augenbrauen, blaue Augen, kurz geschnittenen rötlich blonden Schnurrbart und Doppellinn. Er hat volles Gebiß, vorn einen Goldzahn, spricht ungarisch und geht stets elegant gekleidet. Münd- liche oder schriftliche Mitteilungen, die zur Ergreifung des Täters dienlich sind, werden an die Kriminalpolizei erbeten zu Nummer 3424 IV 53. 09, können aber auch bei jedem Polizeirevier gemacht werden.

Die Furcht vor der Dienstherrschaft. Ein trauriger Vorgang rief gestern morgen in der Kreuzbergstraße Kuffen hervor. Das 29jährige Dienstmädchen Luise Fuß verjuchte sich an dem Hause Kreuzbergstr. 72 an einem Strich herunterzulassen. Das Seil riß jedoch und so stürzte die Fuß aus der Höhe des zweiten Stockwerks auf den Bürgersteig hinab. Sie erlitt schwere innere Verletzungen und wurde in sehr bedenklichem Zustande nach dem Krankenhanse am Urban gebracht. Nach ihren Angaben ist die Fuß von ihrer Dienstherrschaft schlecht behandelt worden. Das junge Mädchen behauptet, es hätte bei ihrer Herrin nicht mehr aushalten können und in ihrer Verzweiflung habe sie keinen anderen Ausweg mehr gewußt, als sich an einem Strich auf die Straße herunter- zulassen und dann zu entfliehen. Sie nahm einen Strich, der eine schadhafte Stelle hatte, so daß er sofort riß.

Wie und noch mitgeteilt wird, soll auch schon ein früheres Dienst- mädchen zu dem gleichen Mittel der Verzweiflung gegriffen haben wie das Dienstmädchen Fuß. Wenn das wahr ist, wäre es Auf- gabe der Staatsanwaltschaft, der Sache auf den Grund zu gehen.

Unter den Räubern eines Personenzuges zermalmt. Einen schred- lichen Tod fand der 58 jährige Schrankenwärter Wilhelm Lehmann aus Fürstenwalde. L hatte in der Richtung nach Verdenbrück einen Kontrollgang auf den Gleisen unternommen, als ein von Berlin herankommender Personenzug nahe. L muß wohl in dem Glauben gewesen sein, daß der Zug nicht auf dem Gleise fuhr, auf dem er sich befand, denn er setzte seinen Weg unbeirrt fort und rannte seinem Verderben direkt in die Arme. Die Lokomotive erfaßte ihn, schleuderte ihn zu Boden und nun ging der ganze Zug über den Unglücklichen hinweg. Der Schädel und beide Beine wurden ihm vollständig zermalmt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Sein zwanzigstes Stiftungsfest begeht am Sonntag, den 7. November der Arbeitergesangverein „Nord“ in den Sophienhöfen, Sophienstraße 17/18. Der genannte Verein gehört zu den ältesten Arbeitergesangvereinen Berlins. Nach unterm Sozialistengefegte erfolgte seine Gründung. Immer, wenn die Partei seiner Mitwirkung bedurfte, war „Nord“ zur Stelle. Das Billett kostet 30 Pfennige und sind solche in Hummels Restaurant, Sophienstraße 5 erhältlich. Näheres im Inserat in der Sonntagsnummer.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Postbeamte als bürgerliche Wahlhelfer. Im Kampfe gegen die Sozialdemokratie bedienen sich die Bürger- lichen höchst sonderbarer Mittel. Etwa fünfzig Postbeamte vom Postamt 30, so berichtet man uns, sind für Sonnabend, den 6. No- vember, von den Liberalen für den Vorort von 5 M. pro Tag und Mann engagiert worden. Da von vormittags 9 Uhr bis abends 8 Uhr gewählt wird, so müssen die Leute zwölf Stunden tätig sein. Um den Eifer der Beamten ganz besonders anzuspornen, erhalten sie für den Tag 6 M., wenn der liberale Kandidat gewählt wird. Damit es keinen Aufenthalt gibt, stehen Automobile zahlreich zur Verfügung. In diesem Bezirk, es ist der zweite Kommunalbezirk, ist der Genosse Eduard Peterson aufgestellt.

Uns ist unverständlich, daß fünfzig Beamte an dem Tage für Wahldienste frei sind. Auf die Bürgerlichen wirkt es indessen ein ganz besonderes Licht, daß sie sich im Kampf gegen die Sozial- demokratie der abhängigen Postbeamten bedienen. Auf unsere Ge- nossen wird es die Wirkung haben, daß sie mit verstärktem Eifer an die Wahlarbeit gehen.

Lichtenberg.

Stadtordnungsstiftung. Für den Bezirk 21, umfassend die Trabe-, Ober- und Welterstraße, wurde der Lehrer Herr Otto Boenig als Waisenrat gewählt. Die von unsren Genossen wiederholt ge- stellte Forderung der Reorganisation des gesamten Gebietes der Armen- und Waisenpflege ist leider bis heute noch nicht erfolgt. Da dieselbe jedoch sofort nach der Wahl der Bezirks- vorsteher vorgenommen werden soll, ist zu erwarten, daß diese Wahl schließlich statfindet, damit die zurzeit unhaltbaren Zustände auf diesem Gebiete endlich beseitigt werden können. Bei der nun folgenden Wahl der Vorsteher und Vorsteher-Stellvertreter zur bevorstehenden Stadt- verordnetenwahl hatte man sich endlich dazu verstanden, einige Vertreter der Arbeiterschaft mit hinzuzuwählen. Bekanntlich hatte man anfangs die Absicht, genau wie bei früheren Wahlen, die Wahlbureau nur mit Bürgern, die eine staatlich konfessionierte Bestimmung zur Schau tragen, zu besetzen. Charakteristisch zur Veranschaulichung der Auffassung, die in jenen Kreisen hierüber besteht, ist der Ausdruck eines Bürgerlichen im Wahlausschuß, der als Antwort auf unsere Vor- schläge erwiderte: „Wir haben doch hier schon die Namen vorgebrucht, weshalb sollen wir da erst welche wegzureichen und andere hinschreiben.“ — Der folgende Punkt, Bewilligung von Mehrkosten für den Bau der beiden Turnhallen in der Wöllendorf- und Siegfriedstraße in Höhe von 11 913,30 M. gab Veranlassung, einmal darauf hinzuweisen, daß der Magistrat auch diese Gelegenheit wieder lange Jahre ver- schleppt habe und sich jetzt erst gemüht habe, eine Vorlage zu machen, andererseits die eigenartige Geschichte des Baues in der Wöllendorf- straße zu beleuchten, wo es ja bekanntlich notwendig geworden war, gegen den Bauherrn, jetzigen Stadtorordneten Sommerlorn, Straf- antrag zu stellen. Das sich notwendig machende Schiedsgerichts- verfahren gegen Sommerlorn hat ebenfalls der Stadt hohe Kosten verursacht. Die Vorlage selbst wurde dem Rechnungsanschuß über- wiesen. Geschlossen wurde ferner die Neupflanzung des Fah- radammes der Wilhelmstraße von Nr. 5—17, sowie die Neu- verlegung eines Schmutzwasserkanals in der Wilhelmstraße, zwischen Margareten- und Sophienstraße. Für den von der Eisenbahnverwaltung beschlossenen zweiten Zugang zum Bahnhof Wäldenbergr-Friedrichsfelde im Zuge der Trennstraße, welcher zweifellos für sämtliche Einwohner Neu-Lichtenbergs von größter Bedeutung ist, wurde ein Bauzuschuß in Höhe von 100 M. bewilligt. Einige weitere Vorlagen wurden an den Magistrat zurückverwiesen. Dies macht sich in letzter Zeit wieder umso öfter notwendig, als auf der einen Seite der Magistrat die von der Stadtorordnetenversammlung gewählten Verwaltungs- Deputa- tionen geradezu mißachtet, ein Schicksal, welches die bürgerlichen Stadtorordneten durch ihr bisheriges Verhalten sowohl in den Deputa- tionen wie gegenüber dem Magistrat selbst verschuldet haben, andererseits aber auch, daß sich, wie es den Anschein hat, ein Teil der Bürgerlichen jetzt endlich durch das provozierende Vorgehen des Magistrats auf seine Rechte besinnt. — Bei der Vorlage über die Erhebung einer Einkreisgebühr für die neu angemeldeten Schüler und Schülerinnen an den hiesigen höheren Schulen nahmen unsere



Genossen Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß durch derartige Maßnahmen es lediglich nur der ärmeren Bevölkerung noch mehr wie bisher schon erschwert werde, ihren befähigten Kindern eine bessere Schulbildung angeeignet zu lassen. Ferner wurden auch hierbei die geradezu ungläublichen Zustände, welche in der Schule der Kronprinzenstraße herrschen, von unseren Genossen zur Sprache gebracht; zugleich richteten sie die Anfrage an den Magistrat, was er zur Beseitigung dieser schreienden Mißstände zu tun gedenke. Der Magistrat schwieg sich jedoch aus; wie es den Anschein hatte, schämte er sich. — Den Schluß bildete eine sogenannte „geheime“ Sitzung, in welche trotz unseres Widerstands die Beschlusfassung über den Beitritt zum Verkehrs-Zweckverbande Groß-Berlin, sowie die Beschlusfassung über Regelung der Besoldungsverhältnisse der hiesigen Lehrpersonen und der Beamten verlesen wurde. Allem Anschein will man in Anbetracht der bevorstehenden Wahlen vermeiden, öffentlich zu zeigen, wie die den Lehrern und Beamten gemachten Versprechungen gehalten werden.

„Sozialdemokratische Spindel“, die sich „herumtreiben“, nennt die fleißige Blätter unsere Genossen, die in ganz einwandfreier Weise Hausagitation betreiben. Es redet weiter von „Spindelrum“, „eigentliches Treiben“, „an Erpressung grenzenden Terrorismus“. Das ist dasselbe Blatt, in dem man die verlogenen Verschimpfungen freilebender Arbeiter finden kann, daselbe Blatt, das Verschimpfungen und Verleumdungen ehelicher Arbeiter selbst dann nicht widerruft, wenn das halbamtliche „Volksbüro“ auf Veranlassung der Polizei eine Verächtung veröffentlicht. Wir haben nicht das Bedürfnis, uns über solches Gebaren zu entsetzen — diesem Blatt niedrigster Qualität gegenüber nicht — aber wir wollen ausdrücklich bemerken, daß die Freunde dieses Blattes sich zu Mitschuldigen desselben machen. Das ist zu beachten!

**Wählerversammlung.** Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale der Gedr. Arnhold, Frankfurter Chaussee Nr. 5/6, eine öffentliche Versammlung statt. Frauen und Männer sind dazu dringend eingeladen. Die Genossen Dätzel und Grauer werden über „Sozialpolitik und Finanzwirtschaft im Rathaus“ sprechen. Sodann sollen die Kandidaten für die bevorstehende Stadtverordnetenwahl aufgestellt werden.

**Der Unterrichtsabend der Arbeiterbildungsschule für Donnerstag, den 4. November, fällt der öffentlichen Versammlung wegen heute aus.**

Am Donnerstag, den 11. November, wird im Lokale der Gedr. Arnhold, Frankfurter Chaussee 5/6, der Kursus fortgesetzt.

### Schmargendorf.

Von einem Fortschritt der Organisation konnte in der letzten Generalversammlung des Wahlvereins der Vorsitzende in seinem Quartalsbericht Mitteilung machen. Die Mitgliederzahl stieg im vorigen Quartal von 88 auf 98, doch ist seit dem 1. Oktober das erste Hundert bereits überschritten. Auch der Besuch der Versammlungen und Zahlende ist ein besserer geworden. Die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten, der „Gleichheit“, „Wahren Jakob“ usw. ist gleichfalls gestiegen. In den Zahlenden werden von Mitgliedern kurze Vorträge über die aktuellsten Tagesereignisse gehalten, woran sich dann für gewöhnlich lebhaft Diskussionen knüpfen. Der Massenabstich weist ein Defizit von 8,48 M. auf, doch ist dies auf den schlechten Besuch des letzten Stiftungsfestes zurückzuführen. Als Vertreterin der Kinderjugendkommission wurde Frau Schufeldt, Sulzauerstr. 12 wohnhaft, gewählt. Eine lebhaft Diskussion legte ein bei dem Bericht aus der Gemeindevorstellung. Das höchste Ziel ist, daß in dem Gemeindeparlament auch die Sozialdemokratie vertreten ist, rufen sich die Genossen bereits zu den im nächsten Frühjahr stattfindenden Gemeindevahlen. Im November soll eine öffentliche Versammlung den Gemeindevahlkampf eröffnen. Zugleich soll den bürgerlichen Vertretern Gelegenheit gegeben werden, ihre bisherige Tätigkeit im Dorparlament zu rechtfertigen. An der Eintwohnerchaft Schmargendorf liegt es, diese Versammlung zu einem wichtigen Protest gegen die bisherige Klientelwirtschaft im Rathaus zu gestalten. Die Anwesenden wurden noch aufgefordert, aus dem Fall Ferrer die Konsequenzen zu ziehen und dieser unzulässigen Kirche den Rücken zu kehren. Aufgenommen wurden mehrere neue Mitglieder. Das dann bekanntgegebene Resultat der Berliner Landtagswahlen erregte bei den Anwesenden stürmische Begeisterung.

**Kaufstift über den Austritt aus der Landeskirche erteilen** H. Kriesten, Breite Str. 49 part. rechtl. und Th. Red. Kumbelstraße 12, Seitenst. II. Dasselbst sind auch Austrittsformulare zu erhalten.

### Steglitz.

Auf die am Sonnabend, den 6. November, abends pünktlich 8 1/2 Uhr im „Viermännchen“ stattfindende Schülerfeier wird hiermit nochmals hingewiesen. Billetts sind zum Preise von 90 Pf. bei den Bezirksführern sowie bei G. Winkelmann, Salsöstr. 104, zu haben. Für Jugendliche und Kinder ist der Eintritt frei, erstere erhalten ihre Freibilletts bei G. Winkelmann. — Gleichzeitig diene zur Nachricht, daß am Sonntag, den 14. November, ein Besuch des Museums für Völkertunde, Königgräber Straße, unter Führung von Dr. Max Schütte stattfindet. Treffpunkt und Zeit wird noch bekanntgegeben. Der Bildungsausschuß.

### Bosfen.

**Auf zur Stadtverordnetenwahl!** Die hiesige Bevölkerung wird nochmals auf die heute Donnerstag stattfindende Ergänzungswahl zur Stadtverordnetenversammlung aufmerksam gemacht. Die III. Klasse wählt vormittags von 11 bis nachmittags 2 Uhr. Unsere Kandidaten sind die Genossen Heinrich Ridzewski und Hermann Wihmann. — Die II. Klasse wählt nachmittags von 2 1/2 bis 3 1/2 Uhr. Unsere Kandidaten sind die Genossen Otto Kalow und Paul Krüger, Arbeiter, Parteigenossen! Tut heute nach besten Kräften eure Pflicht!

### Brix-Buckow.

**Auf zur Stichwahl!** Heute nachmittags von 6 bis 8 1/2 Uhr findet zwischen unserem Genossen Joseph Badamek und dem bürgerlichen Kandidaten im Gemeindeforschulhaus die Stichwahl statt. Genossen, die mit Buckower Arbeitern zusammenarbeiten, werden ersucht, dieselben auf ihre Wahlpflicht aufmerksam zu machen. Wenn heute die Arbeiterschaft ihre Pflicht erfüllt, ist die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten gesichert.

### Mahlsdorf a. d. Ostbahn.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Brühl-Lichtenberg Bericht über den Parteitag. Nach längerer Diskussion gelangte eine Resolution einstimmig zur Annahme, in der sich die Verammelten mit den Beschlüssen des Parteitags einverstanden erklären und sich verpflichten, unausgesetzt im Sinne dieser Beschlüsse zu wirken. Den Vierteljahrsbericht erstattete der Kassierer Genosse Schulz. Einer Einnahme von 281,87 M. steht eine Ausgabe von 107,00 M. gegenüber. Genosse Käning ersuchte die Genossen, sich an den vorkommenden Parteiarbeiten recht zahlreich zu beteiligen. Als Bezirksführer wurde Genosse Franz gewählt.

### Wilhelmstruß.

Die Schuldenlast der Gemeinde beläuft sich gegenwärtig, wie der Gemeindevorsteher der letzten Gemeindevorstellung unterbreitete, auf 99 857 M. Es wurde beschlossen, eine weitere Anleihe von 100 000 M. von der Kreispartikasse zu einem Zinsfuß von 4 Proz. anzunehmen. Wie gering das sozialpolitische Verständnis der bürgerlichen Vertreter ist, zeigte sich bei dem Punkt: „Schaffung einer Fürsorgekasse für Wilhelmstruß“. Bereits im April dieses Jahres erhielt die Gemeinde vom Landrat ein Schreiben, worin der Nutzen

und Zweck der Fürsorgekassen geschildert wird; am Schluß enthielt das Schreiben die Anfrage, ob für Wilhelmstruß nicht auch das zutrifft, was in dem Schreiben auch von anderen Vorortgemeinden gesagt ist. Der Gemeindevorsteher Schmidt, berührt durch seine Prozesse gegen Gemeindevorsteher, legte nun dieses Schriftstück dem Landrat nicht etwa sofort der Gemeindevorstellung vor, sondern sandte dasselbe an den Kirchenrat von Wilhelmstruß zur Begutachtung. Dieser erklärte aber das Projekt für die Gemeinde noch für verfehlt. Das Schriftstück wanderte nun nach dem evangelischen Frauenverein für Wilhelmstruß. Genannter Verein anerkennt zwar den Wert einer solchen Einrichtung, doch sei dazu leider kein Geld vorhanden. Am 29. Oktober endlich wurde von dem Schreiben des Landrats der Vertreterversammlung Mitteilung gemacht. Unser Genosse Haschek fragte den Gemeindevorsteher, was denn in aller Welt der Gemeindevorsteher mit der Begutachtung der Fürsorgekasse zu tun habe. Er stellte den Antrag, sofort 300 M. für die Fürsorgekasse in den Etat einzusetzen. Gemeindevorsteher Ligner, der, wenn es sich um Neuwahlen handelt, den Wählern gegenüber nicht genug von seinem sozialpolitischen Verständnis zu reden weiß, meinte, man wählte ja noch gar nicht, ob in Wilhelmstruß denn überhaupt eine Fürsorgekasse nötig sein werde. (Dabei sind 85 Proz. der Einwohner von Wilhelmstruß Arbeiter.) Redner beantragte, die Sache noch zu vertagen. Bei der Abstimmung über den von unserem Genossen Haschek gestellten Antrag, eine Fürsorgekasse zu errichten und derselben 300 M. zu überweisen, stimmte außer unseren beiden Genossen nur der bürgerliche Vertreter Herr Dr. Ostreich dafür, die anderen zehn dagegen. Der Antrag Ligner auf Vertagung, wurde gegen die Stimmen unserer Vertreter angenommen.

### Spandau.

**Rentenempfänger.** Es wird und berichtet: „Allgemein wird von denjenigen Personen, die sich allmonatlich ihre Invaliden- oder Unfallrente von der Post holen, darüber geklagt, daß ihnen die Umstände erwachsen und sie mitunter lange warten müssen, bis sie in Besitz ihrer Rente gelangen. Bei der letzten Auszahlung am 1. November kam aber noch etwas hinzu, was verdient, öffentlich gerügt zu werden. Es ist nämlich das Verhalten eines Postbeamten den Rentenempfängern gegenüber. Vor dem Schalter, an welchem die Auszahlungen der Buchstaben A—H stattfinden, stand auch ein alter Invalid, der etwas schwerhörig ist. Wahrscheinlich hatte er den Aufruf seines Namens überhört. Als er nach einer geraumen Weile bescheiden den Beamten fragte, ob er ihn schon aufgerufen, erwiderte ihm dieser in ganz barischem Tone: „Sie haben wohl wieder auf den Ohren gelegen, ich habe Ihren Namen schon vor einer halben Stunde gerufen!“ Als einige der anderen anwesenden Rentenempfänger den Beamten ersuchten, doch etwas lauter zu rufen, da die Namen draußen schlecht gehört werden können, rief der Beamte: „Das wäre noch schöner, daß ich mir hier von jedem Ohren und Gehl Vorwürfen machen lasse. Sie haben wohl noch nicht erlebt, daß die Rentenempfänger rausgeflogen sind, das können Sie unter Umständen heute erleben!“ Der Vorfall hat sich zwischen 11—11 1/2 Uhr abgespielt. Unter den Rentenempfängern herrschte über dies Verhalten des Postbeamten eine große Empörung.“

Diese Ausrufung aus dem Munde eines Beamten ist so unqualifiziert, daß wir kaum daran glauben können. Sollte der Sachverhalt aber tatsächlich richtig dargestellt sein, so ist es die Pflicht der Postdirektion, dem Herrn eine Instruktion darüber zu erteilen, wie er mit dem Publikum umzugehen hat. Es braucht nicht erst des längeren dargelegt werden, daß Rentenempfänger genau so viel Anspruch darauf haben, anständig behandelt zu werden, wie das andere Publikum.

### Nowawes.

Die Errichtung eines Lehrerseminars im Anschluß an die Fortbildungsschule wird von bürgerlicher Seite in unserem Orte geplant. Die um Unterstützung dieses Vorhabens angegangene Regierung hat sich auch bereit erklärt, diesem Projekt ihre finanzielle Unterstützung zuteil werden zu lassen. Es sind deshalb kürzlich unter Leitung des Direktors der Fortbildungsschule eine Versammlung von Fortbildungsschülern statt, um über die Art der Ausführung des genannten Projektes zu beraten. Danach sollen die Räume der Fortbildungsschule für die Zusammenkünfte der Schüler benutzt werden. Man will durch Veranstaltung von Les- und Unterhaltungsabenden, Sport, Leibesübungen und gemeinsame Wanderungen die Schüler auch in ihrer freien Zeit vereinigen. Zur Leitung der Turnerei haben sich die bürgerlichen Turnvereine bereit erklärt, einige Vorturner zu stellen. Selbstverständlich läuft die ganze Sache darauf hinaus, der hiesigen, sich kräftig entwickelnden freien Jugendorganisation Konkurrenz zu bieten und ihr womöglich das Wasser abzugraben. Hat man doch vor Vesehen derselben nie etwas davon gehört, daß sich unsere bürgerlichen Kreise ernsthaft um die Fortentwicklung der Arbeiterjugend gekümmert hätten. Erst mit dem Bestehen der freien Jugendorganisation suchen unsere Gegner in intensiver Weise Einfluß auf die Erziehung und Entwicklung der Arbeiterjugend zu gewinnen. Diese Tatsache an sich ist auch ganz erklärlich; arbeitet doch die Leitung unserer Organisation daran, durch belehrende und den Geist anregende Veranstaltungen der verschiedensten Art die Arbeiterjugend zu selbstbewußten und freilich denkenden Menschen zu erziehen, zu welchem Zweck jeden Donnerstagabend von 7 1/2—10 Uhr und Sonntags — wenn keine Ausflüge stattfinden — von nachmittags von 3—9 Uhr im „Vollgarten“ Zusammenkünfte stattfinden, in denen für anregende Unterhaltung Sorge getragen ist. Das muß natürlich den Verrückten unserer Gegner hervorrufen, die ja nichts mehr hasen als eine aufgeregte und zielbewußt vorwärtstrebende Arbeiterschaft, da ihnen dadurch das beste Ausbeutungsmaterial verloren geht. Deshalb suchen sie mit Unterstützung der staatlichen und kommunalen Behörden Gegenorganisationen zu gründen. Diese Maßnahmen müssen aber wirkungslos bleiben, wenn es die Eltern der Arbeiter als ihre heiligste Pflicht betrachten, daß ihr Nachwuchs zu Menschen erzogen wird, die mit ihrem ganzen Sein ihre volle Schuldigkeit im Emanzipationskampf des Proletariats erfüllen. Eine derartige Erziehung kann aber nicht durch Organisationen ausgeübt werden, deren Leiter und Protektoren zu den erbittertesten Gegnern der Klassenbewußten Arbeiterschaft gehören. Um der Arbeiterjugend Gelegenheit zu geben, die Ziele und Aufgaben derselben näher kennen zu lernen, findet am nächsten Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr im „Vollgarten“, eine öffentliche Jugendversammlung statt, in welcher Genosse Hubert über das Thema „Der Kampf um die Jugend“ referieren wird. Durch kräftige Agitation der Genossen für diese Versammlung dürfte es mit Leichtigkeit gelingen, einen zahlreichen Besuch derselben und eine weitere Stärkung unserer Organisation herbeizuführen. Die hiesigen Geistlichen sind zu der Versammlung eingeladen.

### Staaken.

Die freie Turnerschaft Staakens veranstaltet am 7. November ein Schouturnen. Den Vorfahrungen schließt sich ein Ball an. Der Verein, der Arbeiterfestlichkeiten mit seinen Leistungen stets verschont hat, hofft, daß die Arbeiterschaft zahlreich an dem Schouturnen teilnimmt. Eintrittskarten sind bei den Mitgliedern und an den bekannten Stellen nur im Vorverkauf zu haben.

## Vermischtes.

### Frau Steinheil vor dem Schwurgericht.

In der Reihe der „Affären“, die das Interesse der Pariser und überhaupt ganz Frankreich in den letzten Jahren in Anspruch nahmen, hat kein Ereignis soviel Aufsehen erregt als der Fall Steinheil, der gestern vor dem Pariser Assisenhof zur Verhandlung gelangte, nachdem sich 1 1/2 Jahre lang Untersuchungsrichter, private und staatliche Detektive, finstige Journalisten, Angehörige von interessierten Versicherungsgesellschaften und alle möglichen anderen Leute vergeblich die größte Mühe gegeben haben, die geheimnisvolle Nordaffäre in der Rue Impasse Roussin zu entschlüsseln. Aus den unendlich vielen Kombinationen, Gerüchten und Folgerungen,

die man an die Affäre knüpfte, lassen sich folgende Tatsachen angeben:

Am Morgen des 28. Mai v. J. wurde der Maler Steinheil und seine Schwiegermutter Frau Japh in der Villa des ersteren tot aufgefunden, und zwar unter Umständen, die auf einen Mord schließen lassen. Als der Diener Couillard am Morgen aus seiner im dritten Stock belegenen Kammer sich in die untere Etage begab, fand er zunächst den Maler Steinheil, einen ungefähr 60-jährigen Mann, mit einer Schnur um den Hals außerhalb des Bettes auf dem Fußboden liegend vor. Seine Schwiegermutter lag in ihrem Zimmer aus dem Bette heraussiehend, anscheinend ebenfalls erstickt. Die Frau Steinheil selbst fand der Diener an den Füßen ihres Bettes gefesselt in einem dritten Zimmer vor. Sie war halb betäubt und vermochte nur mühsam anzugeben, daß während der Nacht Räuber eingedrungen wären, und zwar seien es 3 Männer und eine rothaarige Frau gewesen, bekleidet mit schwarzen Talaren und großen Hüten, die plötzlich vor ihrem Bette erschienen und sie aufgefordert hätten, zu sagen, wo sich die Schmuckgegenstände und das Geld des Ehepaars Steinheil befinden. Sie habe dann nach dem Zimmer ihres Mannes gewiesen und dann einen Schlag auf den Kopf erhalten, der sie betäubte. Als sie einigermaßen zur Besinnung kam, befand sich ein Battebauch in ihrem Munde, den sie nur mit großer Mühe wieder entfernen konnte. Die vorläufige oberflächliche Untersuchung schien die Angaben der Frau Steinheil zu bestätigen, zumal sich herausstellte, daß verschiedene Wertgegenstände und Bargeld geraubt waren. Das Verbrechen rief die größte Erregung hervor, zumal Frau Steinheil in der Pariser Gesellschaft eine gewisse Rolle spielte. Man erinnerte sich, daß sie eine Heilung die Egeria des Präsidenten Feliu war, der in ihren Armen einen ziemlich tragischen Tod erlitten hatte. Nach dem Tode Felius begann Frau Steinheil ein ziemlich luxuriöses Leben, zumal der verstorbenen Präsidentin zu ihren Gunsten eine Lebensversicherung über 50 000 Frank eingegangen war. Den Erträgen der Frau Steinheil stand die Behörde zwar zunächst mißtrauisch gegenüber; es konnten aber bestimmte Beweise dafür, daß sie selbst, wie in der Presse hier und da angedeutet wurde, ihre Hand im Spiele gehabt habe, nicht erbracht werden. So kam es, daß die Affäre Steinheil in dem neugestifteten Pariser allmählich an Interesse verlor und im Sande zu verlaufen schien. Plötzlich zog Frau Steinheil das Reh wieder dicht über ihrem Kopf zusammen. Sie hatte einen reichen Liebhaber, einen Schlossbesitzer in den Ardennen, und gab sich der Hoffnung hin, daß dieser sie heiraten werde, wenn sie vollständig gerechtfertigt dasthe. Um das zu erreichen, versuchte sie den Verdacht der Täterschaft auf andere Personen zu lenken. In erster Linie auf den Diener Couillard, in dessen Habfeligkeiten sie eine Perle präparierte, die angeblich bei dem Raubmorde gestohlen worden war. Der Diener konnte aber bald sein Alibi nachweisen und nun kam Frau Steinheil in verhängnisvolle Schwierigkeiten. In der öffentlichen Meinung von Paris bildeten sich bald zwei Parteien für und wider die „schöne Reg“. allerlei abenteuerliche Geschichten, die auf den Nord Bezug hatten, füllten die Spalten der Pariser Blätter. Man las von geheimnisvollen Automobilen, von Blutzugriffen gräßlichen Verbrechen der alternden Dejäre. Herr Vertillon trat in Aktion und fand verdächtige Daumenabdrücke, die Polizei von Paris bemühte sich fieberhaft einen verschwundenen Schlüssel und ein gestohlenen Portemonnaie wiederzufinden, an denen das Geheimnis hängen sollte. Mehrere Zentner Liebesbriefe der Frau Steinheil wurden von Handschriftendruckern aufs peinlichste durchsforcht, bisher war alles vergeblich. Eine schwere Aufgabe für die Pariser Geschworenen, in das Sammelfurium von Verstellung und Lüge, von echten und wahren Gefühlen, von Schmutz und hoher Politik Licht zu bringen. — Wir werden über den Ausgang der Verhandlung berichten.

**Auf ein Liebesdrama deutet der Fund zweier Leichen hin, der gestern früh in der Nähe von Grenich-Stargard gemacht wurde.** Es wird von dort berichtet: Heute früh wurde in der Nähe des Landgestütes die 19-jährige Arbeiterin Sprengler mit einem Säugling unterhalb der Schläfe aufgefunden. Später wurde der Unteroffizier Schubert vom 72. Feldartillerieregiment tot mit einem Herzschuß aufgefunden.

Die Regenstürme in Nord- und Mittelspanien dauern, wie aus Madrid gemeldet wird, an. Ungeheure Verwüstungen sind angerichtet, die Flüsse treten über ihre Ufer, zahlreiche Zugverbindungen sind unterbrochen.

18 Personen ertrunken. Nach einer Meldung der „Zeit Pariser“ aus New York sind auf dem Guanaquil (Guador) infolge Scheiterns einer Fährte achtzehn Personen ertrunken.

Ein Raub der Flammen. Einer Meldung aus Tiflis zufolge ist das Judenviertel der Bezirkshauptstadt Suram mit seinen Warenlagern und Kaufhäusern abgebrannt. Der Schaden beträgt etwa eine Million Rubel.

**Leser- und Diskussionsklub „Wilhelm Liebknecht“.** Heute Donnerstag, abends 9 Uhr, bei A. Eichhorn, Danziger Straße 30: Sitzung. Gäste willkommen.

**Leser- und Diskussionsklub „Johann Jacoby“.** Heute abend 8 1/2 Uhr bei Hugo, Rasthofer-Platz 65/66: Sitzung. Gäste willkommen.

**Verband der Preisurtheilenden Deutschlands.** Zweigverein Berlin und Vorort. Donnerstag, den 4. November, abends 9 Uhr, Rosenhaller Straße 11/12: Versammlung und Vortrag.

**Verband der Bureauangehörigen, Branche der Anwaltsangehörigen.** Heute abend 1/9 Uhr, Landberger Straße 39: Branchensammlung. Vortrag des Herrn Redakteurs Fack: Aus der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung.

## Eingegangene Druckschriften.

Vom „Kampf“, der Monatschrift der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie, ist lobend das Heft 2 des 3. Jahrgangs (Novemberheft) erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Friedrich Aukerlich: Das Problem der starken Regierung. — Karl Renner: Die „Unruhbareit“ des Volkshauses. — Ludw. Hartmann: Zur Frage der nationalen Minoritätsschulen. — Heinrich Wiffal (Leipzig): Formen des Rinschäfts-Kampfes. — Karl Rann: Katholischer Sozialismus. — Otto Bauer: Staatliches Material zur Frage der Lebensmittellieferung. — Rudolf Hiltner: Probleme der Landpolitik. — Anton Schäfer: Aus der Geschichte der nordböhmischen Arbeiterbewegung. — Julius Spielmann: Schulfrage in der Gemeinde. — Anton Krittich: Für unsere Kinder. — Vöckerhagen: Iphigene Parteiliteratur. Arbeiterleben. Kinderfürsorge.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	2. 11.	1. 11.		2. 11.	1. 11.
	05	06		05	06
Wemel, Elbe	65	0	Saale, Großh.	86	+2
Regel, Spandau	-94	+4	Dabel, Spandau	46	+4
Wesche, Havel	20	0	Rathenow	40	-7
Oder, Rathenow	107	-7	Spree, Spremberg	76	0
Strosen	67	+9	Beckow	64	-1
Frankfurt	73	0	Weser, Minden	-85	+8
Weser, Schirm	15	-1	Rhein, Bingen	4	-8
Weser, Salsburg	-22	0	Rhein, Regensburg	86	-9
Weser, Gernsheim	-30	-2	Raub	170	+1
Elbe, Lützenburg	-88	-5	Klein	193	-1
Weser, Dresden	-173	-2	Neat, Heilbronn	40	-5
Weser, Barm	62	+1	Klein, Wehrheim	106	-8
Weser, Wandsburg	85	+10	Weser, Trier	108	-14

+) bedeutet Hoch. — Tal. — \*) Unterpegel.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Donnerstag, 4. November.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Margarete.  
Königl. Schauspielhaus. Der deutsche König.  
Deutsches Kammertheater. Die drei Missethäter.  
Berliner. Abends 8 Uhr. Menschenfeind.

Anfang 8 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Margarete.  
Königl. Schauspielhaus. Der deutsche König.  
Deutsches Kammertheater. Die drei Missethäter.  
Berliner. Abends 8 Uhr. Menschenfeind.

Anfang 8 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Margarete.  
Königl. Schauspielhaus. Der deutsche König.  
Deutsches Kammertheater. Die drei Missethäter.  
Berliner. Abends 8 Uhr. Menschenfeind.

Anfang 8 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Margarete.  
Königl. Schauspielhaus. Der deutsche König.  
Deutsches Kammertheater. Die drei Missethäter.  
Berliner. Abends 8 Uhr. Menschenfeind.

Anfang 8 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Margarete.  
Königl. Schauspielhaus. Der deutsche König.  
Deutsches Kammertheater. Die drei Missethäter.  
Berliner. Abends 8 Uhr. Menschenfeind.

Anfang 8 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Margarete.  
Königl. Schauspielhaus. Der deutsche König.  
Deutsches Kammertheater. Die drei Missethäter.  
Berliner. Abends 8 Uhr. Menschenfeind.

Anfang 8 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Margarete.  
Königl. Schauspielhaus. Der deutsche König.  
Deutsches Kammertheater. Die drei Missethäter.  
Berliner. Abends 8 Uhr. Menschenfeind.

Anfang 8 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Margarete.  
Königl. Schauspielhaus. Der deutsche König.  
Deutsches Kammertheater. Die drei Missethäter.  
Berliner. Abends 8 Uhr. Menschenfeind.

Anfang 8 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Margarete.  
Königl. Schauspielhaus. Der deutsche König.  
Deutsches Kammertheater. Die drei Missethäter.  
Berliner. Abends 8 Uhr. Menschenfeind.

Anfang 8 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Margarete.  
Königl. Schauspielhaus. Der deutsche König.  
Deutsches Kammertheater. Die drei Missethäter.  
Berliner. Abends 8 Uhr. Menschenfeind.

Anfang 8 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Margarete.  
Königl. Schauspielhaus. Der deutsche König.  
Deutsches Kammertheater. Die drei Missethäter.  
Berliner. Abends 8 Uhr. Menschenfeind.

Anfang 8 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Margarete.  
Königl. Schauspielhaus. Der deutsche König.  
Deutsches Kammertheater. Die drei Missethäter.  
Berliner. Abends 8 Uhr. Menschenfeind.

Anfang 8 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Margarete.  
Königl. Schauspielhaus. Der deutsche König.  
Deutsches Kammertheater. Die drei Missethäter.  
Berliner. Abends 8 Uhr. Menschenfeind.

### Urania.

Wissenschaftliches Theater.  
Abends 8 Uhr:  
**In den Dolomiten.**  
Hörsaal 8 Uhr:  
Dr. Berndt: Tierische Entwicklung und Organisation (Deszendenztheorie 2. Teil).

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
Man soll keine Briefe schreiben.

**ROSE-THEATER**  
Große Hamburger Str. 132  
Anf. 8 Uhr. Ende 11 U.  
**Der Hüttenbesitzer.**  
Schauspiel in 4 Akten v. G. Haupt.  
Freitag: Die Rechtslosen.

**Gastspiel-Theater**  
Häpender Straße 67/68.  
Täglich abends 8 1/2 Uhr:  
Gastspiel von Fritz Beckmann.

**Die gute Partie.**

**WINTERGARTEN**  
!!Neues Programm!!  
**Anne Danerey.**  
**Bernhard Mörbitz.**

**Apollo Theater**  
8 Uhr  
Die vollständig neuen glänzenden Spezialitäten mit Tehuwabohn, Burleske.  
Wynno Brothers, Kraft-Bühnenm.  
Milo. Foranina X Dorothy Kenton.  
10 Uhr:  
**Eine Haremsnacht.**  
Grottesker Scherz in 1 Akt von Ruc Karabud.

**Metropol-Theater**  
**Hallo!!!**  
Die große Revue!  
In 8 Bildern von Jul. Freund.  
Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.  
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Passage-Theater.**  
Das großartige Varieté-Programm des neuen großen Varieté-Teils.  
Ferner 10 neue Debuts.  
Ferner:  
**Henry Bender**  
in der tollen Burleske  
**Der süße Doktor.**

**Herrnfeld Theater**  
Kommandantenstr. 57. T. U. 4, 5063.  
Nordd. Allg. Ztg., Berl. Sozial-Anz., Berl. Tageblatt, S. 3, am Freitag, Berl. Morgenpost, Berl. Volksw., Welt am Sonntag, Berl. Allg. Ztg., Nordd. Allg. Journal, Berl. A. Nachr., Freil. Ztg., Deutsche Worte  
In ihrer Premierenkritik über die beiden Revuen:  
**So muß man's machen!**  
Burleske m. Gesang in 2 Akten von U. u. D. Herrmann. Musik von E. Thal und Ein Rettungsmittel  
Komödie in 1 Akt von Ludwig Guna, einstimmig:  
**Ein Erfolg, wie er durchschlagender nicht möglich!**  
Die bedeutendste und interessanteste Premiere, die das Herrnfeld-Theater je gebracht!

**W. Noacks Theater**  
Dammstr. 16, am Rosenhäger Tor.  
Heute sowie täglich:  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Freiheitsdrang.**  
Wein Lebenslauf, verfasst a. Volkshändl. i. 5 U. v. Popper, Neffingpauer s. Zieb.  
Sonntag, 6. Nov., einmalige Aufführung: Am Altar.

**W. Noacks Theater**  
Dammstr. 16, am Rosenhäger Tor.  
Heute sowie täglich:  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Freiheitsdrang.**  
Wein Lebenslauf, verfasst a. Volkshändl. i. 5 U. v. Popper, Neffingpauer s. Zieb.  
Sonntag, 6. Nov., einmalige Aufführung: Am Altar.

**W. Noacks Theater**  
Dammstr. 16, am Rosenhäger Tor.  
Heute sowie täglich:  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Freiheitsdrang.**  
Wein Lebenslauf, verfasst a. Volkshändl. i. 5 U. v. Popper, Neffingpauer s. Zieb.  
Sonntag, 6. Nov., einmalige Aufführung: Am Altar.

**W. Noacks Theater**  
Dammstr. 16, am Rosenhäger Tor.  
Heute sowie täglich:  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Freiheitsdrang.**  
Wein Lebenslauf, verfasst a. Volkshändl. i. 5 U. v. Popper, Neffingpauer s. Zieb.  
Sonntag, 6. Nov., einmalige Aufführung: Am Altar.

**W. Noacks Theater**  
Dammstr. 16, am Rosenhäger Tor.  
Heute sowie täglich:  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Freiheitsdrang.**  
Wein Lebenslauf, verfasst a. Volkshändl. i. 5 U. v. Popper, Neffingpauer s. Zieb.  
Sonntag, 6. Nov., einmalige Aufführung: Am Altar.

**W. Noacks Theater**  
Dammstr. 16, am Rosenhäger Tor.  
Heute sowie täglich:  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Freiheitsdrang.**  
Wein Lebenslauf, verfasst a. Volkshändl. i. 5 U. v. Popper, Neffingpauer s. Zieb.  
Sonntag, 6. Nov., einmalige Aufführung: Am Altar.

**W. Noacks Theater**  
Dammstr. 16, am Rosenhäger Tor.  
Heute sowie täglich:  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Freiheitsdrang.**  
Wein Lebenslauf, verfasst a. Volkshändl. i. 5 U. v. Popper, Neffingpauer s. Zieb.  
Sonntag, 6. Nov., einmalige Aufführung: Am Altar.

**W. Noacks Theater**  
Dammstr. 16, am Rosenhäger Tor.  
Heute sowie täglich:  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Freiheitsdrang.**  
Wein Lebenslauf, verfasst a. Volkshändl. i. 5 U. v. Popper, Neffingpauer s. Zieb.  
Sonntag, 6. Nov., einmalige Aufführung: Am Altar.

**W. Noacks Theater**  
Dammstr. 16, am Rosenhäger Tor.  
Heute sowie täglich:  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Freiheitsdrang.**  
Wein Lebenslauf, verfasst a. Volkshändl. i. 5 U. v. Popper, Neffingpauer s. Zieb.  
Sonntag, 6. Nov., einmalige Aufführung: Am Altar.

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Bastner-Theater.)  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Gespensster.**  
Ein Familien-drama in 3 Aufzügen von Henrik Ibsen.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der Schwur der Treue.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Der Schwur der Treue.**

**Zipkus Schumann**  
Donnerstag, den 4. November, abends 7 1/2 Uhr:  
Große Gala-Vorstellung mit neuem Programm.  
Um 9 Uhr. Ende 11 Uhr.  
Die große Fecreie  
**Die drei Rivalen**  
oder Das mysteriöse Schloß in der Normandie mit neuen verführbaren Bühnenpodien.  
Entworfen und inszeniert vom Direktor W. Schumann.  
Noch nie gesehene Schluß-Apoptose.  
Sonntag: Zwei Vorstellungen. Nachmittags ein Kind frei.

**Buggenhagen**  
am Moritzplatz  
Anf. 8 Uhr.  
L. Theatersaal: D. Kanonenschlager  
**Meyer mit 'n Hängeboden**  
mit Paul Bendix in der Titelrolle und das glänzende Spezialitäten-Programm.  
Im Konzertsaal:  
**Täglich: Konzert**  
von Gardekapellen.  
Sonntag 3 Uhr: Nachmittagsvorstellung zu kleinen Preisen.

**Walhalla-Variete-Theater**  
Weinbergsweg 18-20, Rosenthaler Tor.  
Weinbergsweg 18-20, Rosenthaler Tor.  
Anf. 8 Uhr. Die großartigen November-Spezialitäten.  
Am Lummel: Regimentkapelle.  
Theaterbesuchern freier Eintritt.

**Passage-Panoptikum.**  
Die Traumalerin  
Aga d. schwebende Jungfrau.  
Der Motoboy d. künstl. zeri. Menach  
Tamburitz-Brigant.  
Panophon-Vorträge  
Vitascope-Theater  
Gauervorstellung von 4-7 Uhr.

**Palast-Theater.**  
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.  
Burgstraße 24, am Bahnhofs Böse.  
Das vollständig neue November-Programm.  
1/9 Uhr! 1/9 Uhr!  
**Liebchens Trick?**  
mit Dir. Robert Dill in der Hauptgesangsparthe.  
Anf. 1/8 Uhr. Eintritt 50 Pf. bis 2 Pf.  
Vorzugskarten überall zu haben.

**Trianon-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Pariser Witwen.

**Stadt-Theater Moabit.**  
Alt-Moabit 47/48.  
Donnerstag, den 4. November 1909:  
Neue Dekorationen!  
Prachtvolle Kostüme!  
Zum erstenmal:  
**Romeo und Julia.**  
Trauerspiel in 5 Aufz. v. W. Shakespeare.

**Folies Caprice.**  
Mobilisierung.  
Bunter Teil.  
Der gewisse Augenblick.  
Vorverk. 11-2. Anfang 8 1/2 Uhr.

**Casino-Theater**  
Rothinger Straße 37. Täglich 8 Uhr:  
Senationeller Theater-Erfolg!  
Über 50 000 Berl. haben Tränen gelacht. Monatlang total ausverkauft.  
Dafel Cofu  
Dafel Cofu  
Dafel Cofu  
Sonntag 4 Uhr: Familie Kinfert.

**Karl Haverland Theater**  
77/79 Kommandantenstraße 77/79.  
Anfang präglie 8 Uhr.  
**Schlager auf Schlager**  
bringt das Oktober-Programm.

**Artushof (Moabit)**  
Verleberger Straße 26.  
Gef. des Bill. Voigt Theater-Enf.  
Donnerstag, den 4. November 1909:  
**Jäger-Viehdien.**  
Vollständ. mit Gesang in 4 Akten von Trepow.  
Reffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

**Königstadt-Kasino.**  
Holzmarktstraße 72.  
Täglich: Franz Sobanski.  
The Orloffs, Arras Duo, Mstr. Reichardt, Fiti Merro, The Carnation, G. Eulenburg, John Liket und Miss Jeany, Equilibristischer Akt.  
Revuetät! Vor der Schmitze.  
Singspiel in 1 Akt v. Otto Richter.

**Andreas-Garten.**  
Andreasstr. 26  
Inh.: Franz Merkowski.  
Saal und Vereinszimmer zu Versammlungen und Freizeittagen jeder Art. Gr. Mittagstisch von 60 Pf. an mit Bier. Fremdenloge. Regalbahn. Gut gekostete Bier. Gute Speisen und Getränke. Jeden Sonntag Tanz bei festem Eintritt. Al. Saal. 150 Berl. Dienstag, Donnerstag ab. Freitag frei. paßend für Belegvereine. Einem geehrten Publikum, Vereinen u. Gesellschaften halte mich bestens empfohlen. 20652\*

**Zimmerschmuck**  
ein Bild  
**Ferdinand Lassalles.**  
Nach einemquarell v. Gemälde hergestellt in tadelloser Ausführung.  
Preis des Bildes 3,- Mark.  
Expedition des „Vorwärts“  
Berlin, SW., Lindenstr. 69 (Laden).

**Freie Volksbühne**  
:: Einige neue Mitglieder ::  
zur 12. und 13. Abteilung  
können sich noch in den Zahlstellen anmelden.  
Sonntag, den 13. November 1909, abends 8 1/2 Uhr:  
**Herbstfest**  
mit Festball und Gesellschaftsabend  
Brauerei Happoldt  
Vortragsabend und Ueberbrettli.  
Mitwirkende:  
Soubrette und Vortragskünstlerin: Frau Martha Glück. — Liedersängerin: Fräulein Lissi Kurz. — Konfessionier und Chansonnier: Herr Albert Kühne. — Humorist: Herr Max Hefebardt.  
Am Flügel: Herr Kapellmeister Clemens Schmalstieg.  
Festmarken à 60 Pf. inkl. Programm in den Zahlstellen.

**Die nächsten Aufführungen:**  
Neues Schauspielhaus.  
Nachmittag- und Abendabteilungen:  
**Maria Stuart.**  
Trauerspiel von Friedrich Schiller.  
Lessing-Theater.  
Gerh. Hauptmann: Hannele.  
Sonntag, den 21. November, 3 Uhr:  
Extravorstellung: Der König.  
Halbe: Jugend.  
Residenz-Theater: Musotte. Extravorstellung: Dumas: Denise.  
Einkaufskarten à 1.25 M. in allen Zahlstellen.  
242/4  
Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

**Die nächsten Aufführungen:**  
Neues Schauspielhaus.  
Nachmittag- und Abendabteilungen:  
**Maria Stuart.**  
Trauerspiel von Friedrich Schiller.  
Lessing-Theater.  
Gerh. Hauptmann: Hannele.  
Sonntag, den 21. November, 3 Uhr:  
Extravorstellung: Der König.  
Halbe: Jugend.  
Residenz-Theater: Musotte. Extravorstellung: Dumas: Denise.  
Einkaufskarten à 1.25 M. in allen Zahlstellen.  
242/4  
Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

**Die nächsten Aufführungen:**  
Neues Schauspielhaus.  
Nachmittag- und Abendabteilungen:  
**Maria Stuart.**  
Trauerspiel von Friedrich Schiller.  
Lessing-Theater.  
Gerh. Hauptmann: Hannele.  
Sonntag, den 21. November, 3 Uhr:  
Extravorstellung: Der König.  
Halbe: Jugend.  
Residenz-Theater: Musotte. Extravorstellung: Dumas: Denise.  
Einkaufskarten à 1.25 M. in allen Zahlstellen.  
242/4  
Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater Charlottenburg.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Der Schwur der Treue.**  
Suffspiel in 3 Akten v. D. Blumenthal.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Gespensster.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Zum erstenmal:  
**Wallsteins Lager.**  
Die Piccolomini.

**Zirkus Busch.**  
Donnerstag, 4. November 1909, abends 7 1/2 Uhr präzis:  
**Großer Gala-Abend.**  
Neu! Neu! Neu!  
**Patty Frank-Truppe!**  
**Zwergelown François**  
Kunstreiter.  
**Die Cleveland!**  
Herr Burkhardt, Schulreiter.  
Herr Ernst Schumann, Noudress.  
Um 9 1/2 Uhr: **Farmerleben!**  
Besonders hervorzuheben:  
Jack Joyce, der berühmte Cowboy mit seinen wildesten Pferden.  
Achtung! Sonntag, 7. Novbr. nachm. 8 1/2 Uhr: **Farmerleben** ohne Kürzung!

**Palast-Theater.**  
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.  
Burgstraße 24, am Bahnhofs Böse.  
Das vollständig neue November-Programm.  
1/9 Uhr! 1/9 Uhr!  
**Liebchens Trick?**  
mit Dir. Robert Dill in der Hauptgesangsparthe.  
Anf. 1/8 Uhr. Eintritt 50 Pf. bis 2 Pf.  
Vorzugskarten überall zu haben.

**Trianon-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Pariser Witwen.

**Passage-Panoptikum.**  
Die Traumalerin  
Aga d. schwebende Jungfrau.  
Der Motoboy d. künstl. zeri. Menach  
Tamburitz-Brigant.  
Panophon-Vorträge  
Vitascope-Theater  
Gauervorstellung von 4-7 Uhr.

**Stadt-Theater Moabit.**  
Alt-Moabit 47/48.  
Donnerstag, den 4. November 1909:  
Neue Dekorationen!  
Prachtvolle Kostüme!  
Zum erstenmal:  
**Romeo und Julia.**  
Trauerspiel in 5 Aufz. v. W. Shakespeare.

**Folies Caprice.**  
Mobilisierung.  
Bunter Teil.  
Der gewisse Augenblick.  
Vorverk. 11-2. Anfang 8 1/2 Uhr.

**Casino-Theater**  
Rothinger Straße 37. Täglich 8 Uhr:  
Senationeller Theater-Erfolg!  
Über 50 000 Berl. haben Tränen gelacht. Monatlang total ausverkauft.  
Dafel Cofu  
Dafel Cofu  
Dafel Cofu  
Sonntag 4 Uhr: Familie Kinfert.

**Karl Haverland Theater**  
77/79 Kommandantenstraße 77/79.  
Anfang präglie 8 Uhr.  
**Schlager auf Schlager**  
bringt das Oktober-Programm.

**Artushof (Moabit)**  
Verleberger Straße 26.  
Gef. des Bill. Voigt Theater-Enf.  
Donnerstag, den 4. November 1909:  
**Jäger-Viehdien.**  
Vollständ. mit Gesang in 4 Akten von Trepow.  
Reffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

**Königstadt-Kasino.**  
Holzmarktstraße 72.  
Täglich: Franz Sobanski.  
The Orloffs, Arras Duo, Mstr. Reichardt, Fiti Merro, The Carnation, G. Eulenburg, John Liket und Miss Jeany, Equilibristischer Akt.  
Revuetät! Vor der Schmitze.  
Singspiel in 1 Akt v. Otto Richter.

**Andreas-Garten.**  
Andreasstr. 26  
Inh.: Franz Merkowski.  
Saal und Vereinszimmer zu Versammlungen und Freizeittagen jeder Art. Gr. Mittagstisch von 60 Pf. an mit Bier. Fremdenloge. Regalbahn. Gut gekostete Bier. Gute Speisen und Getränke. Jeden Sonntag Tanz bei festem Eintritt. Al. Saal. 150 Berl. Dienstag, Donnerstag ab. Freitag frei. paßend für Belegvereine. Einem geehrten Publikum, Vereinen u. Gesellschaften halte mich bestens empfohlen. 20652\*

**Zimmerschmuck**  
ein Bild  
**Ferdinand Lassalles.**  
Nach einemquarell v. Gemälde hergestellt in tadelloser Ausführung.  
Preis des Bildes 3,- Mark.  
Expedition des „Vorwärts“  
Berlin, SW., Lindenstr. 69 (Laden).

**Freie Volksbühne**  
:: Einige neue Mitglieder ::  
zur 12. und 13. Abteilung  
können sich noch in den Zahlstellen anmelden.  
Sonntag, den 13. November 1909, abends 8 1/2 Uhr:  
**Herbstfest**  
mit Festball und Gesellschaftsabend  
Brauerei Happoldt  
Vortragsabend und Ueberbrettli.  
Mitwirkende:  
Soubrette und Vortragskünstlerin: Frau Martha Glück. — Liedersängerin: Fräulein Lissi Kurz. — Konfessionier und Chansonnier: Herr Albert Kühne. — Humorist: Herr Max Hefebardt.  
Am Flügel: Herr Kapellmeister Clemens Schmalstieg.  
Festmarken à 60 Pf. inkl. Programm in den Zahlstellen.

**Die nächsten Aufführungen:**  
Neues Schauspielhaus.  
Nachmittag- und Abendabteilungen:  
**Maria Stuart.**  
Trauerspiel von Friedrich Schiller.  
Lessing-Theater.  
Gerh. Hauptmann: Hannele.  
Sonntag, den 21. November, 3 Uhr:  
Extravorstellung: Der König.  
Halbe: Jugend.  
Residenz-Theater: Musotte. Extravorstellung: Dumas: Denise.  
Einkaufskarten à 1.25 M. in allen Zahlstellen.  
242/4  
Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

**Die nächsten Aufführungen:**  
Neues Schauspielhaus.  
Nachmittag- und Abendabteilungen:  
**Maria Stuart.**  
Trauerspiel von Friedrich Schiller.  
Lessing-Theater.  
Gerh. Hauptmann: Hannele.  
Sonntag, den 21. November, 3 Uhr:  
Extravorstellung: Der König.  
Halbe: Jugend.  
Residenz-Theater: Musotte. Extravorstellung: Dumas: Denise.  
Einkaufskarten à 1.25 M. in allen Zahlstellen.  
242/4  
Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

**Die nächsten Aufführungen:**  
Neues Schauspielhaus.  
Nachmittag- und Abendabteilungen:  
**Maria Stuart.**  
Trauerspiel von Friedrich Schiller.  
Lessing-Theater.  
Gerh. Hauptmann: Hannele.  
Sonntag, den 21. November, 3 Uhr:  
Extravorstellung: Der König.  
Halbe: Jugend.  
Residenz-Theater: Musotte. Extravorstellung: Dumas: Denise.  
Einkaufskarten à 1.25 M. in allen Zahlstellen.  
242/4  
Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

**Die nächsten Aufführungen:**  
Neues Schauspielhaus.  
Nachmittag- und Abendabteilungen:  
**Maria Stuart.**  
Trauerspiel von Friedrich Schiller.  
Lessing-Theater.  
Gerh. Hauptmann: Hannele.  
Sonntag, den 21. November, 3 Uhr:  
Extravorstellung: Der König.  
Halbe: Jugend.  
Residenz-Theater: Musotte. Extravorstellung: Dumas: Denise.  
Einkaufskarten à 1.25 M. in allen Zahlstellen.  
242/4  
Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

**Die nächsten Aufführungen:**  
Neues Schauspielhaus.  
Nachmittag- und Abendabteilungen:  
**Maria Stuart.**  
Trauerspiel von Friedrich Schiller.  
Lessing-Theater.  
Gerh. Hauptmann: Hannele.  
Sonntag, den 21. November, 3 Uhr:  
Extravorstellung: Der König.  
Halbe: Jugend.  
Residenz-Theater: Musotte. Extravorstellung: Dumas: Denise.  
Einkaufskarten à 1.25 M. in allen Zahlstellen.  
242/4  
Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

### Jugend-Ausschuß für Groß-Berlin.

Sonntag, den 7. November, abends 6 Uhr,  
in den „Prachtsälen Nordwest“, Wickestraße 24:

## SCHILLER-FEIER.

Mitwirkende: Redakteur H. Ströbel, Festrrede. Fräulein Maria Holgers, Rezitation. Fräulein Döring, Sologesang. Am Klavier: Herr Leo Kestenberg, Männerchor „Lerche“. Tonkünstler-Orchester, Dirig. Herr F. Hoffelder.  
Eintritt frei. Garderobe 10 Pf. Während der Vorträge bleiben die Saaltüren geschlossen. Alle Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind zu dieser Feier freundlichst eingeladen.  
290/19\*

### Freitag, den 5. November 1909, in „Alt-Berlin“, Blumenstr. 9 (neben dem Residenz-Theater):

## Oeffentliche Volksversammlung

Tagesordnung:  
1. Der Mißbrauch der Religion zur Volksunterdrückung und Volksknechtung.  
Referenten: 1. Joseph Lente, ehemalig. katholischer Geistlicher. 2. Adolf Hoffmann, Stadtverordneter.  
2. Diskussion.  
Entree 10 Pf. 57/12  
Der Einberufer: A. Harndt, Rüdersdorfer Str. 48.

Sonntag, den 6. November 1909, abends 9 Uhr,  
bei Freyer, Koppenstr. 29:

## Großes Künstler-Konzert

und  
Rezitationen von Fräulein Maria Holgers  
arrangiert von der  
Freireligiösen Gemeinde Berlin.  
Entree 30 Pf. Entree 30 Pf.



